Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 27 – 7. Juli 2007 — Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland — C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Mit Maschinenpistole bewaffnet: Die Polizei in Großbritannien ist in höchster Alarmbereitschaft. Foto: Getty

Die Lektion von London

Merkel will Lücken in der Terror-Abwehr schließen, auch mit Bundeswehr-Hilfe

Von Klaus D. Voss

Die Lektion von London hat gesessen: Eine Woche lang hatten sich die ewigen Besserwisser noch die Warnungen des Bundesinnenministeriums über die akute Anschlagsgefahr verbeten – darunter Kabinettsmitglieder wie Peer Steinbrück. Der SPD-Finanzminister wollte von den „ständigen Alarmmeldungen“ nichts mehr hören. Jetzt verdrücken sich die Kritiker still in die Kulissen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Terror-Abwehr zu ihrer Sache gemacht und verlangt, Defizite in der Gefahrenabwehr wenn nötig auch mit Hilfe der Bundeswehr zu schließen. In diesem Punkt hat die Regierungschefin recht: Die Diskussion, daß das Militär nur gegen eine Bedrohung von außen eingesetzt werden darf, ist nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Terroristen stellen sich nicht zum Kampf, sie führen einen Krieg ohne Fronten.

Nach den vereitelten Anschlägen von London und Glasgow ist bewiesen, daß die El-Kaida-Offensive gegen Europa keine Erfindung der Geheimdienste ist. August Hanning, Staatssekretär im Berliner Innenministerium, hatte seine Sorgen schon vor der Anschlagsserie präzisiert: Er befürchtet, daß die Beratungen im Bundestag über die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr den Hintergrund für Attentate in Deutschland bilden könnten.

Die El-Kaida-Terroristen leben in Europa unter uns und können die politischen Verhältnisse sehr genau einschätzen. Die Anschläge von London waren fast minutengenau auf die Amtsübergabe von Premier Tony Blair an seinen Nachfolger Gordon Brown geplant. Großbritannien ist aber– nicht zuletzt wegen der jahrzehntelangen Auseinandersetzung mit irischen Terroristen – wesentlich besser auf die Terrorbedrohung vorbereitet als Deutschland. Auch nach den jüngsten Attentatsversuchen blieb die Londoner Bevölkerung besonnen. Die Bürger vertrauen ihren Sicherheitsbehörden – und sie gestatten ihnen auch den Einsatz von zeitgemäßen Aufklärungsmitteln: Die britische Hauptstadt wird an allen wichtigen Punkten von Videokameras überwacht.

Die beiden El-Kaida-Anhänger, die im vergangenen Jahr deutsche Nahverkehrszüge sprengen wollten, konnten nur ermittelt werden, weil die Deutsche Bahn unter Hausrecht ebenfalls die Bahnsteige überwachen darf – sonst ist Videokontrolle ein Tabu in Deutschland.

Zu Recht drängt Bundeskanzlerin Angela Merkel ihr Kabinett, die Sicherheitslücken im Kampf gegen den Terrorismus jetzt zu schließen, mit allen verfügbaren Mitteln.

Noch einmal das Beispiel England: Im Kampf gegen IRA-Terroristen hatten britische Sicherheitsdienste die Fähigkeit entwickelt, die Fernzündung von Bomben zu unterbinden. Die Terroristen von heute nutzen allerdings nicht mehr Kurzwellensender wie die IRA, sondern Mobiltelefone, um die Sprengsätze hochgehen zu lassen. Wenn die britischen Behörden die beiden Autobomben von London gezielt per Funküberwachung entschärfen konnten, dann verdanken Hunderte Menschen diesem Umstand ihr Leben.

Über die vergleichbare technische Fähigkeit, Funkfrequenzen gezielt zu überwachen und im entscheidenden Moment zu stören, verfügt in Deutschland allein die Bundeswehr.

Klaus D. Voss: Sparflamme

Es geht um die richtige Reihenfolge: Beim Thema Energiepolitik gehört das Wort Versorgungssicherheit in den Hauptsatz, der Begriff Klimaschutz in den Nebensatz. Auf dem Energiegipfel in dieser Woche versuchten aber die Umweltpolitiker, die Dinge auf den Kopf zu stellen. So darf es nicht kommen.

Um es klar zu sagen: Die Stromversorgung in Europa steht auf der Kippe. Nur weil die Wirtschaftskraft in den meisten Staaten kaum ausgelastet ist und die Länder allenfalls einen leichten Konjunkturaufschwung erleben, ist die Energiebilanz gedeckt. Die Pläne der Klimaschützer würden uns ein Leben auf Sparflamme verordnen, für immer.

Draußen ist eine andere Welt, die Schwellenländer genießen ihre Aufholjagd mit zweistelligen Wachstumsraten. Und weil Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch eng zusammenhängen, kaufen sie an Öl und Gas vom Markt weg, was sie transportieren können. Die Verbraucher in Europa bekommen von diesem Aufschwung nur die Kehrseite mit, ständig steigende Benzinpreise zum Beispiel.

Einen wirklichen Boom mit dicken Wachstumsraten wie in den guten Zeiten könnten wir mit unseren knappen Energiereserven kaum noch hinbekommen. Noch gar nicht eingerechnet ist, daß die neuen EU-Mitglieder von Polen bis Bulgarien sowohl in der Wirtschaftsentwicklung wie beim Privatverbrauch aufschließen werden.

Einmal abgesehen von allem Klimaschutz – es geht um die richtigen Prioritäten: Ein Ausstieg aus der Kernenergie, das sind immerhin 26 Prozent der Stromversorgung für Deutschland, paßt wirklich nicht in einen Satz, der auf Wirtschaftswachstum enden soll.

Gefährliche Wahlkampf-Knüller

Die SPD versucht mit Schlagworten gegen sinkende Zustimmung anzugehen

Von Hans Heckel

Atemlos – so ließe sich der derzeitige Auftritt der deutschen Sozialdemokratie wohl am anschaulichsten umschreiben, gejagt von Umfrageergebnissen, die auf teilweise weit unter 30 Prozent gestürzt sind. Das „Forsa“-Institut, das die Werte der SPD schon seit längerem besonders weit im Keller angesiedelt, gab den Sozialdemokraten Ende Juni gar nur noch katastrophale 24 Prozent, Minusrekord.

Nach allen Seiten versucht die SPD ihr wegbrechendes Terrain zu sichern, doch ein durchdachtes Konzept, mit dem sie enttäuschte Wähler zurückgewinnen könnte, ist kaum zu erkennen. Statt dessen hagelt es Schlagworte, die bei näherem Hinsehen kaum mehr sind als der fade Neuaufguß alter Kampagnen, die früher einmal gezündet haben mögen, heute aber kaum mehr verfangen.

Dem begnadeten Demagogen Gerhard Schröder war es 2002 gelungen, mit seinem lautstarken Auftreten gegen einen deutschen Beitrag zum Irak-Krieg die schon verloren geglaubten Wahlen des selben Jahres im letzten Moment noch zu gewinnen. Daß die USA einen solchen deutschen Beitrag gar nicht nachgefragt hatten, spielte in der aufgeheizten Debatte kaum eine Rolle. In diesen Wochen versuchen sich die Sozialdemokraten damit zu profilieren, daß sie auf Distanz gehen zur Beteiligung deutscher KSK-Elitesoldaten an der Anti-Terror-Operation „Enduring Freedom“ (OEF) in Afghanistan. Dabei haben die US-Streitkräfte schon seit Jahren keine KSK-Einheiten mehr angefordert. Die SPD betreibt populistische Spiegelfechterei, die indes diplomatisch üble Folgen haben könnte. Eine Aufkündigung der – derzeit praktisch nur symbolischen – deutschen OEF-Teilnahme könnte von den USA wie die Aufkündigung der Loyalität im Kampf gegen den Terror gewertet werden. Doch die von einer SPD-geführten Regierung nach Afghanistan entsandten, mittelmäßig ausgerüsteten deutschen Isaf-Soldaten sind im Ernstfall auf US-Unterstützung angewiesen. Am Isaf-Mandat aber will die SPD auf keinen Fall rütteln. Die Bundeswehr soll also am Hindukusch bleiben, aber künftig möglicherweise ohne die im Fall schwerer Kämpfe unentbehrliche schnelle Hilfe der US-Truppen auskommen, weil es der SPD wahlkampftaktisch so in den Kram paßt.

Kaum weniger windig erscheint der neueste Wahlkampfknüller, der „Deutschlandsfonds“. Bei Licht betrachtet handelt es sich um nichts mehr als die soundsovielte staatlich organisierte und privat finanzierte Vorsorgekasse, „Riester II“ also.

In der Energiepolitik ringt Umweltminister Sigmar Gabriel verbissen um die letzten ökobewegten SPD-Wähler und weigert sich, an längere Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke auch nur zu denken. Indes entpuppen sich seine Vorgaben zum Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energiequellen als hanebüchene Zahlenspielerei, fernab von allem Erreichbaren.

Die jüngsten Angriffe auf die Union mit der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn und Verbalattacken auf den angeblich „neoliberalen“ Koalitionspartner haben der Beck-Truppe immerhin neue Sympathien des DGB eingebracht. Das jüngste Treffen des SPD-Chefs mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer war von einer herzlichen Eintracht geprägt, die seit vielen Jahren nicht mehr zu beobachten war. Doch hier halten sich zwei Verlierer aneinander fest. Auch den DGB-Gewerkschaften brechen die Mitgliederzahlen dramatisch weg.

Das Elend der SPD ist, daß die dunkelrote „Linkspartei“ sie auf dem Felde linkspopulistischer Forderungen stets um Längen schlagen wird. Jedes Wahlkampfmanöver, mit dem sich die Sozialdemokraten als „Partei der sozial Schwachen“ oder des „Friedens“ zu profilieren trachten, wird von Linksaußen noch einmal übertroffen. Von der anderen Seite hat sich die Union, Beispiel Familienpolitik, bereits soweit auf klassischem SPD-Gebiet ausgebreitet, daß auch kaum mehr als distanzierende Floskeln bleiben. Vor diesem Hintergrund erscheinen Kurt Becks Reden vom angeblich neuerwachten Kampfgeist der SPD reichlich inszeniert.

MELDUNGEN

Kritik an Hilfe der Kirchen

Wetzlar – Kirchliche Entwicklungshilfe arbeitet nicht besser als die staatliche. Diese Ansicht äußerte der frühere Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Carl-Dieter Spranger (CSU) in einem Interview mit „idea". Er vermisse bei kirchlichen Projekten kritische Auswertungen, wie sie der Staat durchführe. Als Negativbeispiel nannte Spranger Tansania. Der ostafrikanische Staat habe Milliarden an kirchlicher Entwicklungshilfe bekommen, sei aber heute noch das fünftärmste Land der Welt. Bei der staatlichen Entwicklungshilfe hätten sich Projekte zwischen zwei Partnern bewährt, während bei sogenannten multilaterale Töpfen, bei denen das Geld aus verschiedenen Quellen komme, die Verwendung nachher nicht mehr zu kontrollieren sei. *idea*

Eva Herman schreibt wieder

Altensteig – Die Moderatorin und frühere „Tagesschau"-Sprecherin Eva Herman plant ein neues Buch. „Das Arche-Noah-Prinzip" soll den Untertitel tragen „Warum wir die Familie retten müssen". In dem Werk will sie ihre christlichen Überzeugungen noch deutlicher als in ihrem ersten Bestseller „Das Eva-Prinzip" (über 100 000 verkaufte Exemplare) herausstellen. Nach Ansicht der „Miss Tagesschau" sollten Christen verstärkt gegen das Bundesfamilienministerium protestieren. Dessen Engagement für 500 000 zusätzliche Krippenplätze könne zu einer gesellschaftlichen Mentalitätsveränderung führen. Die traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau sei vom Schöpfer vorgesehen. *idea*

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Die Schulden-Uhr: Mehr Geld für ...

Die Frage, wohin mit den zusätzlichen Steuermilliarden, nähert sich der Klärung. Nach Angaben des Finanzministeriums besteht die Absicht, den Etat für Entwicklungshilfe in den nächsten vier Jahren um insgesamt drei Milliarden Euro zusätzlich zu erhöhen, wobei damit allerdings noch nicht die versprochene Quote von 0,51 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erfüllt wird. Rund zwei Milliarden Euro mehr seien bis 2011 jeweils für Verteidigung, Verkehr sowie den Bereich Forschung, Entwicklung, Hochschule und Bafög vorgesehen.

1.502.739.116.418 €

(eine Billion fünfhundertzwei Milliarden siebenhundertneununddreißig Millionen einhundertsechzehntausend und vierhundertachtzehn)

Vorwoche: 1.502.099.540.510 €
Verschuldung pro Kopf: 18.229 €
Vorwoche: 18.221 €

(Stand: Dienstag, 3. Juli 2007, 12 Uhr. Zahlen: www.steuerzahler.de)

Der letzte Sieg der Konservativen?

Europas Westen driftet aufgrund der steigenden Zahl wahlberechtigter Moslems unaufhörlich nach links

Von Jean-Paul Picaper

Nicolas Sarkozy überraschte am 10. Mai mit einem haushohen Sieg über seine sozialistische Rivalin, Ségolène Royal. Das könnte aber der letzte Sieg der Rechten in Frankreich gewesen sein. Denn eine Wende nach links könnte bei der nächsten Präsidentenwahl im Jahre 2012 eintreten. Aus dem selben Grund könnten übrigens auch Deutschland 2009 nach links umkippen. Nicht etwa, weil der totgesagte atheistische Marxismus-Leninismus unter dem Fittich von Olivier Besancenot in Frankreich und von Oskar Lafontaine in Deutschland seine Wiedergeburt erleben würde, sondern, weil eine religiöse Kraft Westeuropa nach links abdriften läßt: der Islam.

Wahlanalysten sagten die Entstehung einer europäischen Rechte voraus, die aus der Gegnerschaft gegen die unbegrenzte und illegale Zuwanderung Zulauf erwarten konnte. Aber unter dem Druck der islamischen Wahlzettel wird sich diese Tendenz gegen Ende des Jahrzehnts umdrehen, wenn Europa aufgrund des moslemischen Votums nach links umkippt. Bezüglich Frankreichs haben Politikwissenschaftler der Universität Boston in den USA errechnet, daß „ab 2010 die Zahl der Wähler aus Schwarzafrika und aus moslemischen Staaten in Frankreich mehr als 20 Prozent der Wahlberechtigten erreichen wird und weiter zunehmen wird". In der Tat sind viele Zuwanderer aus Schwarzafrika Moslems. Diese Statistik ist etwas weit gefaßt. Das französische Bevölkerungsinstitut INED tippt für 2010 auf zehn Prozent islamische Wähler im französischen Wahlvolk und unter den wahlberechtigten 18- bis 20jährigen auf ein Viertel Moslems. Deren Einfluß wird also zunehmen, und die Moslems wählen überwiegend links. Dieser Trend wird sich nicht mehr ändern.

Die Wahlergebnisse des Jahres 2007 sprechen Klartext: Zwei Drittel der Moslems haben Frau Royal und acht Prozent dem Extremlinken Olivier Besancenot ihre Stimme gegeben. Frau Royal und Herr Besancenot wären also ohne das islamische Votum weit von ihrem Endergebnis (47 Prozent und fünf Prozent) entfernt geblieben. Sarkozys verdankt seinen Erfolg den Stimmen, die er der Nationalen Front von Le Pen abgeluchst hat, und der Hälfte der Anhänger des Zentristen Bayrou, die ihn bevorzugt hat. Entgegen anderslautenden Schätzungen hat er in den Immigrantenbezirken nur ein Prozent der Stimmen bekommen. Jean-Marie Le Pen hat in denselben Vorstädten ebenfalls nur ein Prozent erhalten. Dabei hatte es nicht an Gesten von Sarkozy gegenüber den Moslems gefehlt. Er hatte als Innenminister noch vor Wolfgang Schäuble in Deutschland einen repräsentativen nationalen moslemischen Rat aufgestellt und den jungen Moslems besondere Hilfen unter dem Motto der „positiven Diskriminierung" zukommen lassen.

Egal, ob es aus Schwarzafrika, aus Nordafrika oder aus der Türkei stammt, wird das moslemische Wählerpotential den rechten Parteien immer feindselig gestimmt sein. In Deutschland hatte Schröder 2002 vor Stoiber ganz knapp gesiegt und 2005 erhielt Frau Merkel nicht die solide Mehrheit, die Meinungsumfragen vorausgesagt hatten. Sie muß sich jetzt mit einer fußkranken Großen Koalition quälen. Der Grund sind die 700 000 Deutschtürken, unter denen die Wahlberechtigten zu 90 Prozent links wählten. In Holland hat das Migrationsforschungsinstitut der Amsterdamer Universität errechnet, daß 84 Prozent der türkischen und 90 Prozent der marokkanischen Zuwanderer 2006 links stimmten und das politische Gewicht zugunsten einer linken Mehrheit verschoben haben. Dasselbe geschah auch in Belgien.



Versöhnungsangebot: Frankreichs Premier Sarkozy hat die Senegalesin Rama Yade (r.) und die Algerierin Rachida Dati als Ministerinnen in sein Kabinett geholt, um die Migranten an sich zu binden. Foto: AP

Man bildete sich ein, daß ein Links-Rechts-Bündnis der politischen Kräften in Europa gegen die religiöse Unterwanderung durch den Islam, gegen die Unterdrückung der Frauen in der islamischen Gesellschaft und gegen Zwänge, die sich vom Koran ableiten lassen und unseren Bräuchen und Sitten zuwiderlaufen, zu schmieden möglich wäre. Diese Hoffnung ist aber verflogen. Die Linke hat die Chance gewittert, die sich ihr da bietet, ohne Rücksicht auf die Folgen. Fischer und Schröder sowie in Brüssel Günter Verheugen hatten es als erste begriffen, als sie die Einbürgerungsvoraussetzungen in Deutschland auflokkerten und der Türkei die Vollmitgliedschaft in der EU versprachen.

Die religiösen und politischen Anführer der Moslems scheren sich gar nicht um den Atheismus der europäischen Linken noch um die homosexuellen Eheschließungen, die die Linken propagieren. Ihr Votum ist aus einem Guß und pfeift auf die abendländischen Diskussionen. Die Linke verspricht ihnen Geldzuwendungen, den uneingeschränkten Bau von Moscheen, eine offene Zuwanderung und die Legalisierung illegaler Zuwanderer. Vor allem gefällt ihnen eine Absage unter der Linken an unsere Wirtschafts- und Freiheitsgesellschaft. Der linke Pazifismus ist ein Hindernis bei Interventionen gegen islamistische Diktaturen. Sie haben verstanden, daß linke Regierungen die westliche Gesellschaft wirtschaftlich schwächen und deren Moral durch Reformen wie eben die Homoehe untermimieren. Schließlich fühlen sie sich hier nicht zu Hause und identifizieren sich nicht mit den vitalen Interessen unserer westlichen Gesellschaft. Ihr Votum ist deswegen nicht ohne Hintergedanken.

Kaum abwehrbereit

Deutschland kann ausländischen Staatsfonds nur wenig entgegensetzen

Von Ansgar Lange

Einmal um die ganze Welt – und die Taschen voller Geld": Schlagersänger Karel Gott hatte wahrscheinlich noch nicht die chinesischen und russischen Staatskonzerne im Sinn, als er dieses Lied sang. Die gehen nämlich erst seit kurzem auf große globale Einkaufstour. Ein russischer Staatskonzern steigt bei der Telekom, bei Siemens oder einem deutschen Energieversorger ein. Ein Horrorszenario ohne realen Hintergrund? Wohl kaum, denn aktuelle Beispiele belegen diese reale Gefahr. „China und Rußland haben zusammen inzwischen Handelsüberschüsse, die sie in der Welt anlegen werden, mit denen sie alle deutschen Dax-Unternehmen in einem Jahr vollständig zu Marktpreisen übernehmen könnten", warnte jüngst der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) in einem Beitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" („FAZ"). Die Volksrepublik China, rechnet Koch vor, habe mit ihren staatlich gelenkten Gesellschaften die Kupferproduktion Chiles der nächsten 15 Jahre nahezu vollständig aufgekauft. Weite Teile Afrikas seien im Augenblick Objekt „einer solchen durch die chinesische Politik gesteuerten Aktion".

Selbstverständlich können auch deutsche Firmen ins Visier ausländischer Fonds geraten. Koch ist zwar ein Wirtschaftsliberaler, aber als Konservativer weiß er auch, daß man den Staat nicht schleifen darf. „Ich glaube, daß wir uns angesichts des rapide wachsenden Einflusses von ausländischen Staatsfonds und Staatsunternehmen überlegen müssen, inwieweit wir Schutzregeln für die deutsche Wirtschaft brauchen", pflichtete ihm der Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) bei. Es gehe nicht darum, den deutschen Finanzmarkt vor ausländischem Kapital abzuschotten. „Aber wir können nicht zulassen, daß bestimmte ausländische staatlich gelenkte Fonds aus strategischen Gründen Anteile deutscher Unternehmen aufkaufen, um politischen Einfluß zu nehmen."

Politischen Einfluß durch Firmenaufkäufe

Über das Außenwirtschaftsgesetz kann die Regierung bereits heute verhindern, daß deutsche Rüstungskonzerne, die Panzer, Kriegsschiffe oder Waffen produzieren, in fremde Hände fallen. Investoren, an denen Ausländer mindestens ein Viertel der Anteile halten, müssen den Wirtschaftsminister informieren, wenn sie mehr als 25 Prozent einer Rüstungsfirma erwerben wollen. Die Regierung hat dann einen Monat Zeit, um sich zu dem Angebot zu äußern.

Insbesondere die Deutschen müßten aufpassen, daß sie nicht „von den neuen mächtigen Mitspielern als naive Trottel betrachtet werden, die von marktwirtschaftlichen Regeln träumen, während diese Fakten schaffen", betonte Koch. Die Zeit drängt. Eon, RWE und Deutsche Bank gelten nach Ansicht von Experten als besonders gefährdet. Wie die ARD berichtete, will China 200 Milliarden Dollar in eine neue staatliche Investmentgesellschaft stecken, um seine Devisenreserven gewinnbringender anzulegen. Bereits im Mai hatte sich China mit drei Milliarden Dollar am amerikanischen Finanzinvestor Blackstone beteiligt.

Wie kann sich Deutschland des Angriffs von außen erwehren? Staatsunternehmen oder von Staaten gelenkte dürfen nach Ansicht namhafter Unionspolitiker nicht zu den wichtigsten Spielern des Weltmarktes werden. Deutschland und Großbritannien sind hier besonders verwundbar. In den meisten anderen Nationen des Westens gibt es wirksame Schutzmechanismen gegen die Übernahme von wichtigen Wirtschaftsbereichen durch ausländische Staatsunternehmen. „Die amerikanischen Regeln (Exxon-Florio-Provision von 1988), die zu ähnlichen Konstruktionen wie dem deutschen Bundessicherheitsrat kommen, sind ein auch in Deutschland denkbares Beispiel. Es ist kein unzulässiger Protektionismus, wenn

China investiert 200 Millarden Dollar

wir verhindern, daß etwa ein mühsam privatisierter Energieversorgungskonzern oder die Telekom in die Einflußsphäre der russischen oder chinesischen Regierung gerät", so Koch.

Die SPD, noch vom verbalen Kampf gegen die Heuschrecken ermattet, spielt die Bedrohung herunter. Der sogenannte Wirtschaftsweise Bert Rürup sagte gegenüber dem „Handelsblatt", daß er von einer Abschottung des deutschen Kapitalmarktes überhaupt nichts halte. Von moralischen Appellen à la Rürup wird sich aber kein hartgesottener Vertreter eines chinesischen oder russischen Staatsunternehmens, der eben nicht nur wirtschaftliche, sondern auch immer machtpolitische Interessen im Auge hat, erschrecken lassen.

Doch wie schätzen Juristen die derzeitige Sachlage ein? „In Frankreich und den USA gibt es Mechanismen gegen unliebsame Unternehmenskäufe durch ausländische Unternehmen – zum Beispiel in den USA seit Ende der 80er Jahre einen Ausschuß für ausländische Direktinvestitionen (Committee on Foreign Direct Investment in the United States, CFIUS). Vertreter des Weißen Hauses sowie des Außen-, Verteidigungs- und Heimatschutzministeriums prüfen Fragen der „nationalen Sicherheit, die durch ausländische Investitionen berührt werden", erläutert der Bonner Rechtsexperte Markus Mingers. Ein derartiges Vorgehen sei nach dem deutschen Rechtssystem nicht denkbar. Das deutsche Wettbewerbsrecht schütze nur für den Geltungsbereich der Bundesrepublik und mit Abstrichen in der Europäischen Union. „Auf der Basis der geltenden Rechtslage verbleiben zur Zeit lediglich bilaterale Vereinbarungen mit den entsprechenden Ländern", so Mingers. Wenn also ein russischer Staatskonzern die Stadtwerke einer deutschen Großstadt übernehmen will, gibt es keine schlagkräftigen juristischen Waffen, um dies abzuwehren. Bei einem Großkonzern bliebe die Möglichkeit, den Vorgang kartellrechtlich prüfen zu lassen. (Siehe auch Beitrag Seite 6.)

Prognosen

Von HARALD FOURIER

Unter den Kaisern war Rom eine blühende Millionenmetropole, aber während der Völkerwanderung war die Einwohnerzahl auf einige Zehntausend gesunken. Ziegen grasten, wo früher Feldherren Triumphzüge gefeiert hatten. Droht Berlin auch so ein Schicksal?

Letztes Wochenende war ich auf einer Party mit etwa 20 Leuten, darunter drei Ausländerinnen: eine Philippina, eine Belgierin und eine Holländerin. Die beiden letztgenannten sind nur zum Studieren hergekommen, verkündeten aber, sie mögen Berlin so sehr, daß sie für immer hier bleiben möchten.

Das erlebt immer wieder, wer mit ausländischen Besuchern spricht, von denen es an der Spree wimmelt: Russen, Amerikaner, Franzosen, Briten. Und am Sonntag war eine große Reportage in der „Berliner Morgenpost“, aus der hervorging, daß nun auch Spanier und Italiener ihr Herz an die deutsche Hauptstadt verloren haben. Sie alle kämen nach Berlin, weil es zur Zeit die interessanteste Stadt zwischen New York und Moskau sei.

Mein alter Englischlehrer hat das übrigens schon 1990 steif und fest behauptet, und behielt also recht. Trotzdem sind die großen Erwartungen von damals unerfüllt geblieben: eine Weltstadt mit Einwohnerzahlen von fünf Millionen und mehr ist Berlin nicht geworden.

Mittlerweile heißt das Schlüsselwort „demographische Entwicklung“. Unser schrumpfendes Volk wird sich neu verteilen, besagt eine neue Modellrechnung, die der Kölner Bevölkerungsexperte Bernhard Babel gerade aufgestellt hat. Für seine Stadt Köln heißt das, daß sich nichts verändert, aber München und Hamburg würden kräftig wachsen. Demnach hat die Hansestadt 2040 knapp zwei Millionen Einwohner.

Der große Verlierer dieser Modellrechnung ist Berlin. Dort sinke die Einwohnerzahl von 3,4 auf 3,1 Millionen, so Babel. Ursachen seien niedrige Geburtenrate und Abwanderung.

Aussagefähig sind solche Panik-Prognosen aber kaum, denn sie basieren – wie gesehen – immer nur auf vergangenen Werten, können nie zuverlässig einkalkulieren, was die nächsten 33 Jahre mit sich bringen. Was, wenn Berlin-begeisterte junge Amerikaner oder Holländer in großer Zahl Ernst machen und tatsächlich auf Dauer ihre Zelte in Berlin aufschlagen? Was, wenn sich die Erwartungen der Jugend ans Lebensglück wieder ändern und mehr Kinder geboren werden?

Anfang der 1980er Jahre prognostizierten wissenschaftliche Berechnungen der Stadt Hamburg einen Rückgang der Einwohnerzahl von damals gut 1,6 auf etwas über 1,3 Millionen im Jahre 2000. In Wahrheit gab es vor sieben Jahren 1,7 Millionen Elbhanseaten, heute sind es noch einmal über 50 000 mehr. Das Schicksal Roms vor 1500 Jahren wird Berlin also wohl nicht so schnell ereilen – und schon gar nicht mit der Zwangsläufigkeit, die uns die Prognosen glauben machen.

»Open this Gate!«

20 Jahre nach Reagans Berlin-Besuch: Streit um Autorenschaft seiner historischen Rede



„Wenn Gorbatschow es ernst meint, soll er sie aufmachen“: US-Präsident Ronald Reagan mit Frau Nancy im Juni 1987 vor der Mauer am Brandenburger Tor

Foto: Archiv

Von PARTICK O'BRIAN

Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor. Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer ein.“ Diese Worte machten vor genau 20 Jahren Geschichte. Ronald Reagan (gest. 2004), damals in Deutschland so angefeindet wie heute sein Nachfolger George W. Bush, forderte vor dem Brandenburger Tor die Öffnung der Grenze, und kaum jemand wagte zu hoffen, daß sie tatsächlich so kurz bevorstand.

Das Jubiläum dieser Rede (12. Juni 1987) wurde in der Berliner und der überregionalen Presse ausgiebig gewürdigt und veranlaßte CDU-Oppositionsführer Friedbert Pflüger zu der Forderung nach einer Ronald-Reagan-Straße. Pflügers Vorschlag richtete sich indirekt auch gegen den Regierenden Bürgermeister, der für Reagan nichts übrig zu haben scheint: Wowereit ließ die Gelegenheit verstreichen, an einer Trauerfeier anläßlich des Todes von Ronald Reagan (5. Juni 2004) teilzunehmen, obwohl er gerade ganz in der Nähe der Ronald-Reagan-Bibliothek war.

Dem deutsch-amerikanischen Verhältnis würde eine Erinnerung an Reagan im Straßenbild sicherlich guttun. Aus der Welt wären die Streitigkeiten damit jedoch nicht.

Allein der Bau der neuen US-Botschaft hat das Verhältnis des Berliner Senats zu den USA einer schweren Belastung ausgesetzt. Langsam, sehr langsam nimmt das Gebäude endlich Gestalt an. Unmittelbar südlich des Brandenburger Tors entsteht die US-Botschaft, um deren Bau so heftig gerungen worden ist.

Erst hatten die Amerikaner immer wieder die Baupläne verändert und gerieten dabei auch mit dem Senat in Streit. 1996 gab es bereits einen Bauplan. Als endlich 2003 der Bauantrag eingereicht wurde, hieß es, spätestens 2007 sei die Botschaft fertig.

Als erst vergangenen Oktober endlich das Richtfest gefeiert wurde, war längst klar, daß die Eröffnung bis 2008 verschoben würde. Aus diesem Anlaß meinte US-Botschafter William Timken geknickt, er hätte die Botschaft auch „irgendwo im Wald“ bauen lassen können, das sei wegen der Sicherheitsmaßnahmen dann leichter gefallen.

Als Reagan seine Rede vor dem Brandenburger Tor hielt, konnte er die Stelle zwar sehen, an der die US-Botschaft jetzt entsteht. Aber er hätte sicherlich nicht geahnt, daß ihr Neubau nach dem Fall der Mauer so lange dauern würde. Was der US-Präsident 1987 sicherlich auch nicht geahnt hat, war, daß seine historische Rede einmal Anlaß zu einem Urheberrechtsstreit der besonderen Art geben würde.

Aus Anlaß des Jubiläums schrieb John Kornblum, der damalige Stellvertreter des US-Stadtkommandanten von Berlin, in der Zeitschrift „American Interest“ einen langen Beitrag, der das Attribut selbstgerecht mehr als verdient hat. Der Text wurde leicht gekürzt am 9. Juni von der Tageszeitung „Die Welt“ wiedergegeben (Titel: „Ein Appell, der die Welt veränderte“).

Unter anderem behauptet Kornblum, er sei der Autor der berühmten Reagan-Rede. Über seinen obersten Chef sagt er: „Ich war an der Entstehung einiger Reden Reagans und anderer Präsidenten beteiligt gewesen und wußte, wie schwierig das sein konnte.“

Er selbst habe die Aufforderung zur Maueröffnung an Gorbatschow formuliert, schreibt Kornblum: „In unseren Augen mußte er Gorbatschow direkt dazu aufrufen, die Mauer zu öffnen. Nachdem ich die Idee an meinem Berliner Stab ausprobiert hatte, schickte ich sie als persönlichen Vorschlag an den Nationalen Sicherheitsrat.“

Das Berliner Alliierten-Museum hat nun eine eigens anberaumte Pressekonferenz genutzt, um der Behauptung Kornblums, der später zum US-Botschafter ernannt wurde und jetzt als Privatmann in Berlin lebt, zu widersprechen. Zu diesem Zweck wurde extra Peter Robinson in die Hauptstadt eingeflogen.

Der damals 30jährige Robinson war 1987 einer von sechs Redenschreibern Reagans. „Kornblum hat mir nur gesagt, was ich nicht in die Rede schreiben soll“, berichtet Robinson über ein Treffen, bei dem es um den Berlin-Auftritt des US-Präsidenten ging.

„Ich wußte nichts über Berlin“, erinnert sich Robinson weiter. In einem Helikopter ließ er sich über die Stadt fliegen und das DDR-Grenzregime im Detail erklären. „Die haben ja an alles gedacht, das ist wirklich furchtbar“, sei seine erste Reaktion gewesen.

Als er abends auf eine Privatparty eines deutschen Paars (Ingeborg und Dieter Elz, damals wohnhaft in der Limonenstraße in Dahlem) eingeladen war, fragte er die anwesenden deutschen Partygäste: „Berlin hat sich so an diese Mauer gewöhnt. Wie konnte das passieren?“

Zunächst schlug ihm nur Stille entgegen. Robinson dachte schon, er habe ein gesellschaftliches Tabu gebrochen. Aber dann begannen die Anwesenden zu erzählen. „20 Jahre durfte ich meine Schwester nicht sehen, daran gewöhne ich mich nie“, zitiert er einen. „Jeder hatte so eine Geschichte.“ Die Gastgeberin sagte dann: „Wenn Gorbatschow es mit den Reformen ernst meint, dann soll er es beweisen, indem er die Mauer aufmacht.“ So sei der Satz geboren worden.

Reagans persönliches Rede-Manuskript gibt Aufschluß darüber, wer der Autor der welthistorischen Appells war: kein anderer als Peter Robinson.

Das Außenministerium und der Nationale Sicherheitsrat waren damals übrigens auch gegen die Rede. Aber bekanntlich hat der Erfolg viele Väter. Anders kann sich Robinson nicht erklären, was Kornblum über die Reagan-Rede berichtet hat. „It's incorrect, it's not true“, beteuert er – „es ist unrichtig, es ist nicht wahr“.

Für Robinson muß es eine deprimierende Erfahrung gewesen sein, was aus seinem geistigen Eigentum im Schlangennest politischer Eitelkeiten wurde. Vielleicht hat er sich auch deshalb aus der Politik zurückgezogen. Robinson arbeitet heute an der Universität Stanford in Kalifornien – an wissenschaftlichen Publikationen.

Berlins SPD öffnet sich der Linken

Landesparteitag gegen »Abgrenzung«: Koalition »nicht vor 2009« – aber dann? Sachdiskussion fiel flach

Von MARKUS SCHLEUSENER

Die SPD zu Gast bei Freunden? Zum ersten Mal tagt ein Berliner SPD-Landesparteitag in der Ullsteinhalle in Kreuzberg, die zum Gebäudekomplex des Springerverlags gehört. Also zu „Bild“, „Welt“ und Co. Das ist, als träfe sich die Friedensbewegung bei einem Schützenverein.

Ein Genosse macht seinem Ärger Luft: „Dieser Ort ist wie unsere Programmdiskussion selbst: Kurze Überschriften wie in ‚Bild‘, kurze Text wie in der ‚BZ‘, provinziell wie die ‚Berliner Morgenpost‘ und rechts wie die ‚Welt‘.“. Ein anderer fragt – nur halb im Scherz –, ob er jetzt eigentlich noch „enteignet Springer“ fordern könne.

Die Berliner Sozialdemokraten sind verunsichert. Sie stehen auf Bundesebene unter Druck von links und rechts. Solange er erfolgreich war, haben sie Schröder durchgehen lassen, daß er sagte: „Fürs Regieren brauche ich nur die Glotze und ‚Bild‘.“ Aber Schröder ist weg. Rot-Grün ist weg. Das Dasein als Juniorpartner in der Bundesregierung zehrt.

So wurde nicht über das Programm debattiert, sondern über die Frage: „Wie hältst du's mit der Linkspartei?“ Klaus Wowereit hatte auf seine Art dazu bereits einen Akzent gesetzt. Der Regierende Bürgermeister sagte im „Spiegel“-Interview, dessen Inhalt am Sonnabend vor dem Erscheinen bereits durchgesickert war, die SPD dürfe „kein Tabu links der Mitte aufbauen“. Auf dem Parteitag wiederholte er diese These und sprach sich lediglich gegen eine Koalition mit der Linken im Bund „vor 2009“ aus.

Wowereit hatte damit das Thema des Tages vorgegeben. Gleich die erste Rednerin nach ihm bezeichnete „pauschales Abgrenzungsgehabe“ als falsch und nannte „Schimpfworte wie Mauer- und Stacheldrahtpartei“ Polemik. Abgrenzung sei plump. Wowereit hörte ihr zu, aber nur halbherzig. Er schlenderte durch den Saal und sprach mit Parteifreunden und Journalisten.

So ging es munter weiter, von Sachdebatte kaum eine Spur. Dabei hätte es viel zu sagen gegeben. Über das neue SPD-Grundsatzprogramm. Oder über die Landespolitik: Zum Beispiel über die privaten Wachfirmen, die jetzt auf den Neuköllner Schulhöfen für Frieden sorgen müssen.

Dieses aufsehenerregende Projekt von Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) findet beim Senat keine Gegenliebe. SPD-Schulsenator Jürgen Zöllner wich gegenüber der Presse Fragen nach Buschkowskys Vorhaben aus: „Ich kenne sein Konzept nicht.“ Über die eher traurigen Aspekte der Berliner Landespolitik wie den Zustand von Schulen oder Innerer Sicherheit fiel kein Wort auf dem Parteitag.

Dafür um so mehr über Springer und die Linke. Der frühere Abgeordnete und Anführer der Parteilinken Hans Georg Lorenz forderte zwar nicht gleich die Koalition mit den Linken, übernahm aber Lafontaines und Biskys „Systemkritik“, als er polterte: „Das System, das kapitalistische, wollen wir so nicht. Wir wollen einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz.“

Nach ihm sprach Tilman Fichter, der sich „40 Jahre nach dem Tod von Benno Ohnesorg“ über den „Schulterschluß mit dem Springerkonzern“ erregte und mit vollem Ernst raunte: „Verblassen unsere Idole wie Willy Brandt? Ist unsere Partei jetzt die Partei des Machiavellismus?“

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück versuchte, die Genossen auf die Linie von Kurt Beck einzuschwören. „Die PDS hat ihre Geschichte nicht aufgearbeitet“, und: „Wir dürfen da auf Bundesebene keine Grauzonen zulassen“, denn: „Wahlen werden in der Mitte entschieden.“

Für die SPD-Basis in Berlin aber gibt es keine „Grauzone“. Die Partei regiert mit der Linken im Senat. Warum also nicht auch im Bund? Kein einziger Redner nach den Parteigranden forderte eine stärkere Abgrenzung. Und keiner, der offen oder, wie Wowereit, nur leicht verbrämt eine weitere Öffnung nach links forderte, wurde dafür ausgebuht. Das Herz der Berliner SPD-Basis schlägt unverkennbar links.

Einzig der als „Rechter“ bekannte Dittmar Staffelt, früher Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, warnte vor zu großer Nähe: „Für mich ist das, was sich da am linken Rand tut, eine schwere Bedrohung.“

Polizisten sind frustriert

Die Kriminalstatistik der deutschen Hauptstadt verzeichnet einen dramatischen Anstieg von Übergriffen auf Polizisten. Die Fälle von „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ sind allein 2006 um zehn Prozent auf 3369 Delikte angewachsen. Damit steht Berlin an der Spitze eines bundesweiten Trends, der seit Jahren zu verzeichnen ist.

Der zunehmenden Respektlosigkeit und Brutalität treten die Beamten mit veralteter Ausrüstung und ebenso überaltertem und zahlenmäßig ausgedünntem Personal entgegen. Das Land Berlin hatte jahrelang keine Auszubildenden mehr übernommen. Derzeit gelangt nur jeder dritte in den Polizeidienst, jedoch nicht als Beamter, sondern als „Angestellter im Vollzugsdienst“.

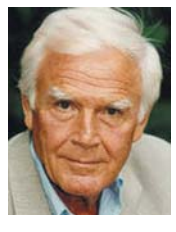
Gehaltskürzungen von bis zu zwölf Prozent, miese Ausrüstung, Überalterung, Stellenkürzungen sowie die wachsende Brutalität ließen viele Polizisten verzweifeln, berichten Eingeweihte. *H.H.*

Zeitzeugen



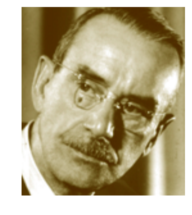
Adolf Hitler – Der spätere Reichskanzler war erst 1925 auf eigenen Wunsch aus der österreichischen Staatsbürgerschaft entlassen worden. Er wollte damit auch einer drohenden Abschiebung aus dem Reich durch die bayerischen Behörden zuvorkommen. Nach jahrelanger Staatenlosigkeit erlangte Hitler Anfang 1932 die deutsche Staatsbürgerschaft durch Aufnahme in den Staatsdienst des Freistaats Braunschweig, in dem die NSDAP seit 1930 an der Regierung beteiligt war.

Oksana Chusovitina – Die 1975 im usbekischen Buchara, UdSSR, geborene Turnsportlerin feierte internationale Erfolge zunächst für die Sowjetunion, dann 1992 für die damals noch vereinte Mannschaft der GUS und nach einer mehrjährigen Pause bis Mitte 2006 für Kasachstan. Erst kurz vor der WM 2006 wurde Chusovotina Deutsche und gewann im Sprung den dritten Platz für Deutschland.



Joachim Fuchsberger – Der 1927 in Stuttgart geborene Schauspieler hat eine enge Beziehung zum australischen Bundesstaat Tasmanien aufgebaut. Als deutscher und australischer Staatsbürger lebt er mit seiner Frau Gundula seit 1983 abwechselnd in der tasmanischen Hauptstadt Hobart, in Sydney und in München. 1984 war Publikumsliebling Fuchsberger als erster Deutscher Botschafter des UN-Kinderhilfswerks Unicef; 1999 ernannte ihn der tasmanische Premier – vor allem für seine TV-Sendung „Terra Australis“ – zum „Ehrenbotschafter des Tourismus“.

Lukas Podolski – Der als „Poldi“ seit der legendären WM 2006 beliebte Fußballer wurde 1985 im oberschlesischen Gleiwitz geboren. 1987 zog die Familie nach Köln, wo auch der junge Poldi als deutscher Aussiedler automatisch den deutschen Paß zuerkannt bekam. Nach der WM 2006 wählte der Fußballweltverband Fifa den deutschen Stürmer zum besten jungen Spieler des Wettbewerbs.



Thomas Mann – Nach dem Gang ins Exil 1933 nahm der Schriftsteller Ende 1936 im Konsulat der Tschechoslowakei in der Schweiz die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft an. Daraufhin wurde er vom Deutschen Reich ausgebürgert. Nach der Übersiedlung in die USA bemühte sich die Familie Mann lange vergeblich um die US-Bürgerschaft, die ihr erst 1944 gewährt wurde.

Wie wird man Deutscher?

In den letzten Jahren wurden die Regelungen unübersichtlicher

Von Mariano Albrecht

Im Gegensatz zu vielen Staaten in der Welt hat Deutschland scharf umrissen, wer sich Deutscher nennen darf und unter welchen Voraussetzungen ein Bürger, der nicht deutscher Abstammung ist, die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen kann. Obwohl das Gesetz eindeutig ist, bleibt die Umsetzung lasch, und die Erlangung der deutschen Staatbürgerschaft dient gewissen Migrantenkreisen nur zum Erreichen eines gesicherten Aufenthaltsstatus und zur Wahrnehmung der Rechte eines deutschen Bürgers. Als Deutscher gilt nach dem Gesetz nicht automatisch, wer in Deutschland geboren ist, sondern wer von einem Deutschen abstammt. Anders als in den USA, in denen jedes auf US-amerikanischem Hoheitsgebiet geborene Kind die US-amerikanische Staatsbürgerschaft erhält, muß bei einem in Deutschland geborenen Kind mindestens ein Elternteil deutscher Staatbürger sein, damit es das Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft erhält. Geregelt wird dies erstmals im Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913. Mit der Gründung der DDR im Jahr 1949 erfuhr die deutsche Staatsbürgerschaft eine Sonderregelung, in DDR-Personalausweisen und Pässen hieß es: Nationalität deutsch, Staatsbürgerschaft DDR, ein Zustand den die Bundesrepublik nicht anerkannte. Theoretisch konnte ein DDR-Bürger in jeder Auslandsvertretung der Bundesrepublik Deutschland auf die Ausstellung eines bundesdeutschen Passes bestehen. Praktisch hätte dies aber zur sofortigen Festnahme des DDR-Bürgers an der Grenze des Drittlandes geführt, da DDR-Bürger mit wenigen Ausnahmen nur in Ostblockländer reisen durften und die Personendaten bei jedem Grenzübertritt registriert wurden. Einige DDR-Bürger, meist Sportler oder Künstler, die in das westliche Ausland reisen durften, machten von dieser Regelung Gebrauch. Eine Einbürgerung, wie sie bei nicht deutschstämmigen Ausländern unter bestimmten Bedingungen erfolgen kann, war nicht notwendig. Die Novellierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes im Jahr 2000 unter Rot-Grün, schloß Gesetzeslücken, die in den jungen Jahren des Gesetzes nicht von Bedeutung waren. In der Neufassung wird zwar die Abstammungsklausel beibehalten und eine Mehrstaatlichkeit weiterhin ausgeschlossen, jedoch wurde die Einbürgerung nicht deutschstämmiger Einwanderer wie schon durch die Einführung der Anspruchseinbürgerung und den Wegfall der „Deutschpflicht“ (Sprachkenntnisse) Mitte der 90er Jahre unter der Kohlregierung weiter erleichtert.

Die Kriterien für eine Einbürgerung finden sich auch im Ausländergesetz sowie im Zuwanderungsgesetz von 2005.

So wird zum Beispiel ein mindestens achtjähriger Aufenthalt in Deutschland und die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Sozialleistungen zum Anspruchskriterium. Mit der Diskussion um die sogenannten Einbürgerungstests wurde das Bekenntnis zum Grundgesetz und zur Rechtstaatlichkeit ebenso eingefordert wie die unter Kohl gestrichene Pflicht, ausreichende Sprachkenntnisse zu besitzen. Auch soll der Einwanderer seinen festen Integrationswillen zum Ausdruck bringen. Ein Resultat der bis in die heutigen Tage gescheiterten Integrationspolitik. Der Gesetzgeber wollte so der Bildung von Parallelgesellschaften insbesondere unter arabisch- und türkischstämmigen Migranten entgegenwirken. Um die Einbürgerung von in Deutschland geborenen Kindern von Zuwanderern zu erleichtern, wurde das Optionsmodell geschaffen. Danach erhalten Kinder, deren ausländische Eltern mindesten acht Jahre in Deutschland leben, mit ihrer Geburt vorerst die deutsche Staatangehörigkeit. Im Alter zwischen 18 und 23 Jahren müssen sie sich entscheiden, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft oder die der ausländischen Eltern beibehalten. Ein Kompromiß, der die eigentliche Ablehnung der Mehrstaatlichkeit für die Dauer von 18 bis 23 Jahren umschifft. Wollen erwachsene Zuwanderer die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen, so kann dies auf Antrag bei der zuständigen Ausländerbehörde erfolgen. Während die sogenannte Anspruchseinbürgerung keinen Spielraum der Ausländerbehörde zuläßt, kann in bestimmten Fällen von der Ermessenseinbürgerung Gebrauch gemacht werden. Angewendet wird diese Form der Erlangung der Staatsbürgerschaft bei ehemaligen Deutschen, die im Ausland eine andere Staatsbürgerschaft angenommen haben und die deutsche wiedererlangen wollen. Voraussetzung ist, daß eine besondere Bindung an Deutschland besteht, keine Vorstrafen vorliegen und die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Sozialleistungen gewährleistet ist. Auch für Fußballspieler oder Spitzensportler, die für die Bundesrepublik in der Nationalmannschaft antreten, ist so eine „Expreßeinbürgerung“ möglich. War der Verlust der Staatsbürgerschaft im alten Staatsbürgerschaftsgesetz noch fast unmöglich und selbst bei Annahme einer anderen Staatsbürgerschaft die Rückkehr in die deutsche (Abstammungsprinzip) jederzeit möglich, so erschwert das neue Gesetz von 2000 in der Praxis die Rückeinbürgerung ehemaliger Deutscher. Kurioserweise sind in der Praxis deutschstämmige Deutsche, die durch einen Auslandsaufenthalt und aus familiären oder beruflichen Gründen (Hochzeit, Arbeitserlaubnis) eine andere Staatsbürgerschaft angenommen haben, bei der Rückkehr in die deutsche Staatbürgerschaft schlechter gestellt als nicht deutschstämmige eingebürgerte, meist türkische Migranten, die in der Vergangenheit bei Reisen in ihr Heimatland erneut die türkische Staatsbürgerschaft angenommen hatten und de facto die deutsche Staatbürgerschaft verloren. Nach der Gesetzesänderung von 2000 waren zirka 50 000 Deutschtürken davon betroffen. Auf Druck von Linkspartei und Grünen wurden diesen Personen im Schnellverfahren Aufenthaltsgenehmigungen ausgestellt und eine erneute Einbürgerung ermöglicht. Im Fall von Auslandsdeutschen, die in die deutsche Staatsbürgerschaft zurück wollen, wird bei der Auslegung, auch im Ermessensfall, Wert auf den „Lebensmittepunkt Deutschland“ gelegt. Während bei Migranten Härtefallregelung um Härtefallregelung greift, wurde zum Beispiel das Wiedereinbürgerungsersuchen der Ex-Deutschen Elke Tekin aus Istanbul abgelehnt.

Sie folgte im Alter von 21 Jahren ihrem türkischen Mann in die Türkei und verlor aus Unwissenheit die deutsche Staatsbürgerschaft, als sie die türkische annahm. Nach der Scheidung und dem Tod ihres Mannes erlitt sie einen schweren Schlaganfall, war mittellos. Für sie sieht das deutsche Gesetz keine Härtefallregelung vor.

Häufig gar kein Interesse am deutschen Paß: Junge Türkin mit türkischen Papieren Foto: pa

Mehr als ein Ausweis

Man erwirbt das Recht, ihn zu besitzen, mit der Geburt als deutscher Staatsbürger oder durch den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft: Der deutsche Reisepaß weist seinen Inhaber als Bürger der Bundesrepublik Deutschland in der Welt aus. Wer das Gebiet der Bundesrepublik verlassen möchte, muß bei der Ausreise einen gültigen Reisepaß vorlegen. Eine Ausnahme bilden die Staaten der EU, hier genügt auch ein Personalausweis für die visafreie Aus- und Einreise. Innerhalb der Gemeinschaft gilt das Prinzip der Freizügigkeit. Grundsätzlich darf jeder Deutsche einen Paß besitzen, er wird auf Antrag von den Meldebehörden ausgestellt. Allerdings gibt es auch bestimmte Gründe, die eine Ausstellung des Passes verhindern. Personen, gegen die straf- oder steuerrechtliche Ermittlungsverfahren laufen und bei denen die Gefahr besteht, daß sie sich den Maßnahmen entziehen

Der Reisepaß kann verweigert werden

wollen, kann die Ausstellung eines Passes versagt werden. Auch erfaßte Wehpflichtige, die den Geltungsbereich des Wehrpflichtgesetzes verlassen wollen, kann die Ausstellung verweigert werden. Unter bestimmten Voraussetzungen kann einem Bürger auch der Paß entzogen werden, dies kann der Fall sein, wenn jemand zum Beispiel die innere Sicherheit gefährdet.

Im Zuge der steigenden Gefahr von Terroranschlägen und Angriffen auf die innere und äußere Sicherheit Deutschlands hat die Bundesregierung mit dem neuen Paßgesetz reagiert und die Einführung sogenannter biometrischer Pässe beschlossen. Diese sind maschinenlesbar und enthalten neben zwei Fingerabdrücken auch elektronisch gespeicherte Daten zum Inhaber. Zudem gelten sie nach dem derzeitigen Stand der Technik als fälschungssicher und nicht manipulierbar. Umstritten sind die digitalisierten Paßbilder und Fingerabdrücke, die im Paßregister gespeichert werden sollen und von Polizei und Sicherheitsdiensten ausgewertet werden könnten. So könnte bei einem Terroranschlag das Bild einer Überwachungskamera durch eine Gesichtserkennungssoftware mit der Paßbilddatenbank abgeglichen werden. Auf Knopfdruck würden an jedem Ort, an dem die verdächtige Person ihren Paß benutzt, sofort die Alarmsirenen ertönen.

Es galt das Abstammungsprinzip

Die Geschichte der deutschen Staatsangehörigkeit im Spiegel der Entwicklung der Rechtslage

Von Manuel Ruoff

Die Geschichte der deutschen Staatsangehörigkeit ist eng mit der Entwicklung deutscher Staatlichkeit verbunden. Im Rahmen des Versuchs der Revolutionäre von 1848, einen deutschen Nationalstaat zu schaffen, beschloß die Nationalversammlung in der Paulskirche den Artikel 1, Paragraph 2 der „Grundrechte des deutschen Volkes“: „Jeder Deutsche hat das deutsche Reichsbürgerrecht.“

Der Norddeutsche Bund, aus dem das Deutsche Reich hervorging, war ein föderalistischer Fürstenbund und deshalb war gemäß dem Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit von 1870 die Reichsangehörigkeit eine mittelbare, die „durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat erworben“ wurde und mit deren Verlust erlosch.

Das Reich erwarb ab 1884 Kolonien, und für die Einbürgerung von dort lebenden Eingeborenen und Ausländern wurde 1900 neben der mittelbaren die unmittelbare Reichsangehörigkeit geschaffen. Laut dem bis heute bedeutenden Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 ist Deutscher, „wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt“.

Im zentralistischen Dritten Reich verloren die Reichsländer ihre Staatlichkeit – und damit auch ihre Staatsangehörigen. Unter direkter Bezugnahme auf das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ von 30. Januar 1934 besagt die „Verordnung über die Staatsangehörigkeit“ vom 5. Februar des selben Jahres, daß die „Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern“ fortfällt und es „nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit)“ gibt.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Staatlichkeit der deutschen Länder wieder hergestellt. Teilweise wurden in den Besatzungszonen sogar schon vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland Staaten geschaffen. So ist im 1949 verabschiedeten Grundgesetz nicht nur im Artikel 73 unter Punkt 2 von der „Staatsangehörigkeit im Bunde“ als einem Gegenstand der ausschließlichen Gesetzgebung die Rede, sondern auch im Artikel 74 unter Punkt 8 von der „Staatsangehörigkeit in den Ländern“ als einem Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung. Allerdings machte keines der Bundesländer von der Möglichkeit, eine Landeszugehörigkeit zu schaffen, Gebrauch, und so wurde 1994 per Gesetz diese Kompetenz der Länder abgeschafft. Der entsprechende Punkt 8 wurde aufgehoben.

Im deutschen gilt wie in vielen anderen Nationalstaaten traditionell, sprich im deutschen Fall seit dem Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit von 1870, primär das Abstammungsprinzip. So heißt es dort in Paragraph 2 „Die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat wird fortan nur begründet: 1. durch Abstammung (Paragraph 3), 2. durch Legitimation ..., 3. durch Verheiratung ..., 4. für einen Deutschen durch Aufnahme und 5. für einen Ausländer durch Naturalisation ...“ und in Paragraph 3: „Durch die Geburt, auch wenn diese im Ausland erfolgt, erwerben eheliche Kinder eines Deutschen die Staatsangehörigkeit des Vaters, uneheliche Kinder einer Deutschen die Staatsangehörigkeit der Mutter.“

Ingenieur frei Haus

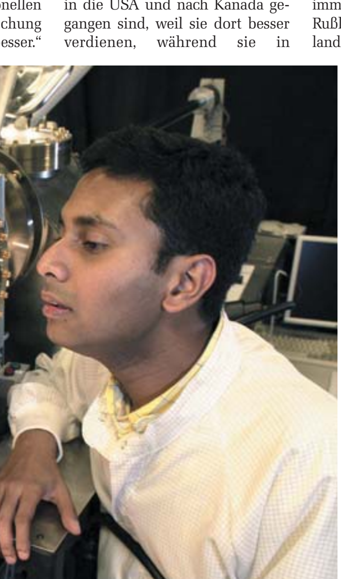
OECD mahnt Anwerbung von Fachkräften an – Wirtschaft dringt auf diesen bequemen Weg

Von Rebecca Bellano

In den vergangenen zwei Wochen war die SPD für eine Überraschung gut: Sie sprach sich eisern gegen Zuwanderung aus. Der Grund für diese Kehrtwende war eine Studie der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD), die Deutschland vor einem Fachkräftemangel warnt. Da Deutschland neben Japan und Italien das einzige Industrieland der OECD ist, in dem die Erwerbsbevölkerung aufgrund der demographischen Entwicklung jetzt schon schrumpfe, müsse das Land durch Zuwanderung seinen Arbeitskräftebestand sichern. Der Präsident der Bundes der Deutschen Industrie, Jürgen Thumann, forderte daraufhin sofort mehr Zuwanderung, schon jetzt würde ein Fachkräftemangel das Wachstum bremsen.

Bundesbildungsministern Anette Schavan (CDU), von den Warnungen der OECD offenbar kalt überrascht, meinte zaghaft, man könnte ja die Zuwanderung erleichtern. Doch schon schoß die SPD zurück. „Die SPD wird keinen Weg gehen, bei dem Bildung und Weiterbildung hier im Land vernachlässigt wird und dann gleichzeitig der Bedarf an Fachkräften durch Zuwanderung gedeckt wird“, so deren Generalsekretär Hubertus Heil.

Doch herrscht in Deutschland überhaupt Fachkräftemangel? Rudolf Schilling, Vizepräsident der Technischen Universität München, bestätigt zwar, daß gerade Ingenieure händeringend gesucht werden, aber dies bedeute nicht gleich, daß nun Personal aus dem Ausland herangeholt werden müsse. „Die Industrie versteht es nicht gut genug, Leute durch Weiterbildung einzugliedern“, beklagt er das hausgemachte Problem. Es gäbe noch Zehntausende arbeitslose Ingenieure auf dem Arbeitsmarkt und es sei durchaus nicht negativ, daß es sich hier um ältere Personen handle, denn gerade ihre Erfahrungen könnten zusammen mit dem aktuellen Wissen der Universitätsabsolventen beste Ergebnisse erzielen. Außerdem sei die Wirtschaft Schuld daran, daß sich ihr Fachkräftebedarf jetzt konzentriere, schließlich hätte sie in den mageren Jahren nicht an die Zukunft gedacht, kaum neues Personal eingestellt, bestehendes entlassen. Das wiederum zur Folge habe, daß auch weniger junge Menschen den Schritt in diese Berufssparte gewagt hätten. 1988 hatte die Technische Universität München 1000 Studienanfänger im Bereich Ingenieurswesen, 1996 waren es nur noch 270. Auch die Technische Universität in Hamburg meldet vor allem für die Luftfahrtbranche: „Hier werden händeringend Ingenieure gesucht, was unter anderem dazu führt, daß es zu personellen Engpässen in der Forschung kommt. Die Industrie zahlt besser.“



International als Spezialisten gefragt: Indischer Physiker überprüft eine Maschine. Foto: vario

Und tatsächlich ist die Bezahlung neben dem bereits genannten Mangel an Weiterbildung des vorhandenen Personals ein weiterer Grund, warum es in Deutschland überhaupt zu Engpässen kommt. „Ich bestreite nicht, daß wir einen Fachkräftemangel haben. Ich glaube aber, daß die Gründe, daß deutsche Facharbeiter ins Ausland gehen, dieselben sind, aus denen so wenige herkommen. Es liegt nicht am Zuwanderungsrecht – sondern zum Beispiel an der Bezahlung“, meint der Unionsabgeordnete Reinhard Grindel. Und tatsächlich ist es nicht neu, daß deutsche Fachkräfte in den letzten Jahren vor allem in die USA und nach Kanada gegangen sind, weil sie dort besser verdienen, während sie in Deutschland gar keinen oder nur einen schlecht bezahlten Job angeboten bekamen. 155 000 überwiegend gut ausgebildete Deutsche haben das Land 2006 verlassen. Da wäre es durchaus sinnvoller, die eigenen Leute, die die Sprache und Umgangsformen im Land einwandfrei beherrschen, zurückzuholen, als sich erneut Menschen aus anderen Kulturkreisen dazuzuholen. Denn – das erwähnt auch die OECD-Studie – Deutschland hat schon genügend damit zu tun, die bereits hier lebenden ausländischen Menschen in die Gesellschaft zu integrieren.

Außerdem, so Rudolf Schilling gegenüber der *PAZ*, überspringen immer mehr Hochqualifizierte aus Rußland und Osteuropa Deutschland und gehen gleich in die USA, da die Einstieggehälter dort deutlich über den in Deutschland üblichen 40 000 Euro Jahresbrutto liegen.

Letztendlich sind die von der OECD angesprochenen Probleme allesamt nicht neu, aber Politik und Wirtschaft ziehen daraus kaum Schlüsse. Und so mancher Schulabgänger und Berufsanfänger fragt sich, warum man ihm keine Chance gibt. Städte und Gemeinden, aber auch Versicherungen, Banken und Großkonzerne neigen seit Jahren dazu, ihren ausgebildeten Nachwuchs mit Halbtagsstellen oder Jahresverträgen abzuspeisen. So etwas wie einen Karriereplan, in dem die jungen Leute aller Bildungsniveaus – vom Hauptschulabschluß bis hin zum abgeschlossenen Studium – zugesagt bekommen, wann sie welche, für die Firma kostenintensive Fortbildung machen, gibt es bei diesen Arbeitskräften auf Zeit nicht.

Der derzeitige Mangel an Ingenieuren ist also nur ein Vorspiel für noch einen größeren Mangel an Fachpersonal – doch dann in fast allen Bereichen. Da Politiker und Vorstände immer nur für einige Jahre im Amt sind, denkt allerdings kaum einer an Nachhaltigkeit. So wird, obwohl die demographische Entwicklung lange bekannt ist und viele Konzerne mit älterem Personal durchaus wissen, daß in vier, fünf Jahren ganze Abteilungsstärken in Rente gehen, das Heranziehen eines eigenen Nachwuchses zu Lasten aller unterlassen. Bald wird nicht nur Verbandschef Jürgen Thumann nach Fachpersonal aus dem Ausland rufen und versuchen, der Politik die Schuld in die Schuhe zu schieben.

MELDUNGEN

Deutsche wollen Kinder

Allensbach – Der Kinderwunsch steht bei den Deutschen weiter hoch im Kurs. Nur acht Prozent der 25- bis 59jährigen sind freiwillig kinderlos. Das geht aus einer Umfrage des „Instituts für Demoskopie Allensbach“ hervor. Danach haben 70 Prozent der Altersgruppe zwischen 25 und 59 Jahren Kinder; 30 Prozent sind kinderlos. 22 Prozent wünschen sich zur Zeit ein Kind. Bei 12,8 Millionen Frauen und Männern dieser Altersgruppe ist der Wunsch nach einem ersten oder nach einem weiteren Kind bisher nicht in Erfüllung gegangen. Bei den Ursachen nennen die meisten derer, die sich aktuell Kinder wünschen, daß sie nicht den richtigen Partner beziehungsweise eine Partnerin gefunden hätten. Berufliche Gründe führen 26 Prozent und finanzielle 25 Prozent an. Bei 13 Prozent hat es zudem noch nicht mit dem Schwangerwerden geklappt. *idea*

Job durch gute Kontakte

Nürnberg – Ein Drittel aller Neueinstellungen kommt über eigene Mitarbeiter und persönliche Kontakte zustande. Die informelle Suche nach Bewerbern hat damit nach wie vor große Bedeutung, zeigt eine Betriebsbefragung des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (IAB) aus dem vierten Quartal 2006. Bei fast jeder vierten Neueinstellung der vorangegangen zwölf Monate fanden die Arbeitgeber einen passenden Bewerber durch Zeitungsinserate. Mehr als jede zehnte Stellenbesetzung beruhte auf einer Initiativbewerbung. Kontakte zur Arbeitsagentur führten ebenfalls zu mehr als zehn Prozent der Einstellungen. Aus Internet-Stellenbörsen ergaben sich neun Prozent der Besetzungen. Die private Arbeitsvermittlung spielte mit drei Prozent eine geringe Rolle. Nur ein Prozent der Neueinstellungen beruhte auf Inseraten Arbeitsuchender. *IAB*

Ost-Deutsch (22):

Feierabend

Von Wolf Oschlies

Umorni tamburasi svirat fajron na kraj“, sang vor langen Jahren ein Schlager in Makedonien: Müde Musikanten spielen einen „fajron“ zum Ende. Der makedonische „fajron“ ist natürlich der deutsche „Feierabend“, mittelhochdeutsch „vir abent“, wie der Vorabend eines Kirchenfestes genannt wurde. Später wandelte sich die Bedeutung zu „Arbeitsende“, hörbar an dem schönen Lied „'S ist Feierabend“, das im Erzgebirge traditionell bei Beerdigungen gespielt wurde. Daneben gab und gibt es weitere Verwendungen, grobe („Jetzt ist aber Feierabend“) und freundliche wie das „Feierabendheim“, das Altersheim zu DDR-Zeiten.

In Osteuropa ist der Feierabend als „fajron, fajront, fajrunt, fajrant“ allgegenwärtig, obwohl kaum noch jemand seinen deutschen Ursprung kennt: In einer nordmährischen Zeitung fand ich kürzlich diese Erklärung: „Toto ostravské slangové slovo fajront vyjadruji konec pracovní doby“ (Dieses Slangwort aus Ostrau bezeichnet das Ende der Arbeitszeit), wogegen nichts zu sagen ist, sofern man die 250 Jahre deutscher Bergbau- und Hüttentradition in Ostrau (oder: Ostrava) in Rechnung stellt.

In der Slowakei arbeitet seit langem die Brauerei „Fajront“, deren gemütliche Kneipen ich noch in guter Erinnerung habe. In Bosnien veröffentlichte Halid Muslimovic im Mai sein „pjesma za fajront“ (Lied zum Feierabend), in Kroatien verabschiedete sich eine berühmte Gesangsgruppe mit dem Album „Fajront“ in den Ruhestand. Kroatische Jugendliche beschweren sich ständig, daß in zu vielen Bars „u subotu u 9 navecer fajrunt“ (am Sonnabend um 9 Uhr abends Feierabend) sei, und die serbische Wochenzeitung „Vreme“ (Zeit) titelte einen spöttischen Report „Nocni zivot – fajront u Beogradu“ (Nachtleben: Feierabend in Belgrad).

Seit zwei Jahren klingt „Feierabend“ politischer. In Montenegro ist „fajront“ für nationalistische Parteien, in Serbien „stize fajront pre gazde“ (kommt der Feierabend zu den Chefs), wenn Marktwirtschaft und Privatisierung die alten Staatsbetriebe aufmischen. In Makedonien haben neue Privatbetriebe manchen Altfunktionären „fajront otsvirea“ (Feierabend gespielt). In Polen war bereits 2000 „fajrant w Nowej Hucie“ (Feierabend in Nowa Huta), der sozialistischen Dreckschleuder neben dem majestätischen Krakau.

Flakhelfer im Visier

Der Fall Grass und die Folgen: NSDAP-Archive nach bekannten Namen durchsucht

Von Klaus D. Voss

Es ist wohl eine Spätfolge aus dem tiefen Fall von Günter Grass, daß sich die Schriftsteller Siegfried Lenz und Martin Walser und der Kabarettist Dieter Hildebrandt eine NSDAP-Mitgliedschaft vorhalten lassen müssen – und dies ganz offensichtlich zu Unrecht. Aber mit dieser Affäre ist auch ein Meinungsumschwung angestoßen worden, hin zu einem kritischeren und historisch gerechteren Umgang mit NS-Aktenfunden.

Hildebrandt und Walser wehren sich, an den Pranger gestellt zu werden, eine schwere Krankheit hindert den 81jährigen Siegfried Lenz, selbst für seine Ehre einzutreten. Sein Verlag Hoffmann & Campe wehrt die Vorwürfe ab.

Der Reihe nach: Das späte Geständnis von Grass zu seiner Mitgliedschaft in der SS-Panzer-Division Frundsberg hatte ihm im vergangenen Jahr nicht nur den Nobelpreisträger von seinem moralischen Hochsitz geworfen. Es hatte auch die Feuilletonisten im Lande blamiert: 500 Auserwählte hatten ein Vorab-Exemplar des Buchs „Beim Häuten der Zwiebel“ auf dem Schreibtisch, ohne „die Stelle“ zu finden. Die Sensation verpaßt – das sollte nicht noch einmal passieren.

In den letzten Monaten hatte sich ganz offenbar ein Fleißarbeiter daran gemacht, das NSDAP-Archiv in der Berliner Außenstelle des Bundesarchivs nach Bekannten und Berühmten aus der Kunst- und Literaturszene auszuforschen – drei Namen, die in den Unterlagen verzeichnet sind, kennen wir jetzt aus dem „Focus“.

Als „haltlos und schlecht recherchiert“ attackiert Hildebrandt den Bericht, und Lenz wie Walser könnten sich dem Urteil anschließen. Im Kern geht es um die Frage, ob jemand ohne sein Wissen in die NSDAP aufgenommen werden konnte – Hildebrandt zum Beispiel war 16jähriger Flakhelfer in Oberschlesien, als er 1944 auf die Mitgliederliste der Nazis gesetzt worden war; Walser erging es ähnlich. Lenz war 1943 zur Marine eingezogen worden, die angebliche Mitgliedschaft datiert aus diesem Jahr.

Der Meinungswandel unter den Historikern könnte dem angegriffenen Trio helfen – gegen alle bisherige Erfahrung mit der Auswertung von NS-Unterlagen. Denn bislang wurden NSDAP-Funde zu regelrechten Strafaktionen herangezogen. Unter den dominanten Meinungsführern in den Geschichtswissenschaften galt es als ausgemacht, daß niemand ohne eigenes Zutun in die NSDAP-Mitgliederkartei gelangen konnte. Jeder Fund einer Nazi-Akte kam folgerichtig einem „gesellschaftlichen Todesurteil“ gleich und wurde auch so instrumentalisiert. Die Dinge haben sich geändert.

Unfreiwillig NSDAP-Mitglied: Walser, Lenz, Hildebrandt (v.l.) Fotos (3): ddp

Hat Dieter Hildebrandt als Senior-Liebling der Linken doch zu viele Fürsprecher – oder kann man die unsichere Quellenlage einfach nicht mehr ignorieren: Inzwischen verdichtet sich das Bild, daß doch einige Standortführer pauschal Gruppenanträge ganzer Hitlerjugendeinheiten zur Aufnahme in die NSDAP eingereicht hatten – also ohne das Wissen der Betroffenen. Die Standortführer wollten so offensichtlich ihren Auftrag erfüllen, geeigneten Nachwuchs für die NSDAP zu rekrutieren.

Hildebrandt und andere weisen darauf hin, daß es von ihnen keine Unterschrift auf Aufnahmeanträgen gibt. Und die eklatanten Mängel in der Dokumentenführung hätten auch schon früher auffallen oder entsprechend gewürdigt werden müssen.

Die unvoreingenommene Sicht auf die NS-Unterlagen verlangt auch, die schon erledigt geglaubten Altfälle zu überprüfen und wenn nötig zu revidieren. Nicht nur die „Gruppe 47“-Literaten Walter Höllerer oder Walter Jens warten darauf, daß ihnen endlich geglaubt wird – viele andere aus der Flakhelfer-Generation auch.

Europäischer Verband der Vertriebenen in Gründung

Zur Vorbereitung der beabsichtigten Gründung eines europäischen Vertriebenenverbandes kamen in Berlin die Vertreter verschiedener Landsmannschaften und Opferverbände aus sechs europäischen Staaten zusammen. Unter Leitung des Präsidenten des italienischen Vertriebenenverbandes Unione degli Istriani, Dr. Lacota, berieten die Delegierten einen Satzungsentwurf für die zukünftige Organisation.

Die Beratungen gestalteten sich schwierig, da der zu beratende Textentwurf in die Sprachen der einzelnen Teilnehmer übersetzt wurde und sich dabei das Problem ergab, daß einzelne Begriffe in den nationalen Sprachen nicht die gleiche Bedeutung haben. Deshalb konnten die Beratungen über den Satzungsentwurf noch nicht abgeschlossen werden. Eine weitere abschließende Zusammenkunft zur Beratung der Satzung wurde für den Herbst vereinbart. Die Gründungsversammlung für den europäischen Vertriebenenverband soll am 30. November und 1. Dezember stattfinden.

Sprachprobleme verzögerten Satzung

Dr. Lacota berichtete den Teilnehmern, daß sein Verband, die Unione degli Istriani, die Triestiner Erklärung vom 30. März 2007 mit Anschreiben an die Staaten der EU und einige weitere Staatsregierungen versandt habe. Zehn Staaten hätten den Eingang des Schreibens bestätigt. Die deutsche Regierung habe bisher nicht geantwortet. Außerdem habe man bei der Europäischen Kommission in Brüssel wegen der Eintragungsmodalität sondiert. Zur Zeit gehe man davon aus, daß der Verband den Status einer NGO – Nicht-Regierungs-Organisation – erhält. *v. G.*

Die Kluft wächst

Ägyptens Regierung distanziert sich vom Terror, doch das Volk liebäugelt mit der Hamas

Von R. G. Kerschhofer

Die jüngste Entwicklung in Palästina wird in anderen Ländern und vor allem in Ägypten nicht ohne Auswirkungen bleiben. Denn Präsident Hosni Mubarak ergriff eindeutig Partei für die Fatah und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas. Die Hamas aber, ein Ableger der ägyptischen Muslim-Bruderschaft, genießt heute weit über diesen Kreis hinaus ungleich größere Sympathien als die abgewirtschaftete Fatah.

Daß Montag voriger Woche Mubarak, Abbas, Jordaniens König Abdallah und der israelische Premier Olmert in Scharm-el-Scheich zusammentrafen, war ein mehrfaches Ärgernis: Die drei Araber bewiesen ihre völlige Unterordnung unter ein US-Diktat und erreichten als Gegenleistung nur, daß Israel die Freigabe von 250 der über 10000 palästinensischen Gefangenen versprach – natürlich nur von Fatah-Leuten. Überdies war der Ort instinktlos gewählt, denn Scharm-el-Scheich löst bei Ägyptern andere Assoziationen aus als bei westlichen Urlaubern: Im „Sechstagekrieg“ 1967 landeten dort israelische Fallschirmjäger und besiegelten das Debakel der Ägypter. Viele stört es zudem, daß der streng bewachte Badeort ein für sie unerreichbares Luxus-Ghetto ist, und Islamisten nehmen Anstoß am dem freizügigen Treiben.

Es gibt beträchtliche Unterschiede zwischen dem, was Ägypter am Regime stört, und dem, was man im Westen kritisieren zu müssen glaubt. Daß Mubarak seit 26 Jahren Präsident ist – seit der Ermordung von Anwar El-Sadat durch einen islamistischen Soldaten –, ist für „Demokraten“ suspekt wie das Bestreben, seinen Sohn Gamal zum Nachfolger aufzubauen. Doch Kontinuität muß nichts Verwerfliches sein. In Syrien funktionierte die Hofübergabe, in Libyen wird sie funktionieren, im Irak hätte sie funktioniert – und Dynastien sind seit Jahrtausenden so entstanden.

Immerhin profitiert Mubarak davon, daß die „veröffentlichte“ Weltmeinung bei Verbündeten weniger strenge Maßstäbe anlegt, was Menschenrechte, Meinungsfreiheit und dergleichen betrifft.

Das wirklich Beunruhigende macht hingegen kaum Schlagzeilen: Denn der Mensch lebt einerseits vom Brot und andererseits vom Bewußtsein der eigenen wie der nationalen Würde – und dabei sieht es traurig aus. Das krasse Auseinanderdriften von Arm und Reich begann schon unter Sadat, aber der konnte noch vom Prestige des relativen Erfolgs im „Yom-Kippur-Krieg“ 1973 zehren. Mubarak hingegen hat nichts Vergleichbares aufzuweisen, die Kluft zwischen Luxus und Massenelend ist breiter.



Zwischen Orient und Okzident: Präsident Mubarak mit dem König Saudi-Arabiens Foto: pa

Trotz Zensur tragen die Medien gewollt oder ungewollt dazu bei, daß die Probleme deutlicher bewußt werden: „Seifenopern“ – und natürlich die Werbung – sind oft in einem Milieu angesiedelt, von dem die allermeisten nur träumen können. Vermehrt zeigt man aber auch Drogenmißbrauch, Straßenkinder und Negativ-Folgen der „Ehe auf Zeit“ (arabisch „mut'a“, in Ägypten „gawas urfi“). Die „Urfi“-Ehe ist oft nicht von Prostitution zu unterscheiden, unter Studenten heute aber recht beliebt. Wie sehr verdrängte Sexualität die Menschen beschäftigt, zeigten etwa die hohen Wogen über eine kuriose „Fatwa“, derzufolge Nacktheit beim Sex verboten sei.

Die soziale und die nationale Frage sind in Ländern wie Ägypten eng verknüpft. Der „arabische Sozialismus“ eines Gamal Abd-el-Nasser scheiterte mit der militärischen Niederlage. Kommunisten – unter Abd-el-Nasser ebenso verfolgt wie die Muslim-Brüder – haben keine Chancen. Also bleiben nur die religiösen Fundamentalisten, die den Menschen Hoffnung – und in gewissem Maß sogar Brot geben. Sie ersetzen das Vaterland („watan“) zunehmend durch die islamische Gemeinschaft („umma“) – und der Westen liefert ihnen „Munition“. Konzessionen der Regierung – wie die Aufhebung des Schleierverbots an der Uni Kairo – werden nicht honoriert.

„Kämpfer“ sind die ägyptischen Muslim-Brüder nicht. Offen bleibt aber, inwieweit die Armee bereits unterwandert ist. Ein größerer Konflikt, etwa ein US-Angriff auf den Iran, könnte es zutage bringen.

Muslim-Bruderschaft

Wie bei fundamentalistischen Bewegungen generell war auch die Gründung der Muslim-Bruderschaft (MB) im Jahr 1928 eine Reaktion auf Fremdherrschaft und andere Mißstände. Für Islamisten ist das politische Anliegen darüber hinaus auch religiös legitimiert: Selbst muslimische Regierungen können sich im Zustand der „dschahilia“, der vorislamischen „Unwissenheit“, befinden und bekämpft werden müssen. Für die Anhänger überzeugend ist nicht nur das „offenkundige“ Feindbild (ursprünglich die Briten, heute die USA und Israel), sondern vor allem das soziale Engagement der MB. Die ägyptische MB war im Laufe der Jahre meistens verboten und wurde zuweilen blutig unterdrückt. Die MB, obwohl nicht als Partei zugelassen, ist heute mit 88 „Unabhängigen“ im ägyptischen Parlament vertreten. Aus der MB ist unter anderem die palästinensische Hamas entstanden.

Aus der Versenkung

Deutsch-polnische Gesellschaften sind mehr als nur linkslastig

Von Joachim Görlich

Fast waren sie in der Nach-Wendezeit ins Vergessen geraten: die linkslastigen deutsch-polnischen Gesellschaften. Jetzt scheinen sie wieder da zu sein. Und diesmal ist der neue Präsident der polnische „Polityka“-Redakteur Adam Krzeminski. Er hat unlängst auch von der „Viadrina“-Uni in Frankfurt / Oder einen Preis für deutsch-polnische Verständigung bekommen.

Die deutsch-polnischen Gesellschaften machten zum ersten Mal in der Ära des „Polnischen Oktobers“ 1956 auf sich aufmerksam. Ihr Hauptsitz war damals Düsseldorf. An der Spitze stand der deutsche General v. Rohr, ein Liberaler und Freimaurer, der aus der polnischen Gefangenschaft gekommen war. Hinter ihm stand fast unbemerkbar der Altkommunist Paul Wolf, der penibel auf das bürgerliche Erscheinungsbild bedacht war.

Das gutgemachte Heft „Deutsch-polnische Begegnungen“ durfte in Polen vertrieben werden. Auch in den Gebieten, wo es Restbestände einer deutschen Intelligenz gab. Es wurden junge deutsche Intellektuelle in Schlesien und Ostpreußen zur Mitarbeit geworben. Sie arbeiteten so lange mit, bis sie nach Deutschland kamen und zu ahnen begannen, wohin die Reise ging.

Dann gab es immer mehr deutsch-polnische Gesellschaften in der Bundesrepublik, die auch immer mehr ins linke Fahrwasser gerieten und ganz offen die „polnische Staatsräson“ vertraten. Das Ansehen sank, und es wurde still um sie. Denn das Gedankengut war nicht mehr mit dem identisch, das von der „Solidarnosc“ über die Oder tönte. Es gibt nach der „Wende“ 1989 allerdings auch unabhängige deutsch-polnische Gesellschaften, wie die der Universität Breslau, der neben anderen auch der deutsche Nobelpreisträger Günter Blobel angehört.

Die roten Medien schafften die Wende

In der Endzeit des „Kalten Krieges“ war die „Polityka“ – Krzeminski war als Deutschlandspezialist dabei – das „Flaggschiff der polnischen KP“ mit pseudoliberalem Anstrich, deren Chefredakteur, Polens letzter KP-Chef Mieczyslaw Rakowski, im Gegensatz zu anderen Medien selbst der Hauptzensor seiner Zeitung war. Ein Novum.

80 Prozent der roten Medien Polens schafften die „Wende“ 1989. Und befinden sich heute noch in den Händen der alten Nomenklatura. Nachdem die polnischen Postkommunisten es schafften – auch dank der SPD – in die Sozialistische Internationale aufgenommen zu werden, wurden sie und ihre Mitarbeiter in Westdeutschland salonfähig. Nicht nur im linken Lager.

Aber auch in Polen gibt es eine Birthler-Behörde, die sich „Institut für nationales Gedenken“ (IPN) nennt, im Gegensatz zu unserer Birthler-Behörde hat sie eigene Staatsanwälte. Und so sind Teile der polnischen kommunistischen Medien und ihre Mitarbeiter ins Visier und auf die Listen von IPN geraten.

So auch einige aus der „Polityka“. Herausragender Top-Agent war da der hierzulande geradezu vergötterte Deutschland-Experte Andrzej Szczypiorski, um den sich deutsche Verlage und Gazetten rissen und den sie fürstlich honorierten. Der Mann hatte sogar seine eigenen Eltern denunziert.

Die deutsch-polnische Schiene wird deutscherseits heute sowieso von links dominiert. Der deutsche Außenminister, der ja entsprechenden Einfluß auf die deutschen Konsularstellen in Polen und damit auch auf die deutsch-polnischen Einrichtungen hat, gehört der SPD an. Bundesbeauftragte ist als „Koordinatorin“ die „Viadrina“-Chefin Gesine Schwan, eine fanatische SPD-Genossin, der ausgezeichnete Beziehungen zur einstigen postkommunistischen Regierung Warschaus und deren Veteranen nachgesagt werden.

Freilich kann man den Genannten nicht nachsagen, daß sie momentan weiter die „polnische Staatsräson“ der Gebrüder Kaczynski vertreten. Schon deswegen nicht, weil diese alles, was rot ist, geradezu hassen.

In russischer Hand

Oligarchen wollen verstärkt in deutsche Firmen investieren

Von M. Rosenthal-Kappi

Gerüchten zufolge hegt die russische Telekommunikationsgesellschaft Sistema Interesse an der deutschen Telekom. Laut „Spiegel“ hatte der russische Großunternehmer Wladimir Jewtuschenkow, einer der Großaktionäre von Sistema, der Telekom einen Aktientausch vorgeschlagen: Er erhielte 25 Prozent der Telekom-Aktien, die Telekom bekäme im Tausch dafür ein Aktienpaket von bis zu 20 Prozent des Mobilfunkanbieters MTS, an dem sie einmal zu 40 Prozent beteiligt war, 2005 aber zum Schuldenabbau wieder ausstieg. Im Juni dieses Jahres erklärte Sistema im russischen „Täglichen Handelsblatt“, daß zwar im Augenblick, da die Telekom AG auf dem Markt unterbewertet und die Aktien günstig seien, der beste Zeitpunkt für den Kauf eines Aktienpaketes gegeben sei, man allerdings abwarten könne. Will heißen, da die Bundesregierung sich bislang zu dem vorgeschlagenen Deal nicht geäußert hat, auf dem Markt nur kleinere Aktienpakete der Telekom gehandelt werden, ist das Geschäft für die Russen uninteressant. Der Einfluß wäre erst ab einem Anteil von zehn Prozent bedeutsam.

Aufgrund des Engagements ausländischer Investmentgesellschaften in Deutschland plant die Bundesregierung die Gründung eines Komitees, das die Übernahme strategisch wichtiger Unternehmen wie Energie-, Kommunikations- und Versorgungskonzerne verhindern soll.

Daß ein solcher Schutzmechanismus vonnöten ist, beweist das Beispiel Siemens / BenQ. Deutsche Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Die Firmen befürchten ein aggressives Vorgehen russischer Investoren, bei dem sie unter den Einfluß des Kreml geraten könnten, da die heutige Generation der als Investoren auftretenden Oligarchen als putintreu gilt.

Kapitalflucht auf bequeme Weise

Die Russen schätzen an deutschen Unternehmen neben dem Know-how deren Zuverlässigkeit und die Produktqualität. Zudem sind sie daran interessiert, ihr durch den Rohstoffboom gewonnenes Kapital sicher anzulegen. Wenn sie dies im Westen tun, entziehen sie sich damit quasi der Kontrolle und dem Zugriff des Kreml und begehen auf bequeme Weise Kapitalflucht.

Schätzungsweise 1000 deutsche Firmen befinden sich in der Hand von Russen. Tendenz steigend. Obwohl in Rußland 4000 deutsche Unternehmen arbeiten, begegnet man den Russen hierzulande mit Mißtrauen und Ablehnung. Meist erhalten sie erst den Zuschlag, wenn gar nichts mehr geht, wie im Falle von Schalke, dem Münchner Modehaus Escada oder dem Kosmetikhersteller Dr. Schöller. Die Übernahmen verlaufen in der Regel unauffällig. Im Traditionskonzern Fahrzeugtechnik Dessau ist die Leitung froh über die russischen Chefs. 175 Arbeitsplätze konnten so erhalten werden. Außer den Russen waren nur chinesische Käufer interessiert, doch die wollten nur die Experten mitnehmen und die Firma dicht machen. Heute produziert Fahrzeugtechnik Dessau wieder moderne Waggons für Holland. Bei Escada mischt sich Käufer Rustam Aksenenko aktiv ein; er wechselte die Führung aus, weil die Gewinne zu gering waren.

Ein gesundes Mißtrauen ist geboten, wenn Oligarchen über Fonds versuchen, weltweit ganze Branchen zu beherrschen. Ein Beispiel ist Wiktor Wekselbergs Beteiligungsgesellschaft Renova. Gemeinsam mit Oligarch Oleg Deripaska gründete Wekselberg einen der mächtigsten Metallkonzerne (United Company Rusal), der 12,5 Prozent der globalen Aluminumproduktion abdeckt. Wekselberg investiert in großem Umfang in der Schweiz und hat in Deutschland ein Auge auf alternative Energieanbieter und die Leipziger Stadtwerke geworfen. Längst schon hat der Megakonzern Gasprom bei „strategisch wichtigen“ Unternehmen wie EADS den Fuß in der Tür.

Explosives Gemisch

Leben mit 30 anderen Gefangenen im türkischen Gefängnis – ein Erfahrungsbericht

Matthias Weimer war selbst elf Monate ohne triftigen Haftgrund in türkischen Gefängnissen in Istanbul und Edirne inhaftiert: Wegen einer in Deutschland nicht bezahlten Geldstrafe kam es zu einer „Ausschreibung zur Feststellung des Aufenthaltes“ durch das Landgericht Berlin. Durch einen Behördenfehler rutschte Weimer 1998 in die Fahndungscomputer von Europol, an die auch die Türkei angeschlossen ist. Der heute 40jährige hatte zu diesem Zeitpunkt beruflich in der Türkei zu tun. Da die Türkei das ordentliche Verfahren zur Auslieferung (48 Tage) herauszögerte, mußte Weimer elf Monate in drei verschiedenen Gefängnissen und in Polizeihaft in der Türkei zubringen – bis er 1999 nach Berlin ausgeflogen und freigelassen wurde ...

Gefängnisse in der Türkei – die Realität hat weder etwas mit dem schrillen US-Kinothriller „Midnight Express“ (1978, Oliver Stone), noch mit der Darstellung eines „friedlichen Lebens reuiger Sünder“ in den Hochglanz-Broschüren, die das Justizministerium in Ankara gerne verteilt, zu tun. Knastalltag ist dort wie überall in der Welt vor allem eines: Knastalltag.

Ein Tag beginnt um 8 Uhr mit der „Sayim“, dem militärischen Zählappell: Die Gefangenen treten – wie insgesamt dreimal am Tag (16.30 und 0 Uhr) in Reih und Glied vor den Großraumzellen an und zählen sich durch. Mit einem gehörigen „Allah korusun!“ – „Gott rette Euch!“ – aus dem Mund des wachhabenden Oberwärters schließt die Prozedur.

Die Sammelzellen („kogus“) beherbergen bis zu 30 Gefangene, in Istanbul bis zu 150 Männer. Es gibt neben den Doppelstock-Betten noch eine Toilette und eine mehr oder weniger provisorische Kochecke. Atmen, schlafen, baden, waschen, kochen, essen – alles erledigen die Gefangenen eines kogus gemeinsam. In den verschiedenen Blocks herrscht von morgens bis Mitternacht „Aufschluß“, das heißt die Gefangenen können sich frei bewegen, es gibt ein kleines Kaffeestübchen, oder wer will, kann tagsüber im Freien auf dem Hof spazierengehen.



Gefängnis in Antalya: Hier sitzt der 17jährige Marco. Foto: pa

„Aus jeder Mauerritze mieft es hier nach Männerwirtschaft“, erzählt einer. Ausländer sind separiert von den türkischen Gefangenen untergebracht: ob rumänischer Autodieb, syrischer Vergewaltiger, ein polnischer Mörder oder einfach nur ein Russe, der seine Aufenthaltserlaubnis überschritten hat – die Türkei kennt keine Trennung nach Nationen oder Delikten, auf die in Westeuropa in den Gefängnissen großer Wert gelegt wird. Die Türkei kennt auch – jedenfalls die meisten Gefängnisse – keinen Unterschied in der Unterbringung von Untersuchungshäftlingen und abgestraften Häftlingen und keinen Unterschied zwischen „Langsträflern“ und „Kurzsträflern“ – dieses Gemisch birgt natürlich ein hohes Potential an Konfliktpersonal. Ein Häftling, der noch 15 Jahre absitzen muß, hat verständlicherweise eine andere Einstellung zu seinem Knastalltag als einer, der vielleicht weiß, daß er schon nach der nächsten Verhandlung oder ein paar Monaten wieder auf freiem Fuß ist. Deswegen kommt es zu einem strengen, hierarchischen System. „Der Eierdieb hat dem lebenslänglich verurteilten Mörder in jeder Beziehung seinen Respekt zu erweisen. Sonst knallt's.“

Zum Frühstück gibt's in Antalya ein kleines Weißbrot pro Person, dreimal die Woche werden morgens dazu Oliven und eine Art Marmelade verteilt. Mittags- und Abendkost: Kichererbsensuppe, manchmal Kartoffeln mit einem bißchen Fleisch, Bohnen, Kartoffelbrei, zweimal pro Woche eine einzelne Apfelsine oder Banane – das Essen ist wenig abwechslungsreich. Jedoch können die Gefangenen nach Herzenslust in gefängniseigenen Läden frisches Obst und Gemüse, alle Arten von Konserven, über Shampoo, Parfums und Zeitungen bis hin zu Pudding und Süßigkeiten einkaufen, frisches Fleisch kann am Vortag bestellt werden. Das geschieht gegen Bargeld, und so kommen nur die in den Genuß einer opulenten Ernährung, die von „draußen“ auch das nötige Kleingeld erhalten. Verwandte (oder bei Ausländern die Botschaft) können Geld auf ein Konto einzahlen, das für jeden Gefangenen geführt wird und von dem wöchentlich bis zu umgerechnet 100 Euro ausgezahlt werden. Damit kann man schon ganz gut leben.

Türkische Gefängnisse sind mit Sicherheit anders organisiert als Gefängnisse in Deutschland, wo ein Untersuchungshäftling wie der 17jährige Marko beispielsweise 23 Stunden alleine in der Zelle eingesperrt wäre und nur eine Stunde Recht auf „Sozialkontakt“ – das ist dann ein Hofgang in der Gruppe – pro Tag hätte. Das Einkaufen zusätzlicher Lebensmittel oder Waren zur Körperpflege ist in Deutschland ebenfalls streng reglementiert: Dort können kaum Frischwaren bestellt werden, bestellt werden darf nur einmal die Woche, die Lieferung erfolgt in der Folgewoche, und auch der Höchstbetrag, für den bestellt werden darf, ist in Deutschland viel geringer. Damit, so deutsche Justizbehörden, will man einen „Waren-Schwarzhandel“ und einen „Tauschhandel“ verhindern.

Freier sind in der Türkei auch die Besuchsregelungen: Muß der Besucher eines Untersuchungshäftlings in Deutschland zunächst Wochen zuvor beim fallführenden Staatsanwalt oder Untersuchungsrichter einen Besucherschein beantragen und ist die Besucherzahl pro Häftling in Deutschland auf zwei pro Monat beschränkt, läuft dies in der Türkei ohne diese Prozedur ab: Faustregel hier ist das Tragen desselben Familiennamens mit dem U-Häftling. Wer den trägt, kann einmal pro Woche zur Besuchszeit ohne besondere Genehmigung oder Anmeldung vorbeikommen.

Der Tagesablauf in einem türkischen Gefängnis ist geprägt vom Warten: Warten auf den nächsten Besuchstag, warten, bis vielleicht der Anwalt vorbeikommt ... Sportgruppen bis hin zu Sprachkursen oder handfesten Ausbildungsangeboten wie in Deutschland: Fehlanzeige. Von Therapieangeboten für Sexualstraftäter oder Drogensüchtige ganz zu schweigen. Man sitzt herum und schlürft Tee. Warten auf den „Termin“ mit dem Urteil oder – für die schon Abgeurteilten – warten auf die nächste Amnestie.

Im Gegensatz zu Deutschland findet in der Türkei alle fünf Jahre im Durchschnitt eine größere Generalamnestie statt, in der Regel beim Dienstantritt eines jeden neuen Staatspräsidenten. Ernüchternd der Hintergrund: Mit der steigenden Zahl von Gefangenen geht der Justiz das Geld aus.

Zur Statistik: Derzeit sitzen zirka 62000 Menschen in 269 Gefängnissen in der Türkei in Untersuchungs- oder Strafhaft, davon sind rund 11000 – offiziell natürlich nicht – politische Gefangene: meistens Angehörige oder Sympathisanten der PKK oder anderer kurdischer „Befreiungsorganisationen“. Offiziell gibt es in der Türkei keine politischen Gefangenen: Die Häftlinge haben hier höchstens gegen die „öffentliche Ruhe und Ordnung“ verstoßen.

MELDUNGEN

750000 Tote gestrichen

Peking – China hat erfolgreich die Weltbank veranlaßt, die Zahl der in der Volksrepublik durch Umweltverschmutzung bedingten Todesfällen aus ihrem Bericht zu streichen. Peking befürchtet, daß die Zahl, würde sie in China bekannt werden, für soziale Unruhen sorgen könnte. Laut Weltbank-Studie hat China jährlich 750000 Todesfälle infolge von Umweltverschmutzung zu beklagen. 16 der 20 weltweit am stärksten verschmutzten Städte liegen laut der Weltbank in dem asiatischen Großreich.

Keine Rufe nach Krieg

Bagdad – Die US-Armee hat Berichte veröffentlicht, nach denen im Iran Iraker für den Kampf gegen die USA in Bagdad ausgebildet werden. Die internationale Reaktion auf diese Nachricht blieb allerdings verhalten. Quelle für die US-Informationen ist die oppositionelle iranische Mudjahedin-e Khalq.

Teure Aufklärung ohne Ergebnis

Aruscha – Der internationale Strafgerichtshof in Aruscha im ostafrikanischen Tansania hat sein zehnjähriges Bestehen gefeiert. Das Tribunal ist befaßt mit dem Völkermord in Ruanda 1994, dem bis zu eine Million Menschen – überwiegend Tutsi – zum Opfer fielen. Bisher wurden 28 Personen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt und fünf Verdächtigte freigesprochen. Prozesse gegen 27 weitere Beschuldigte sind im Gang. Die bisher aufgelaufenen Kosten des Gerichtshofes machen rund eine Milliarde US-Dollar aus, das wären also 100 Millionen pro Jahr, 17 Millionen je Angeklagtem und 1000 Dollar je Opfer. Die eigentlichen Hintergründe der Massaker, die in der Rivalität US-amerikanischer und französischer Bergbau-Konzerne liegen dürften, bleiben ungeklärt. *RGK*

Für »Mischa«

Feuerwerk zu Ehren Chodorkowskijs

Von M. Rosenthal-Kappi

Freiheit für MBCh“, „Ehrlose halten alle für ehrlos“, „Ein Gefangener des Kreml ist ein Gefangener des Gewissens“ und „Freiheit für Chodorkowskij – Putin nach Tschita“! Plakate mit diesen Aufschriften hochhaltend, versammelten sich am Gogol-Denkmal in Moskau 80 Anhänger des inhaftierten Ex-Oligarchen Michail Chodorkowskij, um dessen 44. Geburtstag zu feiern. „Auf Mischa“ tranken sie öffentlich Sekt – ein Affront gegen die Ordnung der Stadt, denn seit letztem Jahr ist es verboten, Alkohol auf der Straße zu sich zu nehmen. Die Teilnehmer wollten mit dieser Aktion für die Menschenrechte auftreten und gleichzeitig an Michail Chodorkowskij und alle politisch Verfolgten sowie gegen Folter und Anwendung von Grausamkeiten erinnern. Die Polizei griff diesmal nicht ein – im Vorfeld seines Treffens mit Bush konnte Präsident Putin vermutlich keine Negativ-Presse brauchen.

Eine Provokation der besonderen Art

Anders sah es hingegen in der südostsibirischen Stadt Tschita aus, in der Chodorkowskij im Gefängnis sitzt. Hier hatte das Komitee zur Unterstützung Chodorskowskijs unter der Leitung von Marina Sawwatajewa ein Geburtstags-Feuerwerk für den Häftling organisiert, was die umgehende Verhaftung der Teilnehmer nach sich zog. Marina Sawwatajewa wurde am Abend jedoch wieder freigelassen. Sie hatte sich auf das ihr laut russischem Gesetz zustehende Aussageverweigerungsrecht berufen. Auch die Mitarbeiter der pyrotechnischen Firma durften wieder nach Hause gehen, nachdem ihre Firmenleitung die Lizenz zur Durchführung von Feuerwerken vorgelegt hatte.

Offiziell erklärte die Polizei von Tschita, es sei niemand verhaftet worden, man habe nur einige Menschen höflich eingeladen, sich für „Befragungen“ zur Verfügung zu stellen.

»Auf ein Wort«



Die Sozialisten marschieren wieder

Von JÖRG SCHÖNBOHM



Angelehnt an die dumpfen Parolen des sozialistischen Weltbildes: Die Linke erhielt von ihren Delegierten traumhafte Zustimmungswerte. Foto: ddp

Die linken „Globalisierungskritiker" rieben sich verwundert die Augen: Auch die NPD wollte gegen den G8-Gipfel demonstrieren, der Anfang Juni in Heiligendamm stattfand: Unter dem Motto „Nein zum G8-Gipfel – für eine Welt freier Völker" hatte sie eine Demonstration in Schwerin angemeldet und nach deren Verbot es noch einmal vergeblich in Ludwigslust versucht.

Schon im Sommer des Jahres 2005, die „Fusion" zwischen PDS und WASG zur sozialistischen Einheitspartei „Die Linke" war bereits konzipiert, appellierte der NPD-Vorsitzende Udo Voigt an seine rechtsradikalen Gesinnungsgenossen, die neue vereinigte Linke zu unterwandern. Voigt erklärte damals, in Gesprächen mit der Basis von WASG und PDS stelle er eine „große Übereinstimmung mit NPD-Positionen" fest.

Man mag bei Udo Voigt ein taktisches Manöver vermuten, vielleicht sollten Lafontaine, Gysi und ihre zwischen Gewerkschaften und Maoisten schillernden Kohorten auf diesem Wege diskreditiert werden. Dennoch: Man kann beispielsweise über Oskar Lafontaine vieles sagen, aber gewiß kann man ihm keine rhetorische Ungeschicklichkeit vorwerfen. Und wenn Lafontaine am 21. Juni 2005 in Chemnitz vor über 1000 Menschen bei einer Veranstaltung mit dem plump-klassenkämpferischen Namen „Wer sich nicht wehrt – lebt verkehrt" von „Fremdarbeitern" spricht, so geht es ihm zwar nicht um die zwangsweise Deportation von Osteuropäern in den deutschen Arbeitsmarkt. Wohl aber läßt er sehr bewußt die Saiten klingen, auf denen sich auch der NPD-Schlachtruf „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!" trefflich spielen läßt.

Hier berührte Lafontaine bewußt das Tabu der Ausländerfeindlichkeit, das bei allen sozialrevolutionären Parallelen bis dato noch als Alleinstellungsmerkmal rechtsradikaler Ideologie gegolten hatte.

Ansonsten jedoch sind die Flugblätter der Rechtsextremen voll der klassenkämpferischen Rhetorik, die auch jedes Sozialisten-Herz höher schlagen läßt. Die nimmermüden Aufrufe zum Kampf gegen „Globalisierung", den Kapitalismus, Hartz IV, die EU in Brüssel, den Irak-Krieg, die USA, die „israelische Aggression" (einschließlich einer deftigen Portion Antisemitismus) etc. – austauschbare Phrasen rechts- und linksradikaler Demagogen, die ihren Zulauf nur aus Angstkampagnen schöpfen.

Jeder fünfte DGB-Gewerkschafter neige rechtsextremen Ansichten zu, fand bereits 2005 eine Studie der Freien Universität Berlin heraus, signifikant mehr als im Bevölkerungsschnitt. Nicht nur beim Antikapitalismus überschneiden sich die scheinbar so unterschiedlichen Lager.

Wann wurde eigentlich letztmals bei einer Kundgebung zum 1. Mai daran erinnert, daß „der deutsche Arbeiter" diesen Aufmarschtag Adolf Hitler verdankt, der als eine seiner ersten Amtshandlungen 1933 den „Tag der nationalen Arbeit" einführte?

Daß die Rechtsradikalen unmittelbar davon profitieren, wenn die Linksradikalen die gemeinsamen Kernthemen auf die politische Tagesordnung befördern, liegt auf der Hand. Besonders eklatant geschah dies im brandenburgischen Landtagswahlkampf des Sommers 2004: Die PDS mobilisierte gegen Hartz IV zum Kampf auf der Straße und schon bald mischten sich die Rechtsradikalen der brandenburgischen DVU unter die Linksradikalen und sammelten dort Anhänger. Schließlich polemisierte die DVU ja mit den gleichen Parolen wie die PDS gegen Hartz IV und anderen „Sozialabbau". Und so zog die DVU, im Vorwahlkampf laut Umfragen noch eine vernachlässigbare Größe, im September 2004 doch noch in den brandenburgischen Landtag ein und konnte dabei ihr Ergebnis sogar von 5,3 Prozent (1999) auf 6,1 Prozent verbessern; eine unmittelbare Folge des Anti-Hartz-Wahlkampfes der PDS.

Scheinbar ist über die letzten 50 Jahre vergessen worden, daß der Nationalsozialismus eben auch ein Sozialismus war, wie Heiner Geißler bereits vor 20 Jahren scharfsinnig und scharfzüngig bemerkte.

Der Nationalismus des Dritten Reiches mit seiner völkermörderischen Rassentheorie und dem verheerenden Weltkrieg hat diesen Sozialismus überlagert. Dennoch war der Sozialismus die zweite Herzkammer gerade der jungen „Hitler-Bewegung". Die SA war eine klassenkämpferische, sozialrevolutionäre Bewegung, die in ihrer Hymne, dem Horst-Wessel-Lied, ebenso gegen die „Reaktion" hetzte und auf die Barrikaden rief wie der „Rote Frontkämpferbund". Kein Wunder, ist das Horst-Wessel-Lied doch ein leicht umgetextetes Kampflied aus der Feder des Kommunisten Willi Bredel, der sich wiederum der Melodie eines alten Matrosenliedes bemächtigt hatte.

Es ist kein Zufall, wenn immer häufiger „Genossen" verschiedener Couleur hinter einer Parole marschieren. Sie eint nicht nur das „kapitalistische" Feindbild, nicht nur die Verachtung für Parlamentarismus und Rechtsstaat und die Neigung zum gewalttätigen Straßenkampf.

Es ist das gleichermaßen sozialistische Menschenbild, das ihren dumpfen Parolen zugrunde liegt.

Eine unheilige Allianz, im ideologischen Kern beider Radikalismen strukturell angelegt, materialisiert sich auf Deutschlands Straßen. Es lohnt sich, die Freiheit und Menschenwürde unseres Grundgesetzes gegen diese Radikalen zu verteidigen.

Nur »ein pathologischer Zustand«

Berühmte Liebespaare der Kulturgeschichte: George Bernard Shaw und geliebte Frauen

Von Esther Knorr-Anders

Der rappeldürre Mann war kein Erotiker. Zeitlebens vertraute er dem „gesunden Menschenverstand". Die Liebe hielt er „für einen pathologischen Zustand". Er meinte, diese Auffassung sei der Wahrheit nicht allzufern. In jungen Jahren war er in Amouren verwickelt gewesen. Einfluß auf seine Persönlichkeit hatten sie nicht gehabt. Er blieb seiner Anlage treu, Gefühle und Taten in nüchterner Sachlichkeit zu analysieren. Erträglich für seine Umwelt wurde sein Verhalten durch profunden Humor und sprühenden Witz. Sein schriftstellerischer Weg zum Nobelpreisträger 1926 war mit Fußangeln gepflastert.

Profunder Humor und sprühender Witz zeichneten ihn aus

Georg Bernard Shaw, am 28. Juli 1856 in Dublin geboren, wuchs in unguten Familienverhältnissen auf. 1876 zog er mit seiner Mutter nach London, die dort als Musiklehrerin ein karges Einkommen fand. Er schlug sich als Kontorist, Klavierspieler und freier Journalist durch. Oft reichte es nur zum Frühstücksbrot. Er tupfte die Krumen von den Lippen; es mußte reichen. Nimmt es Wunder, daß er Mitglied der sozialistischen Fabian Society, einer Vorläuferin der Labour Party, wurde und zum begehrten Hyde-Park-Redner aufstieg. Ihren Namen hatten die „Fabier" dem römischen Feldherrn Fabius Cunctator entlehnt, dessen Lebensmaxime die Geduld und das „Warten auf den richtigen Augenblick" war.

Jenny Patterson, erosvertraute Witwe, leitete den jungen, protestantischen Puritaner ins Liebesleben. Daß sie sein zukünftiges Verhältnis zu Frauen prägte, wurde ihm erst später bewußt. Durch sie erfuhr er, daß Liebe mehr ist als sexueller Rausch, der, wie Streichhölzer, nur kurz aufflackert. Zuinnerst wußte er, was er suchte: Geborgenheit, Zuverlässigkeit. Jenny Patterson wurde Vorbild vieler Frauengestalten seiner Schauspiele: "Candida", „Major Barbara", „Die heilige Johanna". Es waren durchweg kluge, ihres Wollens sichere Frauen. Zwei Jahre währte die Beziehung. Dann begann seine mühselige künstlerische Laufbahn.

Als Wegbereiter trat der angesehene Londoner Kritiker William Archer in Erscheinung. Er ermöglichte dem unbekannten Gelegenheitsjournalisten den Zugang in die führenden Blätter. Vom Romanschreiben riet er ihm ab. Shaw hatte mehrere erfolglose Manuskripte verfaßt. „Schreiben Sie Theaterstücke. Sie sind ein Meister des Dialogs. Einprägsame Szenen, ungewöhnliche Milieus mit ungewöhnlichen Menschen." Augenblicklich erkannte Shaw den Wert des Hinweises. Es entstanden die ersten „Unpleasant Plays" (Unerquickliche Spiele), zu denen „Frau Warrens Gewerbe" zählte. Sie war eine Frau „mit einem Lächeln auf den Lippen und einem Nichts im Herzen". In den Elendsvierteln Londons aufgewachsen, wurde sie millionenschwere Bordellbesitzerin. Zunächst von der Zensur verboten, eroberte „Frau Warren" die Bühnen Europas. Ellen Terry brillierte in der Rolle.

Shaws für schöne Frauen aufgeschlossenes Herz geriet in ihren Bann. Doch Ellen war es, die dem von Shaw gepriesenen „Gesunden Menschenverstand" den Vorzug einräumte. So blieb es beim platonischen Geplänkel, das beide lustvoll auskosteten. Er schrieb ihr: „Du hast tausendmal recht, mich außerhalb Deiner Unterröcke zu halten. Was die Leute so Liebe nennen, ist nur als Spaß möglich und dabei kann man sicher nicht damit rechnen, daß einer von beiden es plötzlich ernst meint."



George Bernard Shaw: Kein Frauenheld — Foto: Archiv

Dies Erlebnis blieb dem Liebesskeptiker Shaw nicht erspart. Wie so oft fühlte er sich überarbeitet, erschöpft. Was lag näher, als eine Pause einzulegen und den Sommer bei Freunden auf dem Land zu verbringen. In deren Haus lernte er die ebenfalls zu Besuch weilende Lottie Payne-Townshend kennen. Sie war Irin, eine Landsmännin von Shaw, was ihn für sie einnahm. Sie verfügte über ein Millionenerbe. Ihre Haltung war die der „formsicheren Dame", und doch vermittelte ihr Wesen unerklärliche Scheu. Shaw fühlte sich zu ihr hingezogen. Vielleicht lag es an ihrer Ruhe. In ihrer Nähe lösten sich alltägliche Mißlichkeiten zu Unbedeutendem auf. Diese Frau war Wohltat, Labsal. Mit unversiegbarer Spottlust bekannte Shaw, daß er Lottie „mit den lichten grünen Augen" so gern mochte, „daß es überflüssig war, sich in sie zu verlieben". Da er selbst Dank seiner Bühnenwerke auf bestem Wege war, Millionär zu werden, fragte er die Millionärin, ob sie ihn heiraten wolle.

Lottie blieb still. Betroffen fragte Shaw: „Magst du mich nicht?" Endlich sagte sie: „Ich liebe dich vom ersten Sehen an. Aber – ich kann keine Ehefrau sein. Es graust mich." Shaw verstand. Er erinnerte sich eigener Schwierigkeiten, damals, als junger Mann. Und wenn es nicht Jenny Patterson gegeben hätte ... Er drückte Lotties Hand: „Ich weiß, was du meinst. Doch es ist kein Hindernis. So selten ist dies Grausen gar nicht. Denk' an die heilige Johanna." Am 1. Juni 1898 heirateten sie. Bis zu Lotties Tod verband sie beglückende Lebensgemeinschaft, 45 Jahre lang. Im Grunde ähnelten sie sich.

Shaw war und wurde nie Erotiker. Als bloße Geschlechtswesen übten Frauen keinen Reiz auf ihn aus. Um verzaubert lieben zu können, brauchte er ein Traumbild. Es begegnetet dem alternden Mann in der Schauspielerin Stella Patrick-Campbell. Belustigt stellte er fest, daß er heimlicher „Liebesromantiker" sei. Er teilte Stella mit: „Du bist eine Gestalt aus meinen frühen Knabenträumen – eine einzige Romantik." Für sie schrieb er die zeitlos gebliebene Paraderolle des Blumenmädchens Eliza Doolittle in „Pygmalion", das später im Musical „My fair Lady" die Bühnen der Welt eroberte. Strahlend verkündete er Stella: „Du spielst die Eliza." Sekunden glaubte sie, einen Geistesverwirrten zu hören. Entsprechend vorsichtig redete sie auf ihn ein: "Deine Eliza ist allenfalls 17 Jahre alt, ich bin 47."

Shaw blieb unbeeindruckt: „Keine 17jährige kann eine 17jährige spielen. Dazu fehlt ihr die Reife. Du bist Eliza. Ganz London wird dir zu Füßen liegen." Ihm zuliebe ging Stella auf das Wagnis ein.

Am Premierenabend stand sie mit Bangen in der Kulisse. Der Inspezient reichte ihr den Blumenkorb: „Das Stichwort, Misses Campbell." Stella trat ins Scheinwerferlicht. Da war er, der stimulierende Geruch von Schminke, Pappe, Kleister. Die Wandlung geschah.

»Ganz London wird dir zu Füßen liegen«

Sie war das hundsordinäre Blumenmädel aus den Londoner Slums, 17 Jahre, keinen Tag älter. Wüst beschimpfte sie den Dialektforscher Professor Higgins, der sie zur „großen Dame" werden läßt. Im tobenden Schlußapplaus lächelte Stella ins Publikum. Ganz London lag ihr zu Füßen.

Sie und Shaw schieden in Freundschaft. Die „Liebesromantik" war auf Dauer zu anstrengend.

Shaw zog sich auf seinen Landsitz in Ayot St. Lawrence zurück. Er erlebte die Einsamkeit des „Übriggebliebenen". Freunde und Vertraute waren verstorben. Am 2. November 1950 starb auch er, 94 Jahre alt. Wunschgemäß wurde seine Asche mit der Asche seiner Frau vermengt und im Garten verstreut.

So lebten die alten Rittersleut wirklich

Eine Ausstellung im Deutschen Burgenmuseum auf der Veste Heldburg widerlegt Klischees über das Mittelalter

Das Deutsche Burgenmuseum nimmt konkrete Formen an. Auf der Thüringer Heldburg wurde eine Ausstellung mit 30 Schautafeln eröffnet, in der sich alle Besucher der Burg über die Ziele und Inhalte des im Aufbau befindlichen Museums informieren können. Die Ausstellung soll bis zur Eröffnung des Deutschen Burgenmuseums auf der Veste Heldburg bestehen bleiben.

„Das Mittelalter boomt. Aber wer heute eine der erhaltenen Burgen besucht, begegnet oft nur gängigen Klischees und Anekdoten über das Ritterleben. Das wollen wir ändern", sagt Prof. Dr. G. Ulrich Großmann, Generaldirektor des Germanischen Nationalmuseums und Initiator des Projekts. Gemeinsam mit Dr. Anja Grebe hat Großmann in den vergangenen zwei Jahren ein Konzept für das Deutsche Burgenmuseum auf der Veste Heldburg erarbeitet. „Das Deutsche Burgenmuseum auf der Veste Heldburg wird ein breites Publikum, aber auch Fachbesucher über den neuesten Stand der Burgenforschung informieren und dabei mit vielen überholten Vorstellungen aus Hollywoodfilmen und Ritterromanen aufräumen", so Großmann weiter. „Hier werden die Besucher erfahren, wie die Menschen auf einer mittelalterlichen Burg wirklich gelebt haben. Die Faszination bleibt erhalten, aber das Wissen kommt hinzu!" verspricht Großmann.

Das geplante Museum wird Laien wie auch Fachleute ansprechen

Dr. Helmut-Eberhard Paulus, Direktor der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten und somit Hausherr der Veste Heldburg, sieht in der Durchführung der Bauarbeiten eine Herausforderung für die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten. „Die künftige Präsentation des Deutschen Burgenmuseums ist zugleich eine große Chance zur Sanierung der Heldburg. Die baulichen Voraussetzungen sollen ab 2008 geschaffen werden." Eine konkrete Kostenschätzung für die Baumaßnahmen liege derzeit noch nicht vor, aber es müsse mit mindestens fünf Millionen Euro gerechnet werden. „Diese Mittel können wir nicht aus dem laufenden Haushalt der Stiftung bereit stellen, das Projekt soll daher mit EU-Fördermitteln umgesetzt werden", stellte Paulus in Aussicht.

Anita Schwarz, die Bürgermeisterin von Bad Colberg-Heldburg, hofft, daß das Deutsche Burgenmuseum die Besucherzahlen auf der Veste, bislang schon über 30000 im Jahr, in die Höhe schnellen läßt: „Wir sind sehr glücklich über die Entscheidung, das Deutsche Burgenmuseum nach Thüringen zu bringen. Die Veste mit ihrer imposanten Lage zwischen Coburg und Hildburghausen an der Deutschen Burgenstraße bietet ideale Bedingungen, um die Besucher umfassend über das Thema Burg zu informieren und der Region viele neue Freunde zu gewinnen."

Die neu eröffnete Informationsausstellung umfaßt 30 mit Texten, Fotos und Zeichnungen versehene Holztafeln, die über die Geschichte und Typologie der Burgen, ihre baulichen Bestandteile, ihre Funktion in der mittelalterlichen Gesellschaft und ihre Bewohner Auskunft geben. Ausblicke auf die Burg als Amtssitz im 17. und 18. Jahrhundert sowie ihre Rolle in der Romantik des 19. Jahrhunderts ergänzen die Darstellung.

Weitere Tafeln informieren über die Methoden der Burgenforschung, die Internationale Wartburggesellschaft zur Erforschung von Burgen und Schlössern sowie schließlich über die Zielsetzung und den Aufbau des künftigen Deutschen Burgenmuseums.

Die Eröffnung des Deutschen Burgenmuseums auf der Veste Heldburg ist für 2011 vorgesehen. Es wird im sogenannten Französischen Bau des bedeutenden Renaissance-Baumeisters Nicol Gromann eingerichtet, daneben wird der Heidenbau und der Küchenbau für die gastronomische Versorgung hergerichtet.

1982 hatte ein Brand den Französischen Bau beschädigt. In der dennoch weitgehend erhaltenen historischen Bausubstanz kann nun ein modernes Museumskonzept umgesetzt werden.

Das Deutsche Burgenmuseum wird von einem Trägerverein unterstützt, in dem neben dem Germanischen Nationalmuseum und der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten auch das Deutsche Historische Museum in Berlin vertreten ist. Für das Jahr 2010 ist in Nürnberg und Berlin eine große Ausstellung zur Geschichte der Burgen in Deutschland geplant, deren wissenschaftliche Erkenntnisse in das Deutsche Burgenmuseum einfließen.

Zeitgleich mit der Eröffnung der Informationsausstellung wird die Internetseite des Deutschen Burgenmuseums www.deutschesburgenmuseum.de freigeschaltet. Auf ihr wird ebenfalls über die Ausstellung und die neuen Entwicklungen informiert.

gnm

Die Heldburg ist von April bis Oktober von 10 bis 18 Uhr, von November bis März von 10 bis 16 Uhr geöffnet.



Veste Heldburg: Blick auf das Thüringer Land — Foto: Reinhard Möller

Gut gelaunte Roboter und Automaten

Ingenieure wollen Computern Gefühle einhauchen und sie benutzerfreundlich machen

Von SUSANNE DONNER

Das Menü eines Fahrkartenautomaten gleicht manchmal einem Labyrinth. Einmal in den Unterpunkten verfangen, findet der Fahrgast kaum mehr zu der Taste, die ihm die gewünschte Fahrkarte bescheren würde. Derweil fährt die Straßenbahn davon.

„Könnte man mit dem Automaten sprechen, und würde er dabei automatisch erkennen, ob man Hilfe braucht oder es eilig hat, wäre dem Reisenden sehr geholfen“, meint Bernd Kleinjohann vom Heinz-Nixdorf-Institut der Universität Paderborn. Der Computer sollte das Gesicht und die Sprache des Fahrgastes erkennen und darauf wie ein Mensch reagieren, sprich: den Griesgram mit Humor freundlich stimmen, den Gestreßten besonders zügig bedienen und dem Ratsuchenden ausführlich erklären, welche Reiserouten es gibt.

> Stadtbummel kann zu einem emotionalen Erlebnis werden

„Wir bringen Computer und Roboter dazu, sich auf den ersten Blick so zu verhalten wie ein Mensch. Der Trend geht zu emotionalen Maschinen“, betont Kleinjohann. Der gefühlvolle PC soll eine menschenähnliche Kommunikation ermöglichen, bei der er dem Nutzer von den Lippen und aus dem Gesicht lesen und seinen Worten lauschen würde. Man könnte mit dem Computer plaudern wie mit einem Freund. „Das würde die Scheu mancher Menschen vor der Technik verringern und die Bedienfreundlichkeit erhöhen“, glaubt Kleinjohann.

Der Paderborner Informatiker hat im „C-LAB“, einem Gemeinschaftsunternehmen von Siemens und der Universität Paderborn, einen einfühlsamen Roboter entwickelt. Auf den ersten Blick sieht der kahle Plastikkopf mit unzähligen Kabeln und Sensoren allerdings nicht besonders menschlich aus.

Aber wer mit ihm spricht, wird bemerken, daß er ein emotionaler Geselle ist: Wird man am Anfang freundlich begrüßt, reagiert er bald gelangweilt, wenn er nicht bei Laune gehalten wird. Sogar verärgern kann man ihn.

„Die Menschen finden das zunächst merkwürdig, wenn sie bemerken, daß der Kopf Gefühle zu haben scheint“, erzählt Kleinjohann. Erklärt der Forscher, wie der mysteriöse Roboterkopf funktioniert, werden seine Reaktionen nicht mehr als Emotion wahrgenommen, sondern als einprogrammiertes Verhalten. „Es sind nur menschenähnliche Maschinen und keine künstlichen Menschen“, betont der Paderborner Forscher.

Der Kopf erkennt das Gesicht und die Mimik seines Gegenübers, vernimmt dessen Worte und schließt aus der Satzmelodie auf die Verfassung des Sprechers. Lacht dieser, reagiert der Kopf freundlich – ein Gefühl, das irgendwann ebenso wie beim Menschen abebbt.

Geschieht nichts Neues, kommt beim Roboter Langeweile auf, denn wie beim Menschen löst auch beim Roboterkopf das Verlangen nach Schlaf, Nahrung oder Abwechselung Emotionen aus. „Wir haben uns an soziobiologischen Erkenntnissen orientiert. Der Kopf wählt seine Gefühle je nach seinen einprogrammierten Bedürfnissen oder als Reaktion auf ein Gegenüber“, faßt Kleinjohann zusammen.

Bisher erkennt der Kopf die Launen des Gesprächspartners mit einer Zuverlässigkeit von etwa 60 Prozent. Die Forscher wollen das Einfühlungsvermögen künftig noch ausbauen. „Am besten sind bislang Systeme, die Sprache und Mimik gemeinsam auswerten. Im Gesicht sollten sie vor allem auf die Veränderung der Gesichtszüge achten“, erklärt Kleinjohann. Rutschen die Mundwinkel nach unten, ist dies ein Hinweis auf Verstimmung. Sind die Mundwinkel des Gegenübers immer herabgezogen, hat dies dagegen nichts zu bedeuten.

Mit ähnlichen Mitteln versuchen Forscher von der Technischen Universität München einen freundlichen Computer zu entwickeln. Eine Kamera über dem Bildschirm registriert das Gesicht des Nutzers und weiß so, ob dieser traurig, fröhlich, verärgert, überrascht, angeekelt oder ängstlich ist.

Jede dieser sechs Emotionen ruft charakteristische Gesichtszüge hervor, wie etwa Zornesfalten oder die hochgezogenen Mundwinkel beim Lachen. Ein lachendes Gesicht läßt sich zu 90 Prozent richtig erkennen. Ärger oder Erstaunen sind dagegen schwerer auszumachen. Sie erreichen nur Trefferquoten von 70 Prozent.

Der Bildverarbeiter Matthias Wimmer von der TU München könnte sich vorstellen, diesen PC in Schaufenstern von Reisebüros einzusetzen. Schlendert ein Passant daran vorbei, soll eine Kamera sein Gesicht erfassen und ihm ein Werbeplakat der pazifischen Inseln entgegen drehen. Wirkt der Betrachter interessiert, könnte der Computer im Hintergrund Reiseangebote ins Schaufenster einspielen. Schaut der Bürger gelangweilt, kann der Computer sich diese Mühe sparen. Bei einer verärgerten Miene könnte ein eingeblendetes Schnäppchen seine Stimmung aufhellen. Auf diese Weise würde der Stadtbummel zum emotionalen Erlebnis. Der gefühlvolle Computer könnte natürlich auch den Online-Einkauf versüßen.

Doch was, wenn der Computer einfach nicht versteht, was der Kunde wirklich will?

Noch könnten die Systeme an der Komplexität der menschlichen Kommunikation scheitern. Sie erkennen die Gefühle des Menschen längst nicht zuverlässig genug, um als alleiniger Ansprechpartner zu dienen. Dieses Problem wollen die Forscher schrittweise lösen. Wimmer glaubt: „Das wird noch mehrere Jahre dauern.“



Verflixter Automat: Nicht immer ist die Bedienung einfach. Foto: ddp

Das Sockenmonster

oder: Warum Fußbekleidung in der Waschmaschine so oft verschwindet

Von CORINNA WEINERT

Immer wieder passiert es, daß man Sockenpaare vollzählig in die Waschmaschine gibt und nach dem Waschen von manchen nur noch ein Exemplar übrig ist. Der Versuch, die Partner der Einzelgänger in den Überbleibseln früherer Waschgänge ausfindig zu machen, scheitert meist kläglich. Doch wie kommt es, daß Fußbekleidung beim Waschen spurlos verschwindet?

Das Ende eines Waschgangs – für Peter Seibler stellt sich jedes Mal die Frage: Haben alle Socken überlebt? Sind die Paare noch vereint? Oder gab es wieder Verluste? „Das ist wirklich ein ganz großes Phänomen, das ich immer wieder beobachte. Jede Einzelsocke hatte schließlich einmal ein Pendant. Ich kann es mir nur so erklären, daß in der Waschmaschine irgendwo versteckt ein Sockenmonster wohnt. Das greift sich wahllos Socken, läßt sie verschwinden, frißt sie auf oder versteckt sie – ich weiß es nicht.“

Nun denn, denkbar ist eher, daß von Anfang an nur eine Socke in die Waschmaschine gegeben wurde, während die andere noch im Wäschekorb liegt. Oder die vermeintlich verlorene Socke befindet sich noch in der Maschine, platt wie eine Flunder an die Trommel gepreßt. Vielleicht hält auch ein Bettbezug oder Spannbettlaken die Socke gefangen, denn durch die beim Schleudern entstehende Zentrifugalkraft können sich kleinere Wäschestücke hierin verirren.

Was wirklich mit den Socken passiert, weiß Karl-Heinz Grahl. Seit 25 Jahren schaut der Monteur den sockenfressenden Haushaltsgeräten in den Bauch. „Es gibt nur eine Stelle, an der die Socken sich verstecken können. Und zwar zwischen der Trommel und dem Gummi. Da tut sich entweder durch produktionsbedingten Abstand oder altersbedingte Gummiverhärtung eine Lücke auf. Und diese Lücke ist so beschaffen, daß sich Socken beim Schleudern dort reinlegen und dann unter der Trommel verschwinden. Die Socken rutschen hoch, landen zwischen Tonne und Bottich und werden dort an der Oberfläche zerrieben. Beim Schleudern entwickelt jede etwas höhertourige Waschmaschine eine Umdrehungszahl von 200 Kilometern pro Stunde – der sichere Tod stiften gegangener Socken.“ In der Pressestelle der AEG Haushaltsgeräte GmbH bestätigt man die Sockenflucht: „Socken verschwinden tatsächlich in der Waschmaschine. Aber nicht nur die; betroffen sind auch andere kleine Wäschestücke – in erster Linie Unterwäsche.“ Das Infoteam der Robert Bosch Hausgeräte GmbH erklärt das Phänomen wie folgt: „Zwischen Gummimanschette und Trommel entsteht vor dem Bullauge durch die Schleuderbewegung ein unvermeidlicher Spalt. Der ist zwar überlappt, jedoch kann durch den Druck, den die Wäsche bei zu starker Befüllung erzeugt, die Lippe nach vorne gepreßt werden, so daß Kleinstteile wie Socken hindurchrutschen. Die landen dann im Bottich unter der Trommel und können durch den Abwasserschlauch aus der Waschmaschine gesaugt werden. In den Gebrauchsanleitungen von Bosch wird daher darauf hingewiesen, daß man Kleinstteile im Netz waschen soll.“

Das Rätsel ist also gelöst. Socken können demnach aber nur in bestimmten Geräten, nämlich Frontladern, verlorengehen, und das vor allem bei Überladung. Was aber wird dann aus den hinterbliebenen Einzelsocken? Klaus Daiber kümmert sich um sie. Vor vier Jahren gründete er in Remscheid das Institut für Einzelsocken. Sein Ziel: Sockenvermittlung per Internet. „Die Leute können sich auf unserer Internet-Seite informieren, welche Socken wir in unserem Fundus haben. Das sehen sie ja an den Bildern, die eingestellt sind. Sie können uns dann ein entsprechendes Einzelstück zuschicken. Wir führen die Socken dann als Paar zusammen und senden es zurück.“

Allerdings besteht nicht für alle Socken Hoffnung: Exoten sind schwer vermittelbar, wie im echten Leben haben es durchschnittliche Typen leichter, weiß Klaus Daiber. „Gute Chancen haben natürlich Socken, die nicht so außergewöhnlich sind, wie zum Beispiel eine ganz normale graue Socke. Wenn sie nicht zu kurz und nicht zu lang ist, findet sie sicher schnell einen Partner. Bei geringelten Socken wird es schwierig.“ Tatsächlich hat Klaus Daiber schon einigen Socken einen neuen Partner besorgt. Als Paar schreiten sie wieder vereint in die Zukunft – bis die Waschmaschine sie scheidet.

Andere Zeiten?

Disko und Kino gab's auch vor 50 Jahren

Von SILKE OSMAN

Pack die Badehose ein ... nun sind wir mittendrin in der Jahreszeit, die Badefreuden in freier Natur verheißt. Doch Moment mal, wer fährt heute noch an den Baggersee in der Nachbarschaft? Da ist doch schon eher der „Beachclub“ angesagt. Dorthin geht man allerdings kaum, um in kühlen Fluten zu planschen. Dieses künstliche Paradies für junge Leute muß ein bißchen Sand, ein paar Liegestühle, coole Drinks, vor allem aber tolle Leute bieten, denn schließlich ist man hier, um sich zu amüsieren. Fast so wie damals am Baggersee, nur eben ein bißchen cooler ...

> Die heißeste Musik spielte damals Radio Luxemburg

Überhaupt haben sich die Ausflugsmöglichkeiten in den letzten 50 Jahren nicht gerade vergrößert. Sicher, man kann schnell mal nach Mailand oder London fliegen. Für ein paar Euro ist man in einer anderen Welt, die sich allerdings bald auch als „total normal“ entpuppt. Oder man fährt in die Disko – abtanzen ist angesagt. Viele junge Leute wollen einfach nur „chillen“, sich „abkühlen“, sprich sich entspannen. Das sah vor 30, 40 Jahren anders aus, da hat man zusammengesessen und heiß diskutiert – Entspannung? Ach was. Aber der Kopf und vor allem das Herz waren frei danach. Man hatte sich allen Frust von der Seele geredet. Aber ja, zum Tanzen ging's auch, am Sonnabend nur, denn am nächsten Tag mußte man nicht zur Schule oder zur Arbeit. „After Work“-Partys gab es damals sowieso noch nicht. Da war man einfach froh, wenn man nach der Arbeit die Beine hochlegen konnte. Ein bißchen Fernsehen (Video und DVD waren noch nicht erfunden) oder Radio Hören (am liebsten Radio Luxemburg, die spielten die heißeste Musik), auch ein spannendes Buch trugen viel zur Entspannung bei.

Kino? Na klar, das gab's damals wie heute. Oft genug ging das Taschengeld für die Kinokarten drauf, vor allem wenn man noch die Freundin mit einlud. Andere Zeiten? Na ja, so anders nun auch wieder nicht.

Der vorletzte Wille

Selbstbestimmtes Sterben soll per Gesetz geregelt werden

Von MARIANO ALBRECHT

Viele Menschen verdrängen den Gedanken an den Tod, andere haben Angst und wieder andere sehen dem Ableben gelassen entgegen. Nervös und nachdenklich macht jedoch jeden Menschen der Gedanke, im Falle eines Unfalls oder einer schweren Krankheit, an Schläuche und Maschinen gefesselt zu sein, ohne Aussicht auf Rückkehr ins Leben. Zu Lebzeiten wünschte sich für eine solche Situation fast jeder den erlösenden Tod. Die Amerkanerin Terri Schiavo lag 15 Jahre im Koma, war bereits hirntod und wurde bis zum Jahr 2005 über eine Magensonde künstlich ernährt, bis ein Gericht der Klage ihres Ehemannes stattgab und die Einstellung der künstlichen Ernährung durch die Medizin veranlaßte, gegen den Willen ihrer Eltern.

13 Tage dauerte der Todeskampf, den die 41jährige aufgrund ihres Hirntods vermutlich gar nicht bewußt erlebte. Ihr Ehemann begründete die Entscheidung mit der zu Lebzeiten geäußerten Ablehnung von lebensverlängernden Maßnahmen durch seine Frau. Ein ethisch-moralisches Grenzgebiet, denn wer hat das Recht und die Macht, über Leben und Tod zu entscheiden, wenn Patienten sich nicht selbst äußern können? Darf ein Arzt seinen Eid, Leben zu retten oder zu verlängern, verletzten? Ist der Einsatz zur künstlichen Erhaltung von Leben ein Eingriff in die Schöpfung? Terri Schiavo glaubte, per mündlicher Patientenverfügung für einen solchen Fall vorgesorgt zu haben. Juristisch wasserdicht war ihr Wunsch nicht, mehrere Jahre dauerte das Martyrium.

Auch in Deutschland ist die gesetzliche Situation auf dem Gebiet der Patientenverfügung für den Fall, daß der Patient geistig oder körperlich nicht in der Lage ist, seine Zustimmung oder Ablehnung zu einer Therapie, Operation oder lebensverlängernden Maßnahmen mitzuteilen, noch unklar.

Doch Änderung ist in Sicht. Abgeordnete aller Fraktionen im Deutschen Bundestag haben sich des Themas angenommen und Vorschläge zur Diskussion vorgelegt. SPD, FDP, Grüne und Linke setzten dabei auf die vorab festgelegte Verbindlichkeit des Patientenwillens. Nach dem Entwurf des rechtspolitischen Sprechers der SPD, Joachim Stünker, des FDP-Gesundheitspolitikers Michael Kauch sowie Lukrezia Jochimsens von der Linkspartei und Jerzy Montags von den Grünen soll der vom Patienten eingesetzte Bevollmächtigte oder der gesetzliche Betreuer befolgen, was der Patient vorher schriftlich festgelegt hat. Allerdings muß der Vertreter gemeinsam mit dem Arzt eingehend prüfen, ob die Festlegungen auf die aktuelle Lebens- und Behandlungssituation zutreffen. Dabei muß auch Einigkeit darüber erzielt werden, daß der einwilligungsunfähige Patient nicht über einen Lebenswillen verfügt, welcher seinen früheren Festlegungen widerspricht. Kann keine Einigung mit dem behandelnden Arzt erzielt werden, muß ein Vormundschaftsgericht entscheiden.

Die Verfasser des Vorschlags wollen auch das aktuelle Schmerzempfinden des Patienten berücksichtigt wissen. Für den Fall, daß keine schriftliche Verfügung vorliegt, sollen Angehörige gemeinsam mit Ärzten und Pflegern den mutmaßlichen Willen, etwa durch Berücksichtung früherer Äußerungen des Patienten, ermitteln. Die Variante berücksichtigt zwar weitgehend die Selbstbestimmung des Patienten, birgt jedoch ein hohes Risiko, weil Fehlinterpretationen nicht auszuschließen sind. Da scheint der Vorschlag von Unionsfraktionsvize Wolfgang Bosbach (CDU) und dem Bioethikexperten der SPD, René Röspel, eine für den Betroffenen im Zweifelsfall sicherere Variante darzustellen. Bosbach und Röspel bestehen auf einer Klausel, die die Abschaltung von lebenserhaltenden Geräten von einem „in jedem Fall tödlichen Verlauf" der Krankheit abhängig macht oder der Wahrscheinlichkeit, daß eine Wiedererlangung des Bewußtseins unter Ausschöpfung aller medizinischen Möglichkeiten ausgeschlossen werden kann. Beide Möglichkeiten hätten den polnischen Komapatienten Jan Grzebski das Leben gekostet. Der 65jährige war im April aus einem vermeintlichen Koma nach 19 Jahren erwacht. Wie Miroslaw Zabek, Leiter der Neurochirurgischen Klinik in Warschau, jetzt feststellte, lag Grzebski „nur" vier Jahre lang in einem echten Koma. In den Folgejahren konnte er allerdings wegen einer vollständigen Lähmung nicht mit Ärzten und Angehörigen kommunizieren. Der Mann habe aber aus eigener Kraft geatmet und könne sich auch an Ereignisse während des angeblichen Komas erinnern. Ein schrecklicher Gedanke: Hätte Grzebski verfügt, auf künstliche Ernährung oder lebensverlängernde Maßnahmen zu verzichten, hätten Ärzte die künstliche Ernährung wie im Fall der Amerikanerin Schiavo vermutlich einstellen müssen. Man hätte so zwar den Patientenwillen berücksichtigt, aber der Mann wäre unter Umständen qualvoll bei vollem Bewußtsein gestorben. Ärztliche Erfahrung, ethisches Feingefühl und Augenmaß sind anscheinend durch keinerlei eigene Verfügung oder Fremdbestimmung zu ersetzen.

Da verwundert es, daß sich der Variante der Unionsabgeordneten Wolfgang Zöller und Georg Faust nur eine Minderheit anschließt. Zöller und Faust wollen in jedem Fall die Interpretationshoheit des Arztes über den Patientenwillen stellen. Nach ihrem Vorschlag wird die Patientenverfügung nur als Wunsch angesehen und sieht vor, daß bereits ein Gericht anzurufen ist, wenn ein Behandlungsangebot vorliegt. Zöller und Faust fordern, daß kein Automatismus in Gang gesetzt wird, der ein buchstabengetreues Ausführen einer Patientenverfügung vorsieht.

Eine Verschmelzung mit Elementen aus den anderen Vorschlägen scheint wünschenswert. Jedoch wird eines klar, die Entscheidung über Leben und Tod in medizinischen Grenzfällen gehört in die Obhut von Ärzten, die in der Lage sind, wie in dem CDU/SPD-Vorschlag von Bosbach und Röspel, zwar den Patientenwunsch zu berücksichtigen, aber dennoch gemäß ihres Hippokratischen Eids ihr Wissen und Können zum Nutzen der Kranken und zum Erhalt des Lebens einzusetzen.

Ans Krankenbett gefesselt: Was bekommen Komapatienten vom Leben mit? Foto: colourbox

MELDUNGEN

Mehr religiöse Studenten

New York – Das Interesse an Religion erlebt an US-Universitäten eine Blüte wie seit 100 Jahren nicht mehr. Das gilt auch für Elite-Einrichtungen wie Harvard (Bundesstaat Massachusetts), Princeton (New Jersey) und Berkeley (Kalifornien). Immer mehr Studenten studieren Theologie, belegen Vorlesungen und Seminare in Religion, leben in religiös geprägten Studentenwohnheimen oder Wohngemeinschaften, berichtet die Tageszeitung „New York Times". Großen Zulauf haben Gesprächsgruppen, in denen Fragen von Leben und Tod behandelt werden. Die Zeitung verweist unter anderem auf eine Umfrage aus dem Jahr 2004, aus der hervorging, daß zwei Drittel aller Studienanfänger beten und fast 80 Prozent an Gott glauben. Jeder zweite will geistlich wachsen, so die Untersuchung des Forschungsinstituts für Höhere Bildung an der Universität von Kalifornien in Los Angeles. *idea*

Korruption bei Hilfswerken

Neudettelsau – Es ist bisher ein Tabuthema: Korruption bei überseeischen Partnern kirchlicher Hilfs- und Missionswerke. Was tun diese Werke, um einen Mißbrauch von Spendengeldern zu verhindern? Tatsächlich komme Korruption bei den Kirchen in der Dritten Welt seltener vor als in staatlichen Institutionen. „Ein fester Glaube kann allemal der Versuchung nach dem Griff in die Kirchenkasse standhalten – wenn er denn fest genug ist", schreibt die Zeitschrift des „Centrums für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der bayerischen Landeskirche". Aber mancher Mitarbeiter erliege doch der Versuchung. Da tankt kirchliches Führungspersonal gratis an der kircheneigenen Tankstelle, nutzt der Bischof den von der Kirche bezahlten Geländewagen für den Transport seiner Kinder in die Schule statt für die Entwicklungsprojekte der Kirche ... hierzu: „Wir vertrauen auf Gott, bei allen anderen prüfen wir die Bücher." *idea*

Die unternehmerische Universität

Realistische Perspektive für die Hochschulen oder Illusion?

Von GEORGE TURNER

Ein neues Modewort geistert durch die Hochschullandschaft: „Unternehmen Universität" oder „Unternehmerische Universität". Skeptiker befürchten dahinter eine Kommerzialisierung der Bildung, oft gleichgesetzt mit Privatisierung. Sofort wird gegen Studiengebühren, private Hochschulen und Einfluß der Wirtschaft gewettert. Gemeint ist mit der Universität als Unternehmen allerdings etwas anderes. Für die Einrichtung als Ganze sollen Ziele vorgegeben und die Umsetzung kontrolliert werden; die Einrichtungen sollen als Gesamtgebilde etwas erreichen und Erfolg haben; an der Spitze erwartet man eine Persönlichkeit, die etwas gestalten will. Das kann leicht mit den Interessen der Träger von Teilleistungen, also den Professoren kollidieren. Auch sie wollen etwas erreichen, nämlich eine möglichst optimale Leistung und Anerkennung auf ihrem Fachgebiet. Lösbar ist der Konflikt nur, wenn die Vertreter der Fächer in das Gesamtvorhaben „Unternehmen" einbezogen werden. Ohne oder womöglich gegen sie kann das Ergebnis nur eine „atomisierte" Institution sein, in der bestenfalls jeder für sich, wenn nicht jeder gegen jeden kämpft. Sicher ist es erstrebenswert, daß eine Hochschule sich nicht nur als Summe der Leistungen der einzelnen Mitglieder darstellt; aber eine Universität ist nun einmal kein Unternehmen, das auf ein ganz bestimmtes Ziel ausgerichtet ist. Noch nicht einmal die Forschungsabteilungen von Unternehmen sind mit den wissenschaftlichen Instituten von Universitäten ohne Einschränkung zu vergleichen.

Staat will die Oberaufsicht behalten

Zwar ist es richtig, daß von beiden exzellente Arbeit erwartet wird. Die Aufgabe von Forschungsabteilungen in Unternehmen aber ist darauf gerichtet, im Rahmen der betrieblichen Vorgabe ein Ergebnis zu erzielen, Forscher in Hochschulen hingegen können so nicht „an die Kandare" genommen werden.

Viel gewonnen wäre schon, wenn anerkannte Methoden des Managements und des ökonomischen Handelns aus der Wirtschaft übernommen würden, soweit sie übertragbar sind. Die Möglichkeiten hat bereits eine sehr detaillierte Darstellung aus dem Jahr 1976 aufgezeigt (WIBERA-Projektgruppe / Bolsenkötter, Ökonomie der Hochschule: Eine betriebswirtschaftliche Untersuchung). Die Richtung paßte seinerzeit den zuständigen Ministerien nicht, bedeutete die Umsetzung doch eine Verlagerung von deren Kompetenzen an die Universitäten. Man richtete zwar Stellen für Präsidenten ein mit einer zum Teil achtjährigen Amtszeit, wenn es aber darum ging, Kompetenzen auf ein so ausgerichtetes professionelles Management zu verlagern, stellte sich die Bürokratie quer. Immer deutlicher wurde der Ruf nach einer Verbesserung der Bedingungen für ein Management an den Hochschulen. Hinderlich waren und sind vor allem zwei Gegebenheiten, eine, die von außen wirkt, und eine andere, welche intern stranguliert. Von außen ist es die Rechts- und Fachaufsicht durch die Ministerialbürokratie. Solange die Hochschulen Kostgänger des Staates sind – und ein Ende ist nicht erkennbar – wird der Staat nicht auf ein Maß an Einfluß verzichten. Soweit sich dies auf die Rechtsaufsicht beschränkt, ist das immerhin nachvollziehbar und insoweit verständlich. Kontraproduktiv für die Gewinnung eines effektiv arbeitenden Managements ist es allerdings, wenn in Fachfragen hinein regiert wird, und dies womöglich von Beamten, die eine nachgeordnete Funktion innerhalb der Hierarchie einer Behörde einnehmen. Das andere Hindernis besteht in den – von staatlicher Seite – gesetzten Regelungen über die Mitwirkung aller Gruppen und die überzogenen Bestimmungen zugunsten der Personalvertretung. Aber selbst wenn es hier zu einer Reduzierung der staatlichen Regelungen käme, bleibt ein Unterschied etwa zu Unternehmen der Wirtschaft. Das Management eines Industrieunternehmens kann im Prinzip davon ausgehen, daß die Mitarbeiter auf das selbe Ziel verpflichtet sind, nämlich optimale Ergebnisse zu erzielen, gleichgültig, ob man dabei in erster Linie an die Steigerung der Produktivität oder den

Jeder Professor ist eine kleine Ich-AG

shareholder value denkt. Bei Hochschulen ist das anders. Das Ziel des „Unternehmens Universität", in dem Sinn, daß der Ruf der Einrichtung in Lehre und Forschung erstklassig ist, interessiert den einzelnen Professor erst in zweiter Linie. Für Wissenschaftler ist vor allem von Bedeutung, wie es um das eigene Ansehen bei Fachkollegen, die Reputation im Umfeld, die Akzeptanz bei den Studierenden aussieht. Insofern ist jeder Professor seine eigene Ich-AG. Daß sich aus dem Mosaik der individuellen Wünsche ein Gesamtziel ergeben kann, ist zwar richtig, darf aber nicht zu der Illusion führen, so etwas wie eine Unternehmensidentifikation sei für Universitäten eine Selbstverständlichkeit.

Die psychologischen Gegebenheiten und die Bedingungen, welche die Leitungen von Unternehmen zu berücksichtigen haben und die an wissenschaftlichen Einrichtungen gelten, unterscheiden sich nicht unerheblich. Unternehmer oder Manager müssen auf Umsatz und Gewinn achten. Wissenschaftler sollen frei sein, Lehre und Forschung zu betreiben, wobei mit den ihnen anvertrauten Mitteln sparsam umzugehen ist.

Dies gilt es zu beachten, wenn über die Möglichkeiten und Grenzen eines Managements an Hochschulen gesprochen wird. Sonst gibt es die nächste Enttäuschung, wenn bessere Voraussetzungen geschaffen werden und doch nicht alles so läuft, wie es sich Spitzenmanager aus der Industrie vorstellen.

So richtig es ist, „mehr Ökonomie" in den Universitäten zu praktizieren – Wunder sind nicht zu erwarten. Und manch vollmundige Selbstdarstellung, wie sie vor allem von Exponenten selbsternannter unternehmerischer Universitäten verlautbart wird, kann sich schnell als Sprechblase erweisen.



Schönheit in Ruinen

Probleme einer Friseurschule in Kabul

Was braucht eine Ruinenstadt wie Kabul mehr als einen Schönheitssalon? Eine durchaus berechtigte sarkastische Frage, die Deborah Rodriguez in ihrem Buch „Kabuls Schule der schönen Frauen“ jedoch beantwortet.

Zu Zeiten der Taliban waren Schönheitssalons verboten, und auch heute noch beäugt die afghanische Regierung den Damensalon der 2002 aus Michigan nach Kabul gereisten Friseurin Deborah Rodriguez mit Mißtrauen.

Als ihr Schönheitssalon sich zum Beispiel zu Beginn gerade einigermaßen etabliert hatte und sie dabei war, ihre Schülerinnen anzulernen, funkte das Ministerium ihr selbstgerecht dazwischen, und die Worte der Sekretärin des Ministeriums, welche ihre Freundin ihr übersetzte, waren zunächst dazu angetan, sie an jeglichen Zukunftsvisionen zweifeln zu lassen.

Die Autorin schildert offen das Leben der Frauen in Kabul und welche Möglichkeiten ihnen die Ausbildung bei ihr im Schönheitssalon in einer ansonsten chancenlosen Ruinenstadt wie Kabul bietet.

Der Weg dahin war jedoch mehr als steinig, und doch meisterte Deborah Rodriguez diese Hürden, zwar nicht immer mit Bravour, aber dank ihres starken Willens mit Tatkraft und Entschlossenheit.

„Gegen Ende des Frühjahrs wurde mir plötzlich die Hälfte des Geldes gestrichen, das die deutsche Organisation mir zugesagt hatte und womit ich den zweiten und dritten Kurs finanzieren wollte. Die deutsche Regierung hatte der Organisation die Mittel gekürzt, und ich gehörte zu den Leidtragenden.“

Zur Zeit der Taliban waren Salons verboten

Verwundern mag so manchen Leser die Tatsache, daß Deborah Rodriguez als stolze unabhängige Frau ausgerechnet den gebürtigen Afghanen Sam heiratet.

Nicht genug damit, daß zwei sehr unterschiedliche Kulturen und Mentalitäten aufeinanderprallen, sondern auch der Punkt, daß sie „nur“ Sams zweite Ehefrau ist, läßt den Leser stutzen.

„Aber selbst wenn ich darauf achtete, mich ihm zu nähern, bevor er sich für das Abendgebet gereinigt hatte, reagierte er kaum. Er begriff überhaupt nicht, warum ich Händchen halten oder kuscheln wollte. Mit seiner afghanischen Frau hatte er so etwas noch nie gemacht, und sein Vater tat so etwas nicht mit seiner Mutter.“

Ein Buch von und über eine bewundernswerte Frau, die in einem Land lebt, in dem sie als Frau zum Teil verachtet, zum Teil gefürchtet wird, die alles versucht, um den Frauen dort zu einem Minimum an Selbständig- und Unabhängigkeit zu verhelfen.

Die Ohnmacht, die Deborah Rodriguez von Zeit zu Zeit überkommt, über die Tatsache, als Frau nicht eingreifen zu können, wenn Frauen dort von ihrem Mann mißhandelt und gedemütigt werden, ist nachvollziehbar.

Deshalb gebührt dieser sich aufopfernden Frau um so mehr Respekt dafür, daß sie trotzdem immer wieder die Kraft findet weiterzumachen, weiterzumachen, um wenigstens eine kleine Zahl afghanischer Frauen zumindest zeitweise glücklich zu machen. *A. Ney*

***Deborah Rodriguez: „Kabuls Schule der schönen Frauen“**, Karl Blessing Verlag, München 2007, geb., 335 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 6235*

Tabus gebrochen

Roman über die Arbeit des Sexualforschers Kinsey

Provozierend liegen die Bücher im Blickfeld des Besuchers von Bahnhofsbuchhändlern. Der Titel „Dr. Sex“ zusammen mit dem Foto eines sich küssenden 50er-Jahre-Pärchens soll wohl die Laufkundschaft neugierig machen und den Verkauf des nun als Taschenbuch herausgekommenen Romans von T. C. Boyle ankurbeln. Doch der verrucht klingende deutsche Titel – der englische lautet „Der innere Kreis“ – übertüncht eigentlich einen Geschichtsroman.

Es geht nämlich um den Sexualforscher Dr. Alfred Kinsey, der in den 40er und 50er Jahren das biedere Amerika erschütterte, in dem er offen über das menschliche Sexualverhalten sprach. Was uns heute nur ein müdes Gähnen abverlangt, war damals schockierend und neu.

Also eigentlich ein spannendes Thema, dessen sich der preisgekrönte US-Autor T. C. Boyle da angenommen hat. Auch wählte er eine neugierig machende Perspektive. Er beschreibt aus Sicht des Studenten und späteren Mitarbeiters Kinseys, John Milk die Arbeit des Biologen.

Was als Ehekurs für junge Ehepaare und Verlobte begann, endete mit einer neuen Wissenschaft. John Milk, schüchterner Student ohne Sexerfahrung, wird von seiner Kommilitonin Laura gebeten, sich als ihren Verlobten auszugeben, da sie sonst nicht an dem Kurs teilnehmen könnte. Dank Laura lernt er den Professor kennen, der den jungen Mann zu seinem Assistenten macht. Gemeinsam führen sie Interviews mit Studenten über deren Sexualkontakte.

Moralisches Dilemma bleibt schemenhaft

Später vergrößert sich der Kreis der Interview-Partner, es kommen Ehepaare aller Altersklassen, Prostituierte und sogar Kinder hinzu.

Bedauerlicherweise zieht sich der Roman ziemlich in die Länge. Zu zäh und detailliert beschreibt der Autor den Aufbau des Instituts, während er den offenbar massiven Widerstand gegen Kinseys Forschung leider nur am Rande anspricht.

Am Beispiel von John Milk schildert Boyle, wie schwierig es damals für junge Menschen war, sich näherzukommen, wenn sie verbotener Weise vor der Ehe Sex haben wollten. Letztendlich blieb ihnen nur das Auto – wenn sie eines hatten. Da John Milk keines hat, dauert es eine Ewigkeit, bis er seiner Verlobten Iris endlich näherkommen kann. Dies ist gerade angesichts der Tatsache, daß er in seinem Berufsalltag so einiges an Sex-Geschichten erzählt bekommt, während er selber grün hinter den Ohren ist, ganz amüsant.

Boyle schildert auch das Problem der vier Forscher, die Grenze zwischen „normalem“ und krankhaften Sex-Verhalten zu finden. Sie tauschen nachher untereinander die Ehepartner, haben Sex mit Probantinnen und sprechen ohne Ekel mit Kinderschändern. In ihrem Drang, alles für die Forschung zu geben, merken sie nicht, wie dieses Argument nachher zur Phrase verkommt. Offenbar hat Iris ein Problem mit der „Arbeitsweise“, doch Boyle arbeitet dieses moralische Dilemma bedauerlicherweise nicht genügend heraus. Überhaupt hätte man aus dem interessanten Thema, der Vorstufe zur sexuellen Revolution, auf weniger Seiten mehr machen können. *R. Bellano*

***T. C. Boyle: „Dr. Sex“**, dtv, München 2007, broschiert, 539 Seiten, 9,95 Euro, Best.-Nr. 6236*

Blick hinter die Heldenfassade

30 Millionen in der Uniform der Roten Armee – Der Zweite Weltkrieg aus Sicht des kleinen Soldaten

Das Buch „Iwans Krieg – Die Rote Armee 1939–1945“, verfaßt von der britischen Historikerin Catherine Merridale, ist zweifellos wichtig. Denn es beschreibt zum ersten Mal die Geschichte der Roten Armee nicht als Heldenepos der Stalindiktatur und ihrer Marschälle, sondern als Geschichte von unten. Erzählt wird vom Leben des normalen Soldaten, vom Iwan, wie er genannt wurde. Catherine Merridale berichtet von den ungeheuren Verlusten der Roten Armee, die, geht man von der Vorkriegsstärke im Jahre 1939 aus, Ende 1941 entweder tot oder interniert war. Bevor diese gigantische Streitmacht 1944/45 in Zentraleuropa erschien und zusammen mit den Amerikanern, Briten und anderen Verbündeten Deutschland bezwang, war sie zweimal völlig aufgerieben und erneuert worden – ein unvorstellbarer Kraftakt, eine Geschichte des Leidens. Mehr als acht Millionen Rotarmisten kamen während des Zweiten Weltkriegs ums Leben, über 30 Millionen Menschen streiften zwischen 1939 und 1945 die Uniform über. Mitunter kämpften an der Ostfront Merridale zufolge elf Millionen Männer und Frauen gleichzeitig, auf der einen Seite die Rote Armee, auf der anderen die Wehrmacht.

Bedauerlicherweise gibt Catherine Merridale aber schon nach wenigen Seiten die Haltung auf, die der erzählende Historiker einzunehmen hat, nämlich unparteiisch, gewissermaßen mit kaltem Blick, sich dem Panorama, dem Drama des Krieges anzunähern. Wenn es darum geht, zu erklären, warum das Schicksal von 30 Millionen Menschen die Geschichtsschreibung bislang nicht beschäftigt hat, ist die Schlußfolgerung von Merridale unzutreffend. Die britische Historikerin übersieht das Versagen sowjetischer Politik in Krieg und Frieden. Denn das Schicksal des Einzelnen war in Zeiten des Kommunismus uninteressant, und ist es im heutigen Rußland anscheinend weiterhin. Offenkundig ist seit dem Ende der Sowjetunion auf diesem Gebiet nur wenig geschehen. Darüber hinaus zeigt die russische Führung dieser Tage beim Streit um ein Kriegerdenkmal im estnischen Tallinn im Gegenteil an, daß sie nicht daran denkt, ein falsches, ideologisch bedingtes Geschichtsbild zu revidieren. Gewiß ging es 1944/45 darum, Europa vom NS-Regime zu befreien. Aber für die Länder, die die Rote Armee beim Vormarsch nach Westen eroberte, den Osten Deutschlands eingeschlossen, folgte auf eine Diktatur die nächste.

Kreml nicht bereit für Aufarbeitung

In Deutschland hat seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine umfassende Geschichtsschreibung und Diskussion um den Rußlandfeldzug stattgefunden, die noch immer nicht zu Ende ist, die im Gegenteil an Härte zunimmt. Daher irrt Merridale erneut, wenn sie schreibt: „Wenn es aber um den Krieg der Extreme an der sowjetischen Front geht, so stehen dabei perverserweise (!) fast immer die Soldaten von Hitlers Wehrmacht im Vordergrund.“ Nein, Catherine Merridale, eine offene Demokratie hätte schon längst an diesem Zustand etwas geändert!

Aus deutscher Sicht am wichtigsten ist das Kapitel, das die britische Historikerin mit „Schändungen“ überschreibt. Aber auch in diesem Abschnitt stimmen die Gewichtungen nicht, entwickelt Catherine Merridale nicht die Empathie, die auch die deutschen Opfer des Krieges verdienen. Darüber hinaus scheint Merridale Deutschland nicht zu kennen. Sie bezeichnet Ostpreußen als eine „windzerpeitschte Enklave“. In den Briefen von Rotarmisten, die die Historikerin auswertete, gibt es keinerlei Hinweise auf das, was in Ostpreußen 1945 passierte. Daher ist auch das Fazit der Britin, die sich im Laufe dieses Kapitels über die Exzesse der Roten Armee in Ostpreußen rasch anderen Aspekten des Krieges zuwendet, bemerkenswert kühl und nicht hinreichend von Sachkenntnis geprägt. „In den Vergewaltigungen verband sich demnach ein Rachebedürfnis mit Zerstörungswut, dem tiefen Haß auf den im Nazideutschland herrschenden Luxus und Überfluß; damit strafte man nicht nur die Frauen ab, sondern bestätigt sich auch seine labile Männlichkeit.“ Die Wirklichkeit war jedoch eine andere: Gewiß gab es auf der einen Seite die Realität des Krieges, eines Vernichtungskrieges, der sich bis dahin auf russischem Boden abgespielt hatte. Auf der anderen Seite kamen Millionen von russischen Soldaten unvorbereitet nach Deutschland, gedemütigt und verarmt durch 20 Jahre sowjetischer Planwirtschaft und gescheiterter gesellschaftlicher Großexperimente, aufgehetzt durch die Stalin'sche Propaganda und bei ihrem Tun kaum gebremst durch militärische Vorgesetzte. Von alldem will Catherine Merridale nicht allzuviel wissen, auch nicht von der Literatur, die es mittlerweile über die massenhaften Vergewaltigungen deutscher Mädchen und Frauen gibt. Die Zahlen liegen weitaus höher, als Merridale schreibt. *J. Thies*

***Catherine Merridale: „Iwans Krieg – Die Rote Armee 1939–1945“**, S. Fischer Verlag, Frankfurt 2006, 474 Seiten, 22,90 Euro, Best.-Nr. 6237*

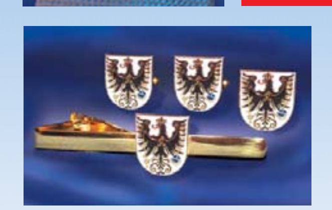
Herrenschmuck-Set "Ostpreußen"



Edles Herrenschmuck-Set, bestehend aus: Manschettenknöpfen, Krawattenklemme und Anstecknadel (Pin).

Alle Schmuckstücke sind aufwendig emailliert. Lieferung in repräsentativer Geschenkbox (ohne Abb.)

Best.-Nr.: 5960 € 49,95



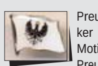


Zeigen Sie Flagge!

Ob für Mütze, Revers oder als Sammlerstück: Flaggen-Anstecker mit emaillierter Oberfläche und Steckverschluss. Maße: ca. 17 x 12 mm



Ostpreußen-Anstecker Motiv: Ostpreußen-Flagge mit Provinzwappen, Best.-Nr.: 5889



Preußen-Anstecker Motiv. Preußenadler, Best.-Nr.: 6057



Elchschaufel-Anstecker Motiv: Ostpreußen-Flagge mit Elchschaufel, Best.-Nr.: 6055

Königsberg-Anstecker Motiv: Königsberg-Flagge, Best.-Nr.: 6056

je Anstecker nur € 2,95



Ralf G. Reuth
Deutsche auf der Flucht
Geb., 216 Seiten, viele Fotos und Bilddokumente
Format: 22 x 29 cm, mit Schutzumschlag.
Best.-Nr.: 6210, € 12,50

Heinz Magenheimer
Kriegsziele und Strategien der großen Mächte 1939 bis 1945

In diesem neuen Werk stellt der renommierte österreichische Militärhistoriker Dr. Heinz Magenheimer die Kriegsziele und Strategien der am Zweiten Weltkrieg beteiligten großen Mächte Deutschland, Großbritannien, USA, Sowjetunion und Japan in globalen Zusammenhängen dar. Er schildert den militärisch-operativen Kriegsverlauf und stellt die Wechselwirkungen zwischen den oft strittigen politischen und strategischen Zielen der Kriegsparteien und dem Verlauf des Kriegs in Europa und in Fernost dar. Es zeigt sich, dass es keinen „Masterplan" gab und der Kriegsverlauf keineswegs vorgezeichnet war. Mehrfach wäre eine Möglichkeiten zur Beendigung des Krieges blieben mehrfach ungenutzt.

Die deutsche Strategie war mehr von Reaktion, Widersprüchen und Aushilfen denn von langfristiger Zielverfolgung gekennzeichnet. Eine Darstellung der auch für die Westalliierten so nicht erwarteten Kriegsergebnisse und der daraus resultierenden Entwicklung der Mächtekonstellationen schließt dieses außergewöhnliche Werk ab.



Super-Sonderangebot

Geb., 232 Seiten
Best.-Nr.: 6053, statt € 27,00 nur noch € 12,95

nur € 12,95



Jürgen Roth, Rainer Fromm, Rainer Nübel
ANKLAGE UNERWÜNSCHT!
Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 6224, € 19,95

Jürgen Roth
Deutschland-Clan
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 5505, € 19,90

Christel Wels
Der unvergessene Weg
Eine ostpreußische Biografie
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6124, € 12,90

Buch der Woche



Manfred Thiele
Flucht ohne Ende
Bürgerverluste der Stadt Mühlhausen von 1945- 1961

Die Aufarbeitung der mitteldeutschen Nachkriegsgeschichte. Millionen von Menschen haben Furchtbares erduldet, sie wurden gedemütigt, entrechtet, erpresst und verschleppt; Vieles davon ist auch in Akten festgehalten, also authentisch nachgewiesen, doch selbst 17 Jahre nach der Wende hat sich niemand dazu entschließen können, diese Zeit detailliert zu erforschen und aufzuzeigen.
Ein Tabu-Thema also? Noch immer nach mehr als einem halben Jahrhundert? Anscheinend ja! Denn es gibt immer noch genügend Zeitzeugen, Betroffene und Opfer, die befragt werden können und es gibt dicke Aktenbündel in den Archiven, nach wie vor unberührt.
Der Wert von Thieles Buch besteht zum einem in der territorialen Begrenzung seiner Aufarbeitung, das heißt, dass sich seine Forschung auf eine Kreisstadt beschränkt und von daher übersichtlich bleibt. Zum anderen, dass er den Leser mit wichtigen Hintergrundinformationen versorgt, die ihm helfen, jene Zeit und das Ausmaß der Verbrechen besser zu erfassen.
In mehr als 12 Jahren hat Thiele Hunderte von Zeitzeugen befragt, vor allem Opfer. Er hat sich von ihnen Belege vorlegen lassen oder sich diese aus Archiven besorgt. Die Übernahme Thüringens durch die Sowjets am 4. Juli 1945 war für die Bürger der Beginn einer Schreckenszeit unvorstellbaren Ausmaßes. Mord, Raub und Willkürakte sowjetischer Soldaten prägten fortan das Leben der Stadt Mühlhausen. Der Zustand völliger Rechtlosigkeit, die tägliche Angst vergewaltigt, umgebracht oder verschleppt zu werden, hielt die Menschen über Jahre in Spannung
Gebunden, 295 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6223, € 19,00

Hubertus Scheurer

Zusammenstellung ausgewählter Texte des Lyrikers, die generationenübergreifend Emotionen zu Liebe, Freundschaft, aber auch Gesellschaftskritik in wunderbare Worte fassen.



Daß Liebe unser Leben durchdringt…
Geb., 142 Seiten
Best.-Nr.:6217, € 12,00



Für Dich
Geb., 139 Seiten
Best.-Nr.: 6225, € 12,00

Nur noch für Dich
Eine Liebeserklärung
Kart., 96 Seiten
Best.-Nr.: 6226, € 9,80

www.hubertus-scheurer.de



A.C. Grayling
Die toten Städte
Die Wahrheit über den alliierten Bombenterror
Geb., 416 Seiten, 16 Seiten s/w-Bildteil
Best.-Nr.: 6084, € 22,95



Rosa Labenski
Ich will doch nur zu meinen Kindern
Gefangen in Ostpreußen 1945 bis 1948
Geb., 224 Seiten
Best.-Nr.: 6177, € 14,95



Helma Herrmann-Schicht
Eine Mutter und sieben Kinder
Schicksalstage in Ostpreußen 1945-1948
174 Seiten, 5 S/W Abb.
Best.-Nr.: 6176, € 14,95

Sonder-Angebot! *Mängelexemplare





nur € 2.95*

Johanna Tuliszka
Und weidet mich auf einer grünen Aue
Erinnerungen einer Berlinerin, aus dem Jahrgang 1923
Kart., 620 Seiten, Best.-Nr.: 5712
statt € 24,00 - Ersparnis 87 %



nur € 1.95*

Hans Zeidler
Als Ostpreußen verloren ging
Kart., 63 Seiten
Best.-Nr.: 6024, Nur noch € 1,95



nur € 2.95

Fried von Bartocki / Klaus von der Groeben
Adolf von Batocki
Das Lebensbild des ostpreuß. Oberpräsidenten, Kart., 201 Seiten
Best.-Nr.: 5892, Nur noch € 2,95

Neuer Stempel

Ostpreußen- Die Heimat unvergessen, Stempel



Neu

Inschrift: *Ostpreußen* die Heimat unvergessen!

Hochwertig gearbeiteter Stempel, Durchmesser: 30mm, Höhe mit Holzgriff: 80mm

Best.-Nr.:6216, € 12,95



Friedrich Georg
Verrat in der Normandie
Eisenhowers deutsche Helfer
Geb., 384 Seiten, 200 Abbildungen
Best.-Nr.: 6174, € 19,80

Film der Woche

Der letzte Mythos - 3 DVDs



3 DVDs

Wer entfesselte den Zweiten Weltkrieg? Ein spannender Dokumentarfilm, der die gängige Vorstellung über die Umstände des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges grundlegend korrigiert.

Gesamtspieldauer von mehr als 8 Stunden, 3 DVDs in einer Box, Sprachen: Deutsch und Russisch
Best.-Nr.: 6214, € 39,90

Buchempfehlung!

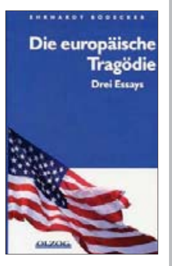


Richard Dethlessen
Das schöne Ostpreußen
Reprint der Originalausgabe von 1916



Ostpreußen wie es einmal war - Autor Richard Dethlessen nimmt Sie mit zu einer zauberhaften Reise in die Vergangenheit. Anhand eindrucksvoller Städte und Landschaftsbilder führt er durch die Geschichte des kulturreichen Landes und stellt Land und Leute vor. Viele historische Fotos und zwei prachtvolle, historische Stadtpläne von Königsberg und Braunsberg, erwarten Sie. Besuchen auch Sie das wunderschöne und unvergessene Land an der Ostsee.
Geb., 160 Seiten, Format 14 x 21 cm, 154 s/w Abbildungen, 2 herausnehmbare Stadtpläne
Best.-Nr.: 6153, € 19,95

nur € 19,95



Günter Rohrmoser
Konservatives Denken im Kontext der Moderne
Geb., 325 Seiten
Best.-Nr.: 5923, € 22,75



Ehrhardt Bödecker
Die europäische Tragödie
Drei Essays
Geb., 220 Seiten
Best.-Nr.: 6175, € 22,00



Heinz Voigt
Der letzte Sommer von Mauritten
Ein Roman aus Ostpreußens heißem Kriegssommer 1944
Kart., 379 Seiten
Best.-Nr.:3641, € 14,80



Michael A. Hartenstein
Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie
„Westverschiebung" und „Umsiedlung" – Kriegsziele der Alliierten oder Postulat polnischer Politik?
Best.-Nr.: 5996, € 24,90



Neuauflage

Erna Ewert, Marga Pollmann, Hannelore Müller
Frauen in Königsberg 1945 -1948
Berichte über die Zeit von 1945 bis 1948, Kart., 188 Seiten
Best.-Nr.: 2812, € 10,80



PMD — Preußischer Mediendienst — 27/07

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Fax: 040 / 41 40 08 58 · Tel: 040 / 41 40 08 27
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

Von Manuel Ruoff

Als Preußen seiner Auflösung nur knapp entging

Vor 200 Jahren wurde der Frieden von Tilsit unterzeichnet

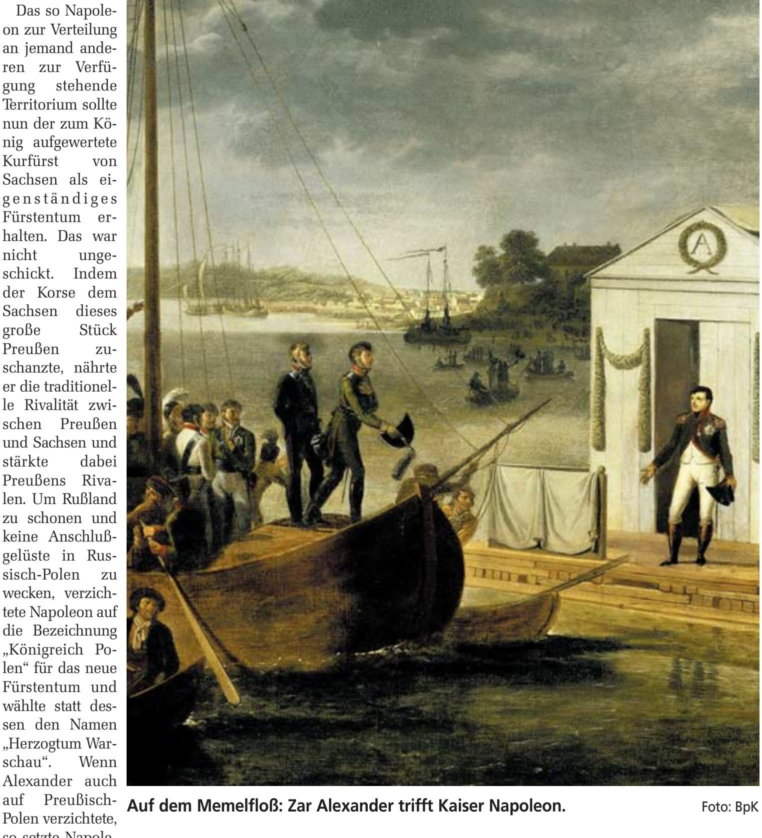
Unerbittlich hatten die Franzosen nach der den Vierten Koalitionskrieg entscheidenden Schlacht von Friedland vom 14. Juni 1807 die verbündeten Russen und Preußen durch Ostpreußen vor sich her getrieben, bis diese sich hinter die Memel ins Memelland zurückgezogen hatten. Mit dem Fluß hatten Napoleons Truppen das letzte natürliche Hindernis vor dem Zarenreich erreicht. Überschritten sie nun auch noch die Memel, lag das russische Baltikum schutzlos vor ihnen. Eine Fortsetzung des Vierten Koalitionskrieges auf russischem Boden und damit ein Kampf Rußlands um die eigene territoriale Integrität wollten zu diesem Zeitpunkt jedoch weder der Kaiser der Franzosen noch der russische Zar Alexander I.

Napoleon hatte im Vierten Koalitionskrieg gerne gegen die Russen gefochten, um ihnen seinen eigenen Wert als Verbündeter plastisch vor Augen zu führen, doch im Gegensatz zu Preußen, dessen König er wegen dessen Entscheidungsschwäche verachtete, wollte er Rußland (noch) nicht erobern. Der Franzose betrachte Rußland nicht als seinen Hauptgegner. Vielmehr versuchte der Kaiser, den Zaren auf Kosten Preußens und auch Schwedens als Verbündeten gegen seinen vermeintlichen Hauptgegner Großbritannien zu gewinnen.

Auch Alexander war an einer Fortsetzung des Kampfes nicht interessiert. Der Gegner hatte ihm in der Schlacht von Friedland den Schneid abgekauft. Der Kampfgeist, der ihn zuvor beseelt hatte, und der Glaube an den Sieg waren dahin. Zudem fürchtete er um die Stabilität seines Regimes. „Unter uns gesagt, im Notfalle gibt es nur eine Stimme: Pahlen!“ hieß es nun in seiner Generalität. Das war eindeutig, denn Peter von der Pahlen war einer der Hauptverschwörer bei der Ermordung von Alexanders Vater und Vorgänger auf dem Thron, Zar Paul, gewesen. Die Forschung geht davon aus, daß die schließlich zum Tod führende Aktion gegen den Vater mit stillschweigendem Einverständnis des Sohnes geschehen ist, was gerne zur Erklärung von dessen unbestreitbarer Labilität und Wankelmütigkeit herangeführt wird.

Napoleon war bereit, Alexander eine goldene Brücke zu bauen. So sollte er für die Einstellung der Kämpfe und die Beteiligung an der gegen Großbritannien gerichteten Kontinentalsperre Ruhe an der Balkanfront, das zu Schweden gehörende Finnland sowie schließlich Preußisch-Polen erhalten. Den Rest Preußens wollte Napoleon in seinen Herrschaftsbereich integrieren. Alexander beging insoweit einen Verrat an seinem preußischen Verbündeten, als er mit dem gemeinsamen Gegner einen Separatfrieden auf Preußens Kosten schloß. Andererseits war es dem russischen Zaren zu verdanken, daß wenigstens ein Rest Preußens selbständig blieb. Auch verzichtete er auf Preußisch-Polen.

Das so Napoleon zur Verteilung an jemand anderen zur Verfügung stehende Territorium sollte nun der zum König aufgewertete Kurfürst von Sachsen als eigenständiges Fürstentum erhalten. Das war nicht ungeschickt. Indem der Korse dem Sachsen dieses große Stück Preußen zuschanzte, nährte er die traditionelle Rivalität zwischen Preußen und Sachsen und stärkte dabei Preußens Rivalen. Um Rußland zu schonen und keine Anschlußgelüste in Russisch-Polen zu wecken, verzichtete Napoleon auf die Bezeichnung „Königreich Polen“ für das neue Fürstentum und wählte statt dessen den Namen „Herzogtum Warschau“. Wenn Alexander auch auf Preußisch-Polen verzichtete, so setzte Napoleon doch durch, daß Rußland wenigstens das preußische Bialystok annektierte, um das preußisch-russische Verhältnis durch diesen Besitzerwechsel zu belasten.



Auf dem Memelfloß: Zar Alexander trifft Kaiser Napoleon. Foto: BpK

Preußens Territorien westlich der Elbe hingegen beanspruchte Bonaparte für seinen Herrschaftsbereich. Hier ist vor allem das für seinen Bruder Jérôme Bonaparte neu geschaffene Königreich Westphalen zu nennen. Nur der Teil Preußens zwischen Elbe und Herzogtum Warschau – und das noch nicht einmal vollständig – sollte preußisch bleiben.

Diese Vorstellungen drohten Preußen von einer Großmacht zu einer zweit- oder gar drittrangigen Macht zurückzustufen. Angesichts dessen verwundert es nicht, daß Preußen an den Verhandlungen nicht maßgebend beteiligt war. Napoleon machte aus seiner Verachtung für Friedrich Wilhelm III. überhaupt keinen Hehl. Preußen war für Bonaparte Verhandlungsgegenstand, nicht Verhandlungspartner, das war Rußland.

Am 21. Juni 1807 war zwischen dem Kaiser- und dem Zarenreich ein Waffenstillstand geschlossen worden. Vier Tage später begannen auf einem französischen Floß auf dem Grenzfluß zwischen dem russisch(-preußischen) und dem französischen Machtbereich, der Memel, bilaterale Gespräche zwischen den beiden Herrschern. Währenddessen wartete der zur Untätigkeit verdammte Friedrich Wilhelm III. umgeben von russischen Offizieren und eingehüllt in einen russischen Mantel im strömenden Regen das Ergebnis der Unterredungen über die Zukunft seines Königreiches am Memelufer ab. Am nächsten Tag durfte er dann dabei sein, aber mehr als Staffage, denn als Akteur.

Angesichts dieser offen zur Schau gestellten Verachtung Napoleons für den König, fiel Preußens Politik nichts Besseres ein, als der für ihren Charme und ihre Anmut bekannten Königin Luise zuzumuten, sich an ihres Mannes statt beim Sieger für Preußen zu verwenden. Es spricht für die Größe dieser Preußenkönigin, die den Bezwinger ihres Volkes wie wohl kein anderes Mitglied des preußischen Königshauses ablehnte, daß sie sich um ihres Landes willen dieser Selbstdemütigung aussetzte.

Welche Überwindung Luise die Begegnung mit Napoleon kostete, wissen wir von ihrem Leibarzt („Nie werde ich den Moment vergessen, wo die edle Königin den Befehl vom König erhielt, auch nach Tilsit zu kommen, um womöglich noch vorteilhaftere Friedensbedingungen von Napoleon zu erhalten. Dies hatte sie nicht erwartet. Sie war außer sich. Unter tausend Tränen sagte sie: ‚Das ist das schmerzhafteste Opfer, das ich meinem Volke bringe, und nur die Hoffnung, diesem dadurch nützlich zu sein, kann mich dazu bringen.‘“) sowie aus ihrem eigenen Tagebuch („Welche Überwindung es mich kostet, das weiß mein Gott! Denn wenn ich gleich den Mann nicht hasse, so sehe ich ihn doch als den an, der den König und sein Land unglücklich gemacht. Seine Talente bewundere ich, aber seinen Charakter, der offenbar hinterlistig und falsch ist, kann ich nicht lieben. Höflich und artig gegen ihn zu sein, wird mir schwer werden. Doch das Schwere wird einmal von mir gefordert, Opfer zu bringen bin ich gewohnt.“)

Am 6. Juli 1807 traf die Königin in Tilsit ein. Noch am selben Abend war sie Gast des Kaisers. Nach einem gemeinsamen Abendmahl kam es zu einer längeren Konversation, deren Verlauf Luise zu den größten Hoffnungen Anlaß gab. In der Tat muß Napoleon wohl wirklich von der anmutigen Königin beeindruckt gewesen sein, doch war der Mann Staatsmann genug, um am nächsten Tag deutlich zu machen, daß diese Begegnung an seinem Vorhaben bezüglich Preußens nichts ändere. Am 7. Juli 1807 unterzeichneten Frankreich und Rußland ihren Tilsiter Frieden. Seines russischen Verbündeten beraubt, sah Preußen keine Alternative dazu, zwei Tage später am selben Ort einen inhaltlich mit dem vorausgegangenen russisch-französischen übereinstimmenden preußisch-französischen Frieden zu schließen. Von seinen einstmals 300 000 Quadratkilometer Fläche und seinen neun Millionen Einwohnern verlor Preußen je die Hälfte. Es war zusammengestutzt bis auf die Provinzen Brandenburg, Pommern, Preußen und Schlesien. Und selbst die blieben vorerst französisch besetzt. Das Datum des Besatzungsendes blieb wie die Höhe der Kontributionen bis auf weiteres unbekannt.

Der Tilsiter Frieden vom 9. Juli 1807

Preußens neue Westgrenze wird im Artikel 7 festgesetzt, in dem der König von Preußen die Gebiete abtritt, die er „unter irgend einem Titel zwischen Rhein und Elbe zu Anfang des gegenwärtigen Krieges besessen hat“. Der Hauptnutznießer wird in Artikel 8 genannt: „Das Königreich Westphalen soll aus den Provinzen bestehen, welche ... der König von Preußen abgetreten, und aus andern Staaten, welche jetzt im Besitz ... des Kaisers Napoleon sind.“

Im Artikel 13 wird Preußens neue Ostgrenze festgesetzt: „... der König von Preußen entsagt auf immer dem Besitze aller derjenigen Provinzen, welche vormals zu Polen gehörten, und nach dem 1. Januar 1772 in verschiedenen Epochen unter die Herrschaft von Preußen kamen, mit Ausnahme des Ermelandes und der Länder, welche im Westen des alten Preußens östlich vom Pommern und der Neumark, und nordwärts sowohl des Kulmer Kreises als der Linie liegen, welche von der Weichsel nach Schneidemühl durch Waldau längs der Grenzen des Bromberger Kreises und der Straße von Schneidemühl nach Osten geht. Diese Länder nebst der Stadt und Festung Graudenz und den Dörfern Neudorf, Parschken und Schwierkorzy, sollen ferner ... von ... dem Könige von Preußen besessen werden.“

Der Hauptnutznießer dieser Entsagung wird in Artikel 15 genannt: „Die Provinzen, auf welche ... der König von Preußen durch obigen 13. Art. Verzicht thut, sollen (mit Ausnahme des Territoriums, welches im Art. 18 weiter unten angegeben ist) ... von ... dem Könige von Sachsen unter dem Titel des Herzogthums Warschau, besessen ... werden ...“

Zusätzlich zu diesem Herzogtum erhält der Sachsenkönig auch noch im Artikel 12 eine preußische Exklave in seinem Königreich, „den Kottbusser Kreis in der Niederlausitz“.

Der im Artikel 15 genannte Artikel 18 bezieht sich auf das an Rußland abgetretene Bialystok: „Um so viel als möglich, nathürliche Grenzen zwischen Rußland und dem Herzogthum Warschau festzusetzen, soll auf immer mit dem russischen Reiche das durch den Theil der gegenwärtigen russischen Grenzen umzogene Gebiet vereinigt werden, welches sich von dem Bug bis zur Mündung der Lossoßna erstreckt, nach einer Linie, die von der gedachten Mündung ausgeht, dem Thalweg dieses Flusses folgt, dem Thalweg der Bobra bis zu seiner Mündung, und dem Thalweg der Narew, von dem gedachten Punkt bis Suratz, weiter von der Lissa bis zu ihrer Quelle bei dem Dorfe Mien, von der Vereinigung der Nurzeck, die bei demselbigen Dorf entspringt, längs der Nurzeck bis zu deren Mündung oberhalb Nurr, und endlich nach dem Thalweg aufwärts bis zu den gegenwärtigen russischen Grenzen.“

Im Artikel 14 entsagt der König von Preußen „ebenmäßig auf immer dem Besitze der Stadt Danzig“. Deren Zukunft ist in Artikel 19 bestimmt: „Die Stadt Danzig, mit einem Territorium von zwei Stunden ringsum, soll in ihrer Unabhängigkeit wieder hergestellt, und unter dem Schutz ... des Königs von Preußen und ... des Königs von Sachsen, nach den Gesetzen regiert werden, die sie zu der Zeit hatte, als sie aufhörte, sich selbst zu regieren.“ Ungeachtet der in Artikel 19 verliehenen „Unabhängigkeit“ ist in Artikel 21 festgelegt, daß sie sich an der Kontinentalsperre gegen Großbritannien beteiligt.

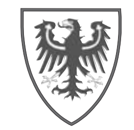
An dieser Kontinentalsperre gegen Großbritannien, das Rußland wie Preußen im Vierten Koalitionskrieg gegen Frankreich immerhin materiell unterstützt hatte, mußte sich nun auch Preußen beteiligen. In Artikel 27 heißt es nämlich: „Bis zum Tage der Auswechslung der Ratifikationen des künftigen Definitivfriedens-Traktates zwischen Frankreich und England werden alle Länder, ohne Ausnahme, unter der Herrschaft ... des Königs von Preußen, für die Schiffahrt und den Handel Englands verschlossen seyn. Keine Expedition findet statt aus den Preußischen Häfen nach den britischen Inseln, und eben so wenig wird ein Schiff aus England oder dessen Colonien in besagten Häfen eingelassen werden.“

Nach all diesen Zumutungen taucht die Frage auf, was der Diktatfrieden dem Preußenkönig denn nun überhaupt noch gelassen hat. Hierauf gibt der Artikel 2 Antwort: „Der Theil des Herzogthums Magdeburg, welcher auf dem rechten Ufer der Elbe liegt; die Priegnitz, die Uckermark, die Mittel- und Neumark Brandenburg, mit Ausschluß des Kottbusser Kreises in der Niederlausitz; das Herzogthum Pommern, Ober-, Nieder- und Neuschlesien mit der Grafschaft Glatz; der Theil des Netzdistrikts, welcher nordwärts der Straße von Driesen nach Schneidemühl gelegen, im gleichen einer Linie, die von Schneidemühl über Waldau längs der Grenze des Bromberger Kreises zur Weichsel führt, Pommerellen; die Insel Nogat; das Land auf dem rechten Ufer der Nogat und der Weichsel im Westen von Altpreußen und im Norden des Kulmischen Kreises; Ermeland und endlich das Königreich Preußen, so wie es am 1. Januar 1772 war, sollen ... dem König von Preußen restituiert werden, mit den Plätzen Spandau, Stettin, Küstrin, Glogau, Breslau, Schweidnitz, Neiße, Brieg, Kosel und Glatz, und überhaupt alle Plätze, Zitadellen, Schlösser und Forts der oben benannten Länder, in dem Zustande, worin die genannten Plätze, Zitadellen, Schlösser und Forts sich gegenwärtig befinden. Die Stadt und Festung Graudenz, mit den Dörfern Neudorf, Parschken und Schwierkozy, sollen gleichfalls ... dem Könige von Preußen restituiert werden..“

Der Artikel 2 bedeutete jedoch nun nicht, daß der Preußenkönig hier fortan hätte wieder herrschen können, denn die Eroberer blieben als Besatzer im Land. Hierzu heißt es in Artikel 28: „Es wird unverzüglich eine Convention abgeschlossen werden, sowohl behufs der Regulierung alles dessen, was sich auf die Art und Weise, so wie auf die Termine zur Räumung der ... dem König von Preußen zu restituierenden Plätze sich bezieht, als zur Regulierung der Details, welche die Zivil- und Militair-Verwaltung in den Ländern betreffen, die gleichfalls restituiert werden. sollen.“

Drei Tage nach diesem Tilsiter Frieden kam es zur Königsberger Konvention, die eine Beendigung der Besatzung für den 1. Oktober vorsah. Die Räumung wurde jedoch von der vorherigen Zahlung einer Kriegskontribution abhängig gemacht, deren Höhe wiederum ungeklärt blieb. Die Franzosen brauchten also nur Preußens Kontributionsleistungen als zu gering erachten, um so lange bleiben zu können, wie sie wollten. *M. R.*

Das Ostpreußenblatt



Nr. 27 – 7. Juli 2006

Russen ehren Ernst Wiechert

Unter deutscher Beteiligung wurde der 120. Geburtstag des Dichters in Königsberg festlich begangen

Anläßlich des 120. Geburtstages des Dichters und Pädagogen Ernst Wiechert fanden in Königsberg eine Reihe von Jubiläumsveranstaltungen statt. Schon drei Tage vor Wiecherts Ehrentag wurde in der Aula im Staatlichen Stadtbaukolleg, dem ehemaligen Hufengymnasium, eine Festveranstaltung mit den Studenten, Dozenten und Gästen durchgeführt. Nach der Begrüßung durch die Stellvertretende Direktorin Irina Iwanowa trug Sem Simkin, der Vorsitzende der russischen Sektion der Ernst-Wiechert-Gesellschaft und Träger des Kulturpreises der Landsmannschaft Ostpreußen, Verse aus dem Gedichtband „Noch tönt mein Lied“ vor. Dann hielt die Germanistin Lidia Natjagan die Festansprache, in der sie den Lebensweg und das Schaffen Wiecherts würdigte. Ihre Ausführungen wurden von Studenten nach einzelnen Abschnitten durch Gedichte Wiecherts teils in deutscher, teils in russischer Sprache ergänzt. Natjagan schilderte das Leben Wiecherts, seine Geburt 1887 im Forsthaus Kleinort im Kreis Sensburg in Ostpreußen sowie die Zeit des Besuches der Burgschule, des Studiums an der Albertina und seiner Tätigkeit als Pädagoge von 1920 bis 1930 am Hufengymnasium in Königsberg und schließlich von 1930 bis 1933 am Kaiserin-Augusta-Gymnasium in Berlin, wo er dann unter dem Druck des NS-Regimes seine Tätigkeit aufgeben mußte. Natjagan würdigte das Wirken Wiecherts gegen den Nationalsozialismus, insbesondere durch seine Reden an die Jugend 1933 und 1935 in München und seinen Protest gegen die Inhaftierung des Pfarrers Martin Niemöller. In dessen Folge wurde er 1938 für mehrere Monate ins KZ Buchenwald gebracht, erhielt Arbeits- und Aufenthaltsverbot und stand bis 1945 unter Gestapo-Aufsicht.



Ehrten Ernst Wiechert zum Geburtstag mit Blumen: Studentinnen des Staatlichen Stadtbaukollegs in Königsberg Foto: Behrend

Natjagan verwies auf seine bedeutenden Werke, wie die Autobiografie „Wälder und Menschen“ und „Jahre und Zeiten“, den „Totenwald“, „Das einfache Leben“, die „Jerominkinder“, die letzte große Arbeit „Missa sine nomine“, und wies auf seine vielen Gedichte hin. Sie erwähnte, daß Wiecherts Werke in mehr als 20 Fremdsprachen übersetzt wurden und er in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die deutsche Literatur ganz wesentlich beeinflußt hat. Nach 1945 machte er noch mehrere Auslandsreisen mit Lesungen seiner Werke. Von 1948 bis zu seinem Tode 1950 lebte er dann in der Schweiz.

Nach Natjagans Festansprache verlas der ehemalige Schüler des Hufengymnasiums Klaus Behrend, der die Internationale Ernst-Wiechert-Gesellschaft (IEWG) in der Bundesrepublik Deutschland vertrat, ein Grußwort seiner Vorsitzenden Dr. Bärbel Beutner. Im Grußschreiben heißt es:

„Und daß Ernst Wiechert nicht vergessen ist, zeigt sich heute in dieser Veranstaltung, die von denen gestaltet wird, die sich hier in Königsberg für den ostpreußischen Dichter einsetzen. Das ehemalige Hufengymnasium, Wiecherts Wirkungsstätte, bietet unter

Fortsetzung auf Seite 16

Arbeitslosigkeit bei Jüngeren gesunken

Die Arbeitslosigkeit ist in der Republik Polen im allgemeinen und im südlichen Ostpreußen im besonderen zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen liegt inzwischen unter zwei Millionen. Wie das polnische Zentrale Amt für Statistik mitteilte, lag die Arbeitslosenquote im Mai bei 13 Prozent. Das sind 3,5 Prozentpunkte weniger als im Mai des Vorjahres. An Arbeitslosen über dem 50. Lebensjahr ist dieser Trend allerdings vorbeigegangen. Ihre Zahl stieg sogar. Doch nicht nur zwischen den Altersgruppen, sondern auch zwischen den Regionen tun sich Unterschiede auf. Zwar profitieren alle Woiwodschaften von dem staatsweiten Trend, aber doch eben unterschiedlich stark. Am deutlichsten sank die Arbeitslosigkeit im südlichen Ostpreußen, in Niederschlesien und in Ost-Brandenburg. Allerdings sank in der Woiwodschaft Ermland und Masuren die Beschäftigungslosigkeit von einem erschreckend hohen Niveau aus. Mit 20,5 Prozent hat das südliche Ostpreußen von allen Regionen der Republik Polen die höchste Arbeitslosenquote. *E. B.*

Elegant und originell

Neuartige Promenade in Neukuhren nach insgesamt 15 Jahren Bauzeit fertiggestellt

Von Jurij Tschernyschew

Endlich, nach langen Jahren des Wartens, wurde im samländischen Neukuhren eine 560 Meter lange Promenade eröffnet. Ihre Konstruktion unterscheidet sich von anderen Promenaden im Königsberger Gebiet durch eine elegantere und originellere Bauweise. Mit dem Bau wurde schon Anfang der 90er Jahre begonnen. Wegen fehlender finanzieller Mittel wurden die Arbeiten über fünf Jahre lang eingestellt, deshalb hat sich die Bauzeit insgesamt über 15 Jahre hingezogen. Die Promenade zieht sich vom Zollhaus entlang des Meeres bis zum Kiefernwald am Rande der Stadt.

Auf der Promenade entstehen schon Sommercafés, Bänke und Laternen. Der Strand wurde im Bereich der Promenade in mehrere Abschnitte aufgeteilt, an denen verschiedene Kleinhändler den Gästen ihre Dienste anbieten können. Es sind keine Beschränkungen vorgesehen für das Betreten des Strandes, das heißt, man kann hier im Gegensatz zu Rauschen kostenlos baden.



Raffiniert gemacht: Promenade im samländischen Neukuhren Foto: Tschernyschew

MELDUNGEN

Orthodoxes Gymnasium

Königsberg – In der Pregelmetropole ist im Beisein des Metropoliten von Smolensk und Königsberg, Gundjajev Kyrill, der Grundstein zum ersten orthodoxen Gymnasium gelegt worden. Der Schulbau gehört samt Gottes- und Gemeindehaus zu einem Komplex, der sich seit April dieses Jahres im Bau befindet. Die Errichtung des Gebäudekomplexes, der den Namen Swjato-Jekaterininski tragen soll, erfolgt mit Mitteln der russisch-orthodoxen Kirche sowie Spenden, darunter eine Großspende eines größeren ortsansässigen Unternehmens.

Mehr Steuern

Königsberg – Ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland sind auch in der ostpreußischen Hauptstadt die Steuereinahmen höher als erwartet. Im ersten Quartal dieses Jahres betrug das Plus 87 Millionen Rubel. Der Stadtrat beschloß, daß die umgerechnet gut 2,5 Millionen Euro in den Gesundheits- und Bildungssektor fließen sollen.

Russen ehren Ernst Wiechert

Fortsetzung von Seite 15

dem heutigen Leiter des Baukollegs, Dr. Lazar Fukson, dem Dichter eine Heimstätte, einen Raum als Museum. Sem Simkin hat die Lyrik Wiecherts dem russischen Leser nahegebracht. Lidia Natjagan hat Wiecherts Lebenserinnerungen ins Russische übersetzt und arbeitet an einer weiteren Sammlung von Prosa-Texten. Die Mitglieder der deutschen ‚Wiechert-Familie‘ sind glücklich und dankbar für den Austausch mit den russischen Freunden.“

Im Anschluß daran dankte Behrend für die Einladung zur Teilnahme an den Feierlichkeiten zu Ehren Ernst Wiecherts. Er übermittelte die herzlichen Grüße der ehemaligen Hufengymnasiasten und wies darauf hin, daß er bereits vor zwölf Jahren, im Mai 1995, an der Einweihung des Gedenksteines für Ernst Wiechert anläßlich des 90. Gründungsjahres des Gymnasiums teilgenommen hatte. In dieser Aula hielt Wiechert 1929 vor den Abiturienten seine bekannte Abschiedsrede, die heute hoch aktuelle Bedeutung hat. Dort gab er den Absolventen auf den Weg:

„Es ist nicht nötig, daß es auf der Welt mehr Geld, mehr Schnellzüge, mehr Parteien und Weltanschauungen gibt. Aber es ist nötig, daß es etwas weniger Tränen auf der Welt gibt, etwas weniger Qualen. Wer in diesem Jahrhundert auf die Erde tritt, hat nicht dafür zu sorgen, daß die Gemeinschaft der Satten und Zufriedenen sich vermehre, sondern die Gemeinschaft der Erniedrigten und Beleidigten sich vermindere.“

Drei Tage später, am 120. Geburtstag Ernst Wiecherts selber versammelten sich am Vormittag in der Aula des Baukollegs Studenten, Dozenten und Vertreter der Öffentlichkeit. Der Direktor Dr. Fukson eröffnete das Treffen. In kurzen Ansprachen gedachten des Dichters und Pädagogen Wiechert der Dichter Simkin, die Kulturministerin des Gebietes Frau Peretjakani, Frau Aweresch, Kulturattaché des deutschen Generalkonsulats, ein Vertreter der Außenstelle des russischen Außenministeriums, der Kulturattaché des Generalkonsulats Litauens, der Direktor des Deutsch-Russischen Hauses, Dr. Peter Wunsch, und Behrend. Anschließend begaben sich die Anwesenden zum Gedenkstein für Ernst Wiechert neben dem Portal des Kollegs. Ein Musikstück, von einem Flötenterzett des Musikkollegs gespielt, erklang und Simkin sprach einige Worte des Gedenkens. Von Studenten und Gästen wurden dann Blumengestecke und viele Rosen am Gedenkstein niedergelegt. Der Direktor des Baukollegs bat nun alle Anwesenden zur Einweihung des Wiechert-Museums in das Kolleg. Nachdem von ihm, Simkin und mehreren Gästen ein rotes Band durchschnitten worden war, konnte das Museum betreten werden. Im Museum waren eine Büste Wiecherts und eine Reihe von Fotos aus seinem Leben, einige seiner Werke, ein Holzkästchen mit Erde aus dem Wald seines Geburtsortes und mehrere sehr interessante Zeichnungen und Bilder zu den Werken Wiecherts von der Künstlerin Tamara Tichonowa zu sehen. Auch zwei Bilder von ihren Schülerinnen (13 und 14 Jahre alt) wurden mit Freude betrachtet. Im Namen der ehemaligen Hufenschüler überreichte Behrend 20 Exemplare des Buches „Wälder und Menschen“ in russischer Sprache, eine Kopie von Wiecherts Schilderung seines letzten Besuches bei seinem Vater im Forsthaus Kleinort 1937 mit dem Titel „In der Heimat“. Außerdem übergab er eine Mappe mit der Originalbriefmarke, die zu Ehren von Wiechert anläßlich seines 50. Todestages im August 2000 in der Bundesrepublik erschienen war, sowie eine Broschüre über die Erinnerungen von Blanche Gaudenz an das Leben Wiecherts in der Schweiz von 1948 bis 1950. Der Direktor Fukson überreichte dann allen besonders aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Wiechertfeierlichkeiten Beteiligten wie Simkin, Natjagan, Tichonowa, Dr. Wunsch und Behrend individuell gehaltene Dankesurkunden sowie an Studenten Dankschreiben.

Am Abend fand im Deutsch-Russischen Haus ein Literatur- und Musikabend statt. Der Direktor des Hauses begrüßte herzlich die vielen Gäste im gefüllten Saal. Simkin rezitierte aus dem von ihm herausgegebenen Buch „Noch tönt mein Lied“ das Wiechert-Gedicht „Ein Kind hat geweint“. Danach sprach Natjagan, die für die Übersetzung der Autobiografie „Wälder und Menschen“ 2001 den Ernst-Wiechert-Preis erhielt, über einige Aspekte des Lebens und Schaffens des Dichters. Der Professor für Kunstgeschichte an der Kant-Universität Wladimir Gilmanow trug dann ein Essay zu Wiecherts „inneren Leitmotiven und Schicksalsschlägen“ für seine Arbeiten vor. Anschließend wurden von Musikern, Sängern und Schauspielern Lieder mit vertonten Gedichten Wiecherts gespielt und gesungen sowie mehrere Gedichte in deutscher oder russischer Sprache vorgetragen. Behrend dankte für die sehr gelungene Abendveranstaltung und wünschte allen Künstlern und Gästen weiterhin Erfolge in ihrer Arbeit im Sinne Wiecherts zur Festigung der Freundschaft zwischen russischen und deutschen Menschen. Der lyrisch-musikalische Abend wurde durch Simkin mit dem Gedicht „Was die Mutter für dich spinnt“ und einem Musikstück beendet. Der Direktor des Deutsch-Russischen Hauses lud dann alle Gäste der Veranstaltung zu einem Glas Wein und kleinem Imbiß ein. Am darauffolgenden Tag fand in der regionalen wissenschaftlichen Bibliothek noch eine Wiechert-Konferenz statt, an der Simkin und Prof. Gilmanow teilnahmen.

Das Fernsehen und die Zeitung „Kaliningrader Prawda“ berichteten in den darauffolgenden Tagen sehr lobend über die Jubiläumsveranstaltungen zu Ehren Ernst Wiecherts. *K. B.*

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,
heute geht es um die – gegenüber den großen Suchfragen – kleinen, aber nicht minder wichtigen Wünsche, von denen wohl manche auch nicht leicht zu erfüllen sind. Wie der von Herrn **Andreas Marecki** aus Dresden, der sich mit der „Poscheruner Mühle“ beschäftigt, jenem Ort, an dem im Dezember 1812 die denkwürdige Konvention von Tauroggen unterzeichnet wurde. Herr Marecki glaubt, daß es ein altes Ölgemälde von dieser Mühle gibt, in der Geschichte geschrieben wurde. Wer hat einen Hinweis, wo sich dieses Gemälde befindet oder in welchen Büchern farbige Abbildungen zu finden sind? Die Unterzeichner waren damals der russische General Diebisch-Sabalkansky und Preußens General York, dem ein Denkmal, der „Yorkstein“, in Tauroggen gesetzt wurde. Dieser Stein wurde von den Litauern als Musikerdenkmal „umgenagelt“. Wer weiß etwas über die Aktion und vor allem, wann sie erfolgte? (Andreas Marecki, Hermann-Schmitt-Platz 8 in 01259 Dresden.)

Auch die nächste Frage ist sehr schwierig. Sie führt allerdings in eine jüngere Zeit, die für die Älteren von uns noch lebendig ist, so daß es Zeitzeugen geben muß. Gestellt wird sie von Herrn Professor Dr. med. **J. Rüdiger Döhler**, Chefarzt der Klinik Plau am See. Sie betrifft den früheren Präsidenten des Oberlandesgerichts Königsberg, Dr. **Friedrich Ernst Max Dräger**, * 18. Januar 1885 in Marienburg, Westpreußen, der 1944 hingerichtet wurde. Über den Hintergrund und die Umstände seines Todes hat Herr Professor Döhler bisher nichts ermitteln können, obwohl er die in Frage kommenden Archive durchsucht hat. Es sind nur die beruflichen Stationen des Juristen angegeben, aber nichts über sein Ende. Von 1935 bis 1931 war Dr. Dräger Präsident des Landgerichts Duisburg, hier sind im Augenblick Nachforschungen im Gange, die aber wohl auch nicht weiterführen werden. Ich glaube, daß wir aus dem Kreis unserer Leserschaft authentische Informationen über den Tod des ehemaligen Präsidenten oder Hinweise auf brauchbare Quellen erwarten können. (Zuschriften sind zu richten an Herrn Prof. Dr. J. R. Döhler, FRCSEd, Chefarzt Klinikum Plau am See, Quetziner Straße 88 in 19395 Plau am See. Telefon (03 81 35) 8 13 21. Fax (03 87 35) 8 71 22, E-Mail: doehler@plau.mediclin.de)

Immer wieder treffen bei uns Suchwünsche nach den Büchern des dänischen Schriftstellers **Arne Gammelgaard** ein, in denen er die Internierung der deutschen Flüchtlinge in Dänemark 1945 bis 1948 behandelt, so auch jetzt von Frau **Eva Doese** aus Kiel, die das Buch „Treibholz“ sucht. Sie besitzt zu ihrem Bedauern keines der Bücher von Gammelgaard, möchte aber das genannte gerne für ihre Enkelkinder erwerben. Vielleicht befindet es sich noch im Besitz eines Lesers oder einer Leserin, die sich von ihm trennen könnten – so hofft Frau Doese, und wir glauben, daß sich ihr Wunsch erfüllen wird. (Eva Doese, Franziusallee 204 in 24148 Kiel, Telefon 04 31 / 72 47 85, E-Mail: edroese@arcor.de)

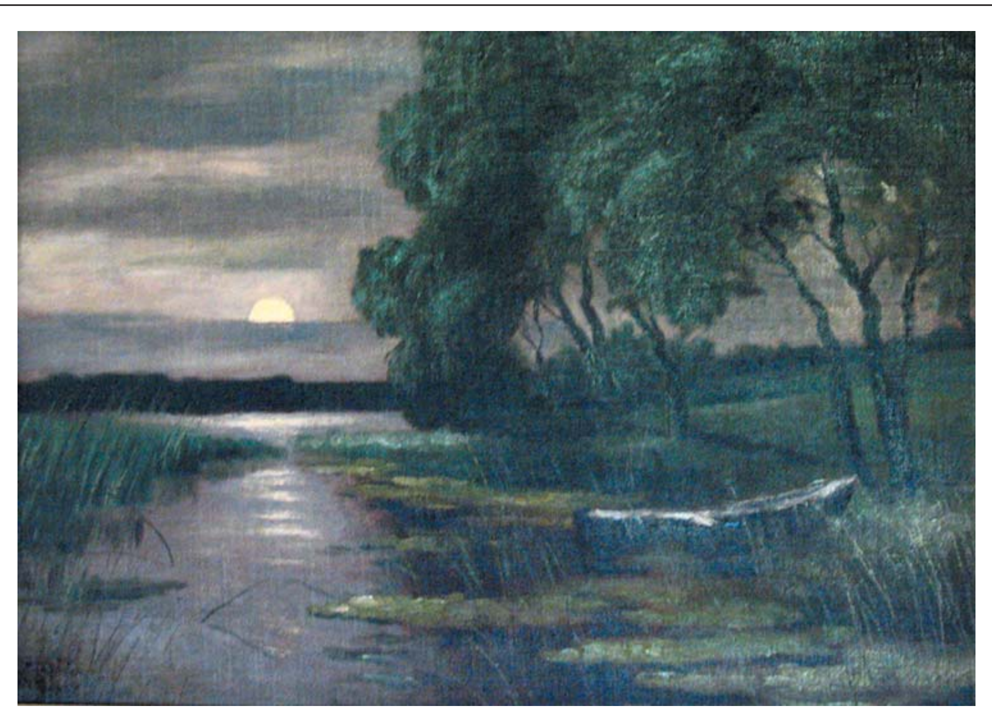
Manche Fragen sind, obgleich sie leicht erscheinen, doch schwer zu erfüllen – und das liegt an den ostpreußischen Ortsnamen, vor allem an denen, die 1938 oder auch schon früher geändert wurden. Selbst diejenigen, die noch in der Heimat geboren wurden und dort aufgewachsen sind, kommen damit schwer zurecht, erst recht die Kinder und Enkel. So mußte ich bei der Frage, die Frau **Ricarda Schneidereit** nach des Kindheit ihres Mannes stellt, doch verschiedene Möglichkeiten in Betracht ziehen. **Helmut** Schneidereit, * 26. August 1936 in Tilsit, lebte mit seinen Eltern **Franz** Schneidereit und **Martha** geborene **Naujoks**, in dem Haus Oberst-Hoffmann-Straße / Ecke Gartenstraße in Tilsit. Etwa zwei Jahre lang besuchte er die Herzog-Albrecht-Schule. Er kann sich erinnern, daß er oft mit seiner Mutter nach Wiesenfelde fuhr, wo sie Verwandte, die Geschwister **Wilhelm** und **Martha Augat**, besuchten, die einen zirka 60 Morgen großen Hof besaßen. Im Spätsommer 1944 kamen aus südlicher Richtung Verwandte, die ihren Besitz, eine Molkerei, verlassen hatten. Die Tante hieß **Lydia**, die damals etwa 15 Jahre alte Tochter **Ute**. Wiesenfelde – so schreibt Frau Schneidereit – kann nicht sehr weit von Tilsit entfernt gewesen sein, da man nachts die Feuer von den Bombenangriffen auf die Stadt sehen konnte. Ihr Mann erinnert sich, daß die Fahrzeit mit dem Zug eine Stunde dauerte. Nun ergibt sich aber folgendes: Man findet in ganz Ostpreußen nur einen Ort mit Namen Wiesenfelde, und der liegt im Kreis Treuburg. Der Ortsname Wiesenfeld ist zweimal vorhanden, im Kreis Neidenburg und im Kreis Tilsit-Ragnit, aber bei letzterem handelt es sich lediglich um einen großen Hof, etwa 33 Kilometer südöstlich von Tilsit gelegen, früherer Name Eszerninken. Die Fahrtzeit dürfte hinkommen, die Bahnstation ist nicht bekannt, das zuständige Kirchspiel war Altenkirch. Und dann bekam ich die Gewißheit, daß es sich tatsächlich um den gesuchten Namen handeln mußte, denn im „Niekammer“, dem ostpreußischen Güterverzeichnis, fand ich als Besitzer einen **Heinrich Naujoks** – und das ist ja der Geburtsname von Herrn Schneidereits Mutter. „Bingo“ würden meine Enkel sagen. Ob sich allerdings noch Landsleute finden, die etwas über dieses Wiesenfeld berichten könnten, ist zu bezweifeln, denn bei Kriegsende betrug die Einwohnerzahl noch nicht einmal 80! Kein Wunder, daß das Ehepaar Schneidereit bei mehreren Besuchen in Ostpreußen vergeblich nach dem vermeintlichen „Wiesenfelde“ gesucht hat, das wahrscheinlich von der Landkarte ausgelöscht wurde, denn ein russischer Name ist nicht bekannt. Auf der Flucht kamen Mutter und Sohn dann nach Blankenau, der Bahnhof hieß „Underwangen“ – so die Angaben –, aber es ist natürlich Uderwangen im Kreis Pr. Eylau. Und ungenau ist auch der Name des Gutes, auf dem sie unterkamen: Lindenau – aber entweder gibt es da eine Verwechslung mit Linkenau oder mit Gr. Lindenau, aber das liegt schon wieder nördlicher im Kreis Samland. (Und das kenne ich nur zu gut, weil ich als dreijährige Marjell auf dem Hof meines Nennonkels **Karl Leckies** in einen eisernen Topf mit kochendem Wasser gesprungen war, der zum Abkühlen auf dem Küchenboden stand! Ich behaupte, daß meine Füße mir das noch heute übel nehmen) Schlußpunkt: Wer etwas über die Orte sagen kann, wer sich an die genannten Personen erinnert, schreibe bitte an Frau Ricarda Schneidereit, Habichtweg 1 in 58256 Ennepetal.

Die nächste Frage wird schwieriger zu lösen sein, denn es geht um ein Bild, vielmehr um den Maler, der es geschaffen hat. Frau **Sabine Crone** fragt danach, denn es ist nicht nur in ihrem Besitz, es fasziniert sie auch als leidenschaftliche Märchenerzählerin, die sich besonders des ostpreußischen Sagenguts angenommen hat und es auf fesselnde Weise interpretiert. Viele Seminarteilnehmer im Ostheim in Bad Pyrmont und anderswo haben sie schon auf den Märchenabenden erlebt, die sie gemeinsam mit ihrem Mann veranstaltet. Nun zum Bild, das aus einem ostpreußischen Nachlaß stammt und ein halbes Jahrhundert lang auf dem Dachboden von Frau Crones Schwiegereltern unbeachtet stand, bis das Ehepaar es entdeckte. Es wurde aufwendig restauriert und gerahmt und hat nun einem Ehrenplatz in ihrem Haus. Aber – wer ist der Maler? Zwar ist das Bild signiert, doch der Namenszug ist trotz sorgfältiger Reinigung unleserlich geblieben. Wir konnten ihn auch nicht enträtseln, und unsere Leserschaft wird es auch nicht können. Aber vielleicht können Freunde der bildenden Kunst aufgrund der Maltechnik und des Sujets, das zweifellos ein ostpreußisches ist, es einem Künstler zuordnen oder einen Hinweis geben. Es ist wirklich ein sehr schönes Bild, es atmet den stillen Zauber unserer heimatlichen Seenlandschaft, und man kann verstehen, daß das Ehepaar Crone sich jeden Tag an seinem Anblick erfreut. Für Hinweise wäre sie sehr dankbar. (Sabine Crone, Schützenstraße 20 in 31688 Nienstädt, Telefon 0 57 21 / 8 23 11.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



Wer kennt den Maler dieses Bildes? Es stammt aus einem ostpreußischen Nachlaß und stand ein halbes Jahrhundert lang auf einem Dachboden. Foto: privat

Ruth Geede Foto: privat



ZUM 99. GEBURTSTAG

Bieber, Betty, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Schillerstraße 23, 69214 Eppelheim, am 9. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Warich, Auguste, geb. **Engelberg**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Schöntal 3, 42655 Solingen, am 11. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Koch, Karl-Heinz, aus Wehlau, jetzt Am Weingarten 35, 49545 Tecklenburg, am 9. Juli

Schemmerling, Elisabeth, geb. **Bohlien**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Pfarrer-Reiff-Straße 23, 52441 Linnich / Wels, am 9. Juli

Seidel, Ottilie, aus Lötzen, jetzt Marklissaweg 3, 31224 Peine / Woltorf, am 9. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Janz, Herta, geb. **Böttcher**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, jetzt Königsberger Straße 15, 21683 Stade, am 10. Juli

Maak, Else, aus Eichhorn, Kreis Preußisch Eylau, jetzt Pflegeheim, 54568 Gerolstein, am 7. Juli

Schmitz, Antonie, geb. **von Wanserski**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Am Frankenberg 34, App. 105, 21077 Hamburg, am 8. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Lison, Helene, geb. **Schöntaub**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Einsteinstraße 3, 17036 Neubrandenburg, am 9. Juli

Markschat, Elisabeth, geb. **Sahm**, aus Wehlau, jetzt Buchenweg 28, 40723 Hilden, am 14. Juli

Rossmeier, Erika, geb. **Stamm**, aus Aulenbach, Kreis Insterburg, jetzt Ripdorfer Straße 23, 29525 Uelzen, am 29. Juni

Schlopies, Käthe, geb. **Sontowki**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Friedrich-Karl-Straße 27, 67655 Kaiserslautern, am 12. Juli

Tetzlaff, Werner, aus Königsberg, am Fließ 16 A, jetzt Büchener Weg 8 A, Haus 2, Zimmer 20, 21481 Lauenburg, am 10. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kuhn, Kurt, aus Reichenbach, jetzt Große Straße 81, 28870 Ottersberg, am 10. Juli

Vogel, Emma, geb. **Janz**, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, jetzt Im Sieleitfeld 9, 29459 Clenze, am 13. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Schorsch, Marianne, geb. **Fengler**, aus Milken, Kreis Lötzen, jetzt Friedrich-Lau-Straße 27, Altenheim Terstegenhaus, 40474 Düsseldorf, am 10. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Goettner, Lydia, geb. **Parakenings**, aus Demmen, Kreis Elchniederung, jetzt Idsteiner Straße 111, Antoniusheim, Zi. 314, 65193 Wiesbaden, am 10. Juli

Hollack, Lieselotte, geb. **Preuß**, aus Lyck, jetzt Thüringer Straße 31, 27749 Delmenhorst, am 10. Juli

Pahl, Elfriede, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Aalbergstraße 2, 24768 Rendsburg, am 10. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Echtner, Hedwig, geb. **Treziak**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Schloßbergerstraße 25, 40789 Monheim, am 11. Juli

Fortunewitz, Fritz, aus Maschen, Kreis Lyck, jetzt WSF-Wohn- und Seniorenzentrum, Am Harzberg 29, 04654 Frohburg, am 12. Juli

Gelberg, Gisela, geb. **Meyhöfer**, aus Wehlau, jetzt Birkenstraße 40, 40233 Düsseldorf, am 10. Juli

Heustädter, Frieda, geb. **Labeth**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Jorckstraße 36, 44536 Lünen, am 10. Juli

Hornke, Ida, geb. **Schlicht**, verw. **Möhrke**, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Bohldamm 35, 29525 Uelzen, am 13. Juli

Lukat, Helene, geb. **Lukat**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, jetzt Mühlenstraße 12, 12247 Berlin, am 14. Juli

Nendza, Gertrud, geb. **Samsel**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Kohlenstraße 54, 45289 Essen, am 9. Juli

Roweck, Johanna, aus Aulacken, Kreis Lyck, jetzt Freiherr-vom-Stein-Straße 23, 58762 Altena, am 13. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bartsch, Ernst, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Hauptstraße 5, 5302 Henndorf / Salzburg, Österreich, am 9. Juli

Behrendt, Hedwig, geb. **Zich**, aus Wehlau, jetzt Fichtenstraße 3, 58332 Schwelm, am 10. Juli

Lange, Hildegard, geb. **Nowotzyn**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Schinderköpfchen 5, 37431 Bad Lauterberg, am 20. Juni

Lißek, Elisabeth, geb. **Schmeling**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, jetzt Widukindstraße 2, Pflegeheim, 49456 Bakum, am 13. Juli

Schnetzer, Edelgard, geb. **Friedrich**, aus Davidshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Prieserstraße 8, Seniorenstift, 95447 Bayreuth, am 12. Juli

Wandt, Gisela, aus Ortelsburg, jetzt Frankenstraße 25, 74199 Untergruppenbach, am 9. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bernicke, Ingeborg, geb. **Jopp**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, jetzt Henriette-Herz-Ring 17, 21035 Hamburg, am 9. Juli

Boje, Elisabeth, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, jetzt Helgoländer Straße 41, 25746 Heide, am 15. Juli

Brzoska, Heinrich, aus Preussenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Rollkamp 8, 33699 Bielefeld, am 9. Juli

Büchner, Wanda, geb. **Gudat**, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Gravenbruchstraße 39, 63303 Dreieich, am 10. Juli

Dyga, Willi Walter, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hohenlaienstraße 37, 72406 Bisingen, am 14. Juli

Goldack, Else, aus Rainfeld, Kreis Lötzen, jetzt Isestraße 66, 20149 Hamburg, am 12. Juli

Heidel, Siegfried, aus Salpen, Kreis Angerburg, jetzt Alte Brückenstraße 1 C, 74821 Mosbach, am 9. Juli

Hopf, Anna, geb. **Kaminski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Hochstraße 21, 14770 Brandenburg, am 12. Juli

Johnston, Eva-Margret, geb. **Krause**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Tilehurst Reading Berks., RG 31, 6JJ, 42 Dunley Close, GB, am 12. Juli

Kopka, Horst, aus Ortelsburg, jetzt Merseburger Straße 113, 06112 Halle, am 10. Juli

Korth, Herbert, aus Unter-Eisseln-Abbau, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Paul-Müller-Straße 27, 09599 Freiberg, am 9. Juli

Krokowski, Marta, aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, jetzt Rahlstedter Straße 2, 19057 Schwerin, am 13. Juli

Lork, Willi, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Wichernstraße 22, 63477 Maintal, am 4. Juli

Luckau, Willi, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, jetzt Karl-Lachmann-Straße 4, 60435 Frankfurt, am 14. Juli

Marenski, Heinz, aus Ortelsburg, jetzt Ernst-Derra-Straße 69, 40225 Düsseldorf, am 13. Juni

Modergger, Fritz, aus Damerau, Kreis Ebenrode, jetzt Leipziger Straße 33, 45145 Essen, am 14. Juli

Müller, Gertrud, geb. **Anspreiksch**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, jetzt Idsteiner Straße 50, 60326 Frankfurt, am 11. Juli

Naggies, Walter, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Rheydter Straße 28, 41515 Grevenbroich, am 12. Juli

Pitow, Walter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Schönrathstraße 93, 52066 Aachen, am 10. Juli

Pohl, Friedrich, aus Ortelsburg, jetzt Externest 2, 44892 Bochum, am 11. Juli

Rutkowski, Heinz, aus Neidenburg, jetzt Charles-Ross-Ring 66, 24106 Kiel, am 1. Juli

Schieback, Liesbeth, geb. **Preßmann**, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, jetzt Monheimsallee 13, 52062 Aachen, am 14. Juli

Schwarz, Helmut, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Allensteiner Weg 38, 24161 Altenholz, am 7. Juli

Strehl, Bruno, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt Borbet 21, 58513 Lüdenscheid, am 12. Juli

Wendt, Frieda, geb. **Wegner**, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, jetzt Hillerser Straße 8, 37176 Nörten-Hardenberg, am 9. Juli

Wiehler, Marie, geb. **Lenzig**, aus Weissuhnen, Kreis Johannisburg, jetzt Hauptstraße 36, 30974 Wennigsen, am 1. Juli

Wierutsch, Anny, geb. **Tyszak**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, jetzt Tannenstraße 77, 46240 Bottrop, am 11. Juli

Zerkowski, Norbert, aus Lyck, Am Rathaus 2, jetzt Wengertsberg Weg 10, 63928 Eichenbühl, am 15. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Becker, Günter, aus Treuburg, jetzt Ammerweg 5, 33102 Paderborn, am 14. Juli

Benzin, Hildegard, geb. **Kubat**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, jetzt Fuhrberger Straße 219, 29225 Celle, am 15. Juli

Blank, Erich, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Bahnhofstraße 42, 91154 Roth, am 14. Juli

Bluschke, Roswitha, geb. **Fischer**, aus Gumbinnen, jetzt Barbyer Straße 48 B, 39240 Calbe, am 10. Juli

Bochinski, Willi, aus Kannwiesen, Kreis Ortelsburg, jetzt Sedanstraße 26, 45897 Gelsenkirchen, am 10. Juli

Bojarzin, Bruno, aus Großheidenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Ruselerweg 28, 21033 Hamburg, am 11. Juli

Bolz, Werner, aus Paulehnen, Kreis Mohrungen, jetzt Windmühlenstraße 4, 31832 Springe- Völksen, am 12. Juli

Braese, Heinz, aus Reichenstein, Kreis Lötzen, jetzt Steinwaldstraße 8, 92637 Weiden, am 11. Juli

Delkus, Erna, geb. **Froese**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Dickebank 46, 45259 Essen, am 11. Juli

Dempki, Christel, geb. **Pillath**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Waldstraße 12, 77767 Appenweier, am 12. Juli

Franzen, Ilse, geb. **Kuhn**, aus Kupgallen und Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Lienertstraße 24, 28876 Oyten, am 11. Juli

Gelbke, Ruth, geb. **Leyk**, aus Ortelsburg, jetzt Borussiastraße 39, 12099 Berlin, am 12. Juli

Gosdzinski, Helmut, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Falknerstraße 10, 45699 Herten, am 13. Juli

Hofmeister, Dietrich, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Sandkrug 34, 24143 Kiel, am 15. Juli

Horn, Marta, geb. **Clemens**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, jetzt Ernst-Schneller-Straße 18, 14974 Ludwigsfelde, am 11. Juli

Hundsdörfer, Helmut, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, jetzt Waldstraße 49, 72116 Mössingen, am 12. Juli

Hynek, Waltraud, geb. **Galonska**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, jetzt Treburger Straße 51, 64546 Mörfelden, am 15. Juli

Janz, Erwin, aus Warschfelde, Kreis Elchniederung, jetzt Raabestraße 40, 45525 Hattingen, am 14. Juli

Jöhnk, Gertrud, geb. Grünberg, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, jetzt Elisabethstraße 43, 24143 Kiel, am 10. Juli

Kinast, Ursula, geb. **Krause**, aus Königsberg, jetzt Brockkamp 11, 23758 Göhl, am 11. Juli

Knopp, Helga, geb. **Ulonska**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, jetzt Groß-Ziethener Chaussee 19, 12355 Berlin, am 6. Juli

Krieger, Ursula, geb. **Sindakowski**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Hainbuchenstraße 48, 13465 Berlin, am 10. Juli

Kuczinski, Heinz, aus Röbel, Kreis Treuburg, jetzt Große Horststraße 10, 67122 Altrip, am 14. Juli

Laurien, Heinz, aus Seeben, Kreis Neidenburg, jetzt Schützenstraße 17, 49740 Haselünne, am 3. Juli

Liedström, Dorothea, geb. **Lohrenz**, aus Treuburg, jetzt Bokvägen 13 A, 29143 Kirstianstad, Schweden, am 9. Juli

Lindemann, Waltraut, geb. **Kazenski**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Ginsterweg 8, 42549 Velbert, am 9. Juli

Lyhs, Prof. Dr. Lothar, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, jetzt Feldrain 3, 12623 Berlin, am 10. Juli

Marold, Hans, aus Damerau, Kreis Ebenrode, jetzt Brandheide 24, 32469 Petershagen, am 9. Juli

Mikoleit, Helmut, aus Tilsit, Kaltecken 12, jetzt Mittelweg 10, 25368 Kiebitzreihe, am 11. Juli

Ostrowski, Helene, geb. **Schaak**, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, jetzt Heidebrink 17, 31655 Stadthagen, am 10. Juli

Piechottka, Hiltrud, geb. **Reh**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, jetzt Seniorenresidenz Alter Posthof, Posthofstraße 5, 24321 Lütjenburg, am 11. Juli

Reinelt, Hildegard, geb. **Hübner**, aus Treuburg, jetzt Am Steinberg 3, 52222 Stolberg, am 10. Juli

Schäfer, Eckart, aus Markau / Buttken, Kreis Treuburg, jetzt Grebenstraße 26, 34233 Fuldatal, am 15. Juli

Scholz, Inge, geb. **Fast**, aus Lötzen, jetzt Esskamp 13, 26127 Oldenburg, am 9. Juli

Schröder, Christel, geb. **Schwendtuer**, aus Tilsit-Ragnit, jetzt Dorfstraße 3, 39590 Langensalzwedel, am 14. Juli

Schummek, Gertrud, geb. **Nowitzki**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, jetzt Im Wambeck 19, 31061 Alfeld, am 15. Juli

Schwenkler, Margarete, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Weststraße 24, 14943 Luckenwalde, am 13. Juli

Senff, Walter, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Knappenberg 6, 25774 Lunden, am 10. Juli

Sillus, Gerhard, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, jetzt Am Berns'schen Hof 24, 47226 Duisburg, am 11. Juli

Stolz, Edith, geb. **Borawski**, aus Rosensee, Kreis Johannisburg, jetzt Steinstraße 37, 39218 Schönebeck, am 12. Juli

Wischniewski, Irmgard, geb. **Olschewski**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Wittenberger Straße 3, 45891 Gelsenkirchen, am 8. Juli

Witte, Christel, geb. **Gerkau**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Geibelstraße 2, 32105 Bad Salzuflen, am 10. Juli

Wunderlich, Irmgard, aus Kreis Angerburg, jetzt Reginastraße 14, 34119 Kassel, am 12. Juli



Tilitzski, Fritz und Frau Anneliese, aus Ostseebad Cranz, jetzt Schulstraße 14, 24376 Kappeln, am 8. Juni

Geschichtsseminar

Bad Pyrmont – „Ostpreußen im Zeitalter Napoleons" ist Thema des diesjährigen Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen vom 28. bis 30. September 2007 im Ostheim in Bad Pyrmont. Auf dem Programm der von Dr. Sebastian Husen geleiteten Wochenendveranstaltung stehen Vorträge über Napoleon in Ostpreußen und die Schlacht bei Pr. Eylau, über den Frieden von Tilsit, über die Konvention von Tauroggen und die Erhebung der ostpreußischen Landstände, sowie über Königin Luise, Theodor von Hippel d. J. und den Heerführer Graf Bülow v. Dennewitz. Referieren werden unter anderem Ruth Geede, Dr. Roman Gogan, Dr. Heinrich Lange, Horst Mertineit, Dr. Manuel Ruoff und Sabine Siegert. Die Seminargebühr beträgt 80 Euro. Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer sind frei. Einzelzimmer stehen nur in beschränktem Umfang zur Verfügung. Anmeldung und nähere Informationen bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Bärbel Petereit, Parkallee 86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 26; Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: petereit@ostpreussen.de

Kulturseminar

Bad Pyrmont – Unter der Leitung von Lars Karrasch findet vom 27. bis 29. August 2007 im Ostheim in Bad Pyrmont ein Seminar zum Thema Musikkultur in Ostpreußen statt. Die Veranstaltung richtet sich an Menschen, die sich für das ostpreußische Volkslied interessieren und gerne singen. Die Seminargebühr beträgt 40 Euro. Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer sind frei. Einzelzimmer stehen nur in beschränktem Umfang zur Verfügung. Anmeldeunterlagen und nähere Informationen bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Sebastian Husen, Parkallee 86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 23, Fax (0 40) 41 40 08 19; E-Mail: husen@ostpreussen.de

Veranstaltungskalender der Landsmannschaft Ostpreußen

24. bis 26. Juli: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont.
28. bis 30. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
16. bis 22. Oktober: 53. Werkwoche in Bad Pyrmont.
26. bis 28. Oktober: Seminar der Schriftleiter in Bad Pyrmont.
3. / 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont.
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Nähere Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 26. Auf die einzelnen Veranstaltungen wird in der Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt *noch gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 7. Juli, 20.10 Uhr, n-tv: Die Reichskristallnacht.

Sonnabend, 7. Juli, 20.15 Uhr, Pro7: Eine unbequeme Wahrheit.

Sonntag, 8. Juli, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Mittwoch, 11. Juli, 20.05 Uhr, N24: Das letzte Gefecht der Bismarck.

Mittwoch, 11. Juli, 22.45 Uhr, ARD: Die Hardliner des Herrn – Christliche Fundamentalisten in Deutschland.

Freitag, 13. Juli, 20.10 Uhr, n-tv: Silber für Stalin.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vors.: Jochen Zauner Geschäftsstelle: Parkallee 86, 20144 Hamburg, Tel. (0 40) 41 40 08 24, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: knapstein@gmx.de

BJO – Sonntag, 8. Juli, 11 Uhr, der BJO beteiligt sich am Kleinen Ostpreußentreffen auf Schloß Burg bei Solingen mit einem Informationsstand und seinem beliebten Café Lorbaß. Beginn: 11 Uhr. Weitere Informationen: www.kleines-ostpreussen-treffen.de.vu



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (07 11) 6 33 69 80

Reutlingen – Sonnabend, 7. Juli, 7 Uhr, Jahresausflug der Gruppe nach Bad Mergentheim und Rothenburg o. T. . Die Abfahrt erfolgt ab Alter Omnibusbahnhof.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Ansbach – Sonnabend, 21. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Orangerie". Es gibt einen Reisebericht über die Fahrt ins Ermland und nach Masuren.

Augsburg – Mittwoch, 11. Juli, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe am „Q-See". – Sonntag, 15. Juli, 7.15 Uhr, Treffen der Gruppe am Justizgebäude. Abfahrt zum Sommerausflug nach Landshut.

Landshut – Dienstag, 17. Juli, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Insel".

Memmingen – Mittwoch, 18. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Weißes Roß.

München Nord / Süd – Sonnabend, 21. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Irene Müller referiert zum Thema „Der richtige Service für ihre Gelenke – Gelenkbeschwerden, eine Volkskrankheit". Gemeinsame Kaffeetafel.

Starnberg – Mittwoch, 18. Juli, 8 Uhr, Fahrt nach Oberschleißheim (dort unter anderem Schloßführung, Besuch des Luftfahrtmuseums). Abfahrt erfolgt ab Starnberg-Seebahnhof.

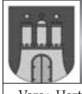
Weiden – Die Mitglieder und Freunde der Gruppe trafen sich zum beliebten Gartenfest bei Familie Uschald. Duftender frischer Kaffee von Kulturwartin Renate Poweleit zubereitet und ein reichhaltiges Kuchenbuffet verwöhnten die Anwesenden bereits am Nachmittag. Der 1. Vorsitzende, Hans Poweleit, bedankte sich bei allen Helferinnen und Helfern. Besonders bei den Damen Hilde Wendt, Anita Putz, Anita Uschald und Ingrid Uschald für das Backen n von Kuchenspezialitäten. Am Abend sorgten Hans Poweleit, Adolf Uschald und der Zweite Vorsitzende Norbert Uschald dafür, daß die Gäste auch mit Grillspezialitäten verwöhnt wurden. Verschiedene Salate und Getränke rundeten den kulinarischen Reigen ab. Das Gartenfest war damit auch in diesem Jahr wieder der gesellige Höhepunkt im Vereinsjahr. Nach einem gemeinsamen Lied verabschiedeten sich die Gäste in die Sommerpause.



BREMEN

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremen – Dienstag, 11. Juli, 14 Uhr, Treffen der Wandergruppe beim Roten Turm auf der Domsheide. Informationen bei Frau Kunz, Telefon 47 18 74. – Donnerstag, 19. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Hotel Westfalia. Die Geschäftsstelle der Gruppe erreichen Sie in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (04 21) 3 46 97 18.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Telefon / Fax (0 40) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 18. August, 8 Uhr, Berlinfahrt des LvD zum „Tag der Heimat", dort Teilnahme am Festakt des BdV im Internationalen Congress Centrum. Außerdem stehen eine alternative Berlinrundfahrt sowie ein Sekt- und Kaffeeumtrunk sowie ein Imbiß auf dem Programm. Ankunft in Hamburg gegen 22.45 Uhr. Anmeldungen von 10 bis 14 Uhr, in der Geschäftsstelle, Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Telefon und Fax (0 40) 34 63 59. Eine Anzahlung von 10 Euro ist in der Geschäftsstelle oder per Überweisung (LvD, Konto: 1315 / 124 618, BLZ: 200 505 00, Hamburger Sparkasse, Stichwort „Berlinfahrt, 18. August") zu leisten.

HEIMATKREISGRUPPEN



Königsberg – Sonnabend, 13. und Sonntag, 14. Oktober, Großes Königsberger Treffen in den Mozartsälen im Logenhaus am Dammtorbahnhof, Hamburg.



Sensburg – Sonntag, 8. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Es soll gegrillt werden. Anmeldungen bis zum 2. Juli unbedingt erforderlich bei Kurt Budszuhn, Telefon (0 41 01) 7 27 67. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPEN

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 30. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis „Waldquelle). Thema: „Ernte (Aust) in Ost- und Westpreußen".



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Bergstraße – Sonntag, 29. Juli, 8 Uhr, Tagesfahrt der Gruppe in den Hessenpark, Neu-Ansbach, und eine Führung durch das Kloster Altenberg bei Wetzlar. Kosten für die Busfahrt, Eintritt zum Hessenpark und die Konzertteilnahme kosten 31 Euro. Ein Mittagessen ist in Neu-Anspach vorgesehen. Abfahrt 8 Uhr, Bensheim-Busbahnhof, 8.15 Uhr, Heppenheim Stadion. Anmeldungen bitte umgehend an Hans-Ulrich Karalus, Telefon (0 62 52) 7 35 25, oder Elke Schuster, Telefon (0 62 51) 6 56 79.

Darmstadt – Zum Diavortrag hatten die Vorsitzenden eingeladen. Zunächst berichtete Erwin Balduhn in humorvoller Weise „das Schönste zum heutigen Tage". Gerhard Turowski sprach besinnliche Worte und Anni Oest gab den Geburtstagskindern ein „Rezept für ein neues Lebensjahr" mit. Dieter Leitners Diavortrag über Schiffe auf Siegeln aus der Hansezeit wurde mit Interesse aufgenommen. Er zeigte Siegel aus dem Ostseeraum von Kiel bis Elbing, wobei Danzigs Siegel einen großen Raum einnahmen. Er berichtete von der Bedeutung der Siegel im Mittelalter, den verschiedenen Formen und Farben, den Typaren und den Abdrucken in Bienenwachs oder Siegellack. Bedeutende Verträge wurden mit dem großen Siegel versehen. Weniger bedeutende Vorgänge erhielten einen Abdruck des kleinen Siegels. Es gab noch Sekretsiegel für wichtige „Geheimsachen". Der Deutsche Kaiser verlieh das Recht, mit rotem Wachs zu siegeln. Die Seestädte nahmen sich dieses Recht selbst. Bürgermeister und Rat in Wismar, Stralsund und Danzig und andere ließen ihre großen Siegel in rotem Wachs an den Urkunden befestigen. Flaggen und Stadtwappen wurden auf den Siegel von Danzig und Elbing an die Kastelle oder die Bordwand gesetzt. Leitner zeigte auch ein Danziger Guldenstück. Der verdienstvolle Danziger Oberbaurat Erich Vollmar hatte seine Entwürfe dem großen Danziger Siegel von 1299 angeglichen und dabei auch den „Glücksstern" nicht vergessen. Er erscheint auch auf dem Zehn-Gulden-Stück mit dem Rechtstädtischen Rathaus. Zwei weitere Siegel wurden nicht vorgestellt, die keine Schiffe zeigten. Danzig ist wie Königsberg aus drei Städten zusammengewachsen. Die Siegel der Rechtstadt tragen alle Schiffsabbildungen. Zum Abschluß zeigte Gerhard Schröder noch einige Dias von der Frischen Nehrung, Frauenburg, Insterburg, Hohensalzburg, Ragnitz, Memel und dem aufstrebenden Cranz. Bisher wurde es gegenüber Rauschen sehr vernachlässigt. Jetzt wird das Zentrum renoviert.

Gießen – Die Vorsitzende Erika Schmidt hielt einen Vortrag über die Kurische Nehrung auf der letzten Zusammenkunft vor den Ferien. Die 98 Kilometer lange Fahrstrecke von Cranz bis Memel hat eine Fülle von Überraschungen. So mißt die schmalste Stelle bei Sarkau nur rund 400 Meter und ihre größte Breite nach Nidden vier Kilometer. Die jährliche Dünenwanderung liegt zwischen zwei bis acht Meter und hat in den Jahren von 1569 bis 1839 bereits acht Dörfer unter sich begraben. Von den noch vorhandenen neun Nehrungsdörfern ist besonders Rossitten zu nennen, wegen des Segelfluges und der Vogelwarte. Nidden ist ein beliebter Ferienort, der durch die „Hohe Düne" mit ihren 63 Metern und seine kleine Hafenanlage besticht. Im Dorfkrug gibt es eine sagenhafte Fensterscheide, in welche Königin Luise mit einem Diamanten ihres Ringes den Goethevers eingeritzt haben soll: „Wer nie sein Brot mit Tränen aß ..." Auch war Nidden ein beliebter Ort für Künstler, wie zum Beispiel für Pechstein, Birnstengel, Mollenhauer, Lovis Corinth oder Thomas Mann, die hier ein Ferienhaus hatten. Bei Schwarzort hat man Bernstein abgebaut. Die Nehrungsdörfer mit ihren schilfgedeckten Fischerkarten bestimmen nach wie vor das Landschaftsbild. Und während die Fischer hinausfahren, räuchern und verkaufen die Frauen den Fisch. Ein Gedenkkreuz, versehen mit Namen derer die auf See gebliebenen sind. steht auf dem Fredhof, und erinnert an die rauhe Arbeit der Fischer.

Wetzlar – Sonnabend, 7. Juli, sind die Mitglieder der Gruppe zum Grillen in Kröffelbach eingeladen.

Wiesbaden – Sonnabend, 21. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Kleingartenverein am Wasserwerk, Erbenheim, zum Sommergartenfest. Wer am Grill-Essen und an der Kaffeetafel teilnehmen möchte, melde sich bitte bis zum 13. Juli bei Familie Schetat, Telefon (0 61 22) 1 53 58, an. Die Veranstaltung findet bei jeder Witterung statt, da genügend überdachte Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vors.: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (0 39 71) 24 56 88

Güstrow – Sonntag, 5. August, 12 Uhr, 11. Ermländer-Treffen in der St.-Mariä-Himmelfahrt-Kirche in Güstrow, Grüne Straße 23-25 (Nähe Bahnhof). Dazu sind alle Ermländer mit Angehörigen sehr herzlich nach Güstrow eingeladen. Beginn ist um 12 Uhr mit der heiligen Messe. Im Gemeindehaus

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Anzeigen



Ganz weit draußen am Ende des Regenbogens werde ich auf dich warten, und wenn du dann endlich kommst, werde ich sitzen bleiben mit verschränkten Armen über meinen Knien, damit du nicht zu früh erfährst, mit welcher Sehnsucht ich dich erwartet habe.

Marita Duckwitz geb. Drescher

* 7. Juli 1937 † 1. Juni 2007

Wir vermissen sie unendlich.

Birgit Lasar geb. Duckwitz und Torsten Lasar mit Noël
Ragna Duckwitz und Marc Brosig
Walter Drescher und Familie
und alle Anverwandten

Auf ihren Wunsch hin bitten wir anstelle zugedachter Blumen und Kränze um eine Spende für die Stiftung Deutsche KinderKrebshilfe, Kontonummer 90 90 93, Sparkasse KölnBonn, BLZ 370 501 98, Kennwort: Marita Duckwitz.

Traueranschrift: Birgit Lasar, Rotkäppchenweg 11, 41541 Dormagen

Wir haben im engsten Familienkreis von ihr Abschied genommen.



Gott hat es so gewollt.
Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb unser ältester Bruder in Muskegon/USA.
Fern seiner Heimat – ohne eine Chance, das Erbe seiner Eltern (Ländereien in Mühlenhöhe und Hofmannshof, Kr. Schloßberg/Ostpreußen) antreten zu können.

Gerhard Buchholz

Fähnrich zur See auf dem Panzerkreuzer „Admiral Scheer"
Polizeiinspektorenanwärter im Land Schleswig-Holstein
Präsident of the General-Contractors im Land Michigan/USA

* 1. 3. 1926 in Mühlenhöhe, Kr. Schloßberg, Ostpr. † 23. 5. 2007 Muskegon/MI 2216 Leif-Ave.

In Liebe
Stephanie Buchholz, geb. Weber
Kinder und Enkelkinder
Ilse und Fredy Maleyka, Miesbach, und Familie
Christel Sarzier, in Paris, und Familie
Rudolf Buchholz und Familie
Heinz Buchholz und Familie

Traueranschrift: Heinz Buchholz, Bismarckstraße 7c, 21465 Reinbeck



Wir haben einen Freund
und treuen Ostpreußen verloren.

„Unser Günti"

Günter Joswich

hat uns verlassen.

* 20. 6. 1925 Tapiau † 16. 6. 2007 Berlin

Wir sind traurig und werden ihn sehr vermissen.

Klaus und Hildegard Werschkull

Berlin-Lichtenrade

Gott sprach Amen:

Lisbeth Reich

geb. Iwohn

* 25. März 1920 Heiligenhain/Kreis Labiau † 14. Juni 2007 in Ahrensburg

Im Namen der Familie
Erika Vogt

Die Beerdigung fand am 21. Juni 2007 auf dem Alten Friedhof in Ahrensburg statt.

Die Mutter war's
was braucht's der Worte mehr.

In stiller Trauer nehmen wir Abschied von unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uroma

Frieda Wrobel

geb. Paleit

die am 25. Juni 2007 im Alter von 94 Jahren von uns ging.

In Liebe und Dankbarkeit
Ihre Kinder, Enkel und Urenkel

Eilsleben, im Juni 2007



Helmut Jork

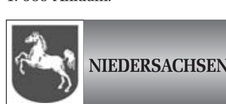
* 25. 5. 1924 Moddelkau, Kr. Neidenburg † 4. 6. 2007 Hannover

In stiller Trauer nahmen wir Abschied
Elly Jork, geb. Lehmann
und Söhne

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

neben der Kirche ist im Anschluß für Mittagessen und eine Kaffeetafel mit gemütlichem Beisammensein gesorgt. Um 16.30 Uhr folgt die Ermländische Vesper. Anmeldungen bis zum 2. August erbeten an Hildegard Neumann, Hageböcker Mauer 27, 18273 Güstrow, Telefon (0 43) 68 74 42.

Rostock – Sonnabend, 29. September, 10 Uhr, Treffen der Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern in der Stadthalle Rostock, Südring 90 (nahe Hauptbahnhof und ZOB). Erwartet werden mehr als 2000 Besucher. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert. Die Gäste erwartet ein reiches Informations- und Kulturprogramm. Angesagt haben sich das Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern, die Chöre der Deutschen Vereine aus Masuren und dem Memelland sowie der Heimatsänger „BernStein“. Die Festansprache hält der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, Bärenfang und Königsberger Marzipan sowie Parkplätze ist gesorgt. Busse und Fahrgemeinschaften werden durch die örtlichen Ostpreußen-Gruppen organisiert – bitte dort erkundigen. Weitere Informationen gegen Rückporto bei: Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam.



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstr. 30 b, 31275 Lehrte, Tel. (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Str. 122, 29223 Celle, Tel. (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel. (0 59 01) 29 68.

Bezirksgruppe Lüneburg – Mittwoch, 3. Oktober, zentraler Ostpreußentag in Lüneburg. Vormittags: Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10 (Eintritt für Teilnehmer des Treffens 2 Euro). Programm: Führungen jeweils um 10.30 und 11.30 Uhr (1 Euro), Bernsteinschleifen jeweils um 10.30 und 11.30 Uhr (4 Euro). Die Teilnehmerzahl für die obigen Programmpunkte ist begrenzt und daher eine verbindliche und schriftliche Anmeldung erforderlich – bei ihren örtlichen Gruppen bis zum 8. August, oder bis zum 10. August bei Bernhard Knapstein, Nußbaumweg 1, 29640 Schneverdingen, E-Mail: knapstein@gmx.de Die Nachmittagsveranstaltung findet im Hotel Seminaris, Soltauer Straße 3, Lüneburg, statt (Eintritt inklusive Mittagessen und Kaffeetafel 15 Euro). Die Hauptveranstaltung beginnt um 12.45 Uhr mit dem Mittagessen vor der Eröffnung um 13.30 Uhr. Die Festansprache hält der Inhaber des Preußen-Brandenburg-Museums Wustrau und Bankier i. R. Erhardt Bödecker: „Preußen – eine Idee, ein Staat aus dem Blickwinkel der Gegenwart“. Es folgen unter anderem Kultur-Beiträge, Auftritt „BernStein“ und Ebstorfer Ostpreußenchor. Der Schluß der Veranstaltung ist gegen 17 Uhr vorgesehen. Zu diesem zentralen Ostpreußentag lädt die Bezirksgruppe alle Ostpreußen und Freunde Ostpreußens ein.

Helmstedt – Sonnabend, 21. Juli, 8 Uhr, Pilgerfahrt nach Wittenberg. Beginn mit dem Reisesegen in der St.-Walpurgis-Kirche, anschließend Abfahrt von der Wichern-Schule, Langer Steinweg.

Osnabrück – Dienstag, 17. Juli, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152. – Freitag, 20. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu. – Die Kurstadt Bad Pyrmont war Ziel des Jahresausflugs der Frauengruppe, an dem 30 Mitglieder und Gäste teilnahmen. Marianne Regier, Leiterin der Frauengruppe, informierte während der Hinfahrt über den Kurort. Dieser liegt mitten im Weserbergland an der Deutschen Märchenstraße sowie an der Straße der Weserrenaissance und ist für seine Heilquellen bekannt. Im Schloß, ab 1706 im barocken Stil erbaut, konnte das Museum für Stadt- und Baugeschichte besucht werden. Die Gruppe besuchte ebenfalls den 17 Hektar großen historischen Kurpark, eine Mischung aus streng barockem Alleesystem und englische Landschaftsgarten, der das Schmückstück von Bad Pyrmont und gleichzeitig eine der schönsten Parkanlagen Europas ist. Der Palmengarten, die nördlichste Palmenfreianlage Europas, die hübsch bepflanzten Blumenbeeten und die subtropischen Gewächse begeisterten die Gruppe. Beeindruckt war der „Wasserlauf“, wo Skulpturen und das fließende Wasser den Lebenslauf des Menschen von Geburt bis ins hohe Alter thematisieren. Mittelpunkt des Kurortes ist der Brunnenplatz mit dem Hylligen Born und der Wandelhalle. Auf der Brunnenstraße war Gelegenheit zu einem Geschäftsbummel gegeben. Auch für das leibliche Wohl wurde gesorgt.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Landesgruppe – Sonntag, 8. Juli, 11 Uhr, „Kleines Ostpreußentreffen“ an der Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloß Burg. Wie schon in der vergangenen Jahren besteht die Veranstaltung aus einem offiziellen (14 Uhr) und einem unterhaltsamen Teil. Zu Beginn läuten die Glocken aus Königsberg und Breslaul, und man gedenkt der Toten. Die Ansprache hält Ehrhardt Bödecker. Für das leibliche Wohl wird mit ostpreußischen Spezialitäten gesorgt sein. Zahlreiches Erscheinen ist der Lohn für den Veranstalter mit seinen ehrenamtlichen Mitwirkenden.

Ennepetal – Donnerstag, 19. Juli, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube.

Gevelsberg – Sonnabend, 21. Juli, 14 Uhr, Teilnahme der Gruppe zusammen mit den Mühlenmännern am Mühlenfest. Das Fest findet auf dem Vorplatz des ehemaligen Krefft Geländes statt.

Neuss – Die Gruppe feierte ihr Grillfest auf dem Gelände der Cornelius-Pfarre, Neuss-Erfttal. Der Vorsitzende, Peter Pott, konnte trotz des unbeständigen Wetters doch eine große Gästeschar begrüßen, unter anderem die Vorsitzenden anderer Landsmannschaften und vom BdV Holzbüttgen. Ein besonderer Gruß galt aber dem Bundesvorsitzenden vom BJO (Bund Junges Ostpreußen), Jochen Zauner. Dieser hatte dem Vorsitzenden versprochen, die Gruppe Neuss zu irgendeiner Veranstaltung zu besuchen. Obwohl seine Mutter an diesem Tag Geburtstag hatte, fand er den Weg nach Neuss. Das Grillfest wird schon seit fünf Jahren auf dem Gelände der Cornelius-Pfarre abgehalten. Es wurden ostpreußische Spezialitäten sowie Kaffee und selbstgebackener Kuchen angeboten. Die Gäste hatten wieder die Gelegenheit, ostpreußisches Gold, den Bernstein, zu kaufen. Seit einigen Jahren kommt Hedy Goldap mit ihrem Bernsteinstand nach Neuss und verschönert das Fest. Ein großes Dankeschön gilt allen Helferinnen und Helfern, die durch ihren ehrenamtlichen Einsatz dieses Fest erst gelingen ließen. Auch muß dem Hausmeister der Cornelius-Pfarre, Josef Malewski, gedankt werden, der die Gruppe tatkräftig unterstützt. Ein starker Regenguß hat aber in keiner Weise die gute Stimmung getrübt, und so war das Grillfest, das letzte Fest vor der Sommerpause, wieder ein voller Erfolg.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Ludwigshafen – Sonnabend, 7. Juli, 8.30 Uhr, Busfahrt zum Ostpreußenbrunnen bei Annweiler. Alle, die sich bei der letzten Zusammenkunft angemeldet haben, treffen sich am Busbahnhof Ludwigshafen. Nachmeldungen können nicht mehr entgegengenommen werden.

SACHSEN

Vors.: Erwin Kühnappel, Hauptstraße 147 c, 09569 Gahlenz, Telefon (03 72 92) 2 20 35, Fax (03 72 92) 2 18 26. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag und Donnerstag, 9 bis 16 Uhr

Chemnitz – Die Gruppe konnte ihr 15jähriges Bestehen feiern. In der Veranstaltung wurde Bilanz über eine langfristige und intensive Arbeit gezogen. 15 Jahre Arbeit, um allen Überlebenden die unvergessene Heimat immer wieder in Erinnerung zu bringen. Als Erlebnisgeneration fühlt man sich verpflichtet, die Traditionen, Bräuche und Sitten für die Nachwelt zu erhalten. Man muß dafür einstehen, daß das Gedankengut, das sich in mehr als 700 Jahren entwickelt hat und nicht nur für die deutsche, sondern auch für die europäische Geschichte von Bedeutung ist, nicht in Vergessenheit gerät. Daß diese Aufgabe den Chemnitzern in den vergangenen Jahren gelungen ist, zeigte die große Teilnahme an der Veranstaltung. Viele Mitglieder und Gäste waren der Einladung des Vorstandes gefolgt. Beim Betreten des Festsaales wurde jedem Teilnehmer die Festschrift überreicht. Diese Festschrift ist mit Beiträgen der Gründungsmitglieder und des Vorstandes versehen. Die einleitenden Worte wurden von der langjährigen Vorsitzenden Gertrud Altermann formuliert. Der Festakt wurde mit einem musikalischen Auftakt eröffnet. Die Vorsitzende Altermann konnte eine Reihe von Gästen begrüßen, die nach der Totenehrung und dem Largo aus Xerxes von G. F. Händel ihre Grüße überbrachten. Zu den Gästen zählten: Lm. Kühnappel, Landesvorsitzender Sachsens, Herr Schimpf, MdL Sachsen, Herr Patt, MdL Sachsen,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Ihr seid in mir

Ihr seid in mir geblieben,
Ich bin wie Euer Grab;
Ein Grab für meine Lieben,
Die ich tief in mir hab.

Seit langem schon vergangen,
Lebt Ihr wie eh und je
Dort frei und unbefangen,
Wo ich Euch täglich seh.

Gleichwohl in weiter Ferne,
Hört Ihr nicht, was ich sag,
Komm ich Euch näher gerne
Mit jedem weitren Tag.

Das Grab, ich werd es pflegen,
So lang ich Gast hier bin,
Und Blumen darauf legen
In dem mir eignen Sinn.

Aus dem Buch **„Für Dich“** von Hubertus Scheurer.
Zu beziehen über den **PMD Best.-Nr. 6225**, € 12,-

Suchanzeigen

Als **Miterben** gesucht werden die Kinder einer

Anna Louise Zimmermann

geb. Koschinski, geboren 1869 in Königsberg und bis 1945 wohnhaft in Königsberg. Frau Zimmermann hielt sich **1948** im Durchgangslager Wart/Altensteig, Baden-Württemberg, auf.

Wer kann zum Verbleib von Frau Zimmermann und ihren Kindern Auskunft geben?

Zuschriften bitte an
Dr. Gerhard Moser, Zeppelinstr. 36
76530 Baden-Baden
AZ: BB-989/GM/TS

Urlaub/Reisen

AUS DEN HEIMATKREISEN

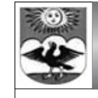
Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Leo Michalski, Adolf-Westen-Straße 12, 42855 Remscheid, Telefon und Fax (0 21 91) 2 45 50. Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen a. T. W., Postfach 12 09, 49170 Hagen a. T. W., Telefon (0 54 01) 97 70

Zehnjähriges Partnerschafts Jubiläum – Der Kreis Osnabrück feierte als Partnerkreis des Kreises Allenstein (Olsztyn) das zehnjährige Jubiläum der Partnerschaft zwischen den beiden Kreisen. Aus Allenstein (Olsztyn) waren außer Landrat Adam Sierzputowski zahlreiche Bürgermeister und Kreistagsabgeordnete angereist. Die Kreisgemeinschaft war mit Kreisvertreter Leo Michalski und Gattin sowie seinem Stellvertreter Hans-Peter Blasche repräsentiert. Am Festakt in Osnabrück nahmen unter anderem teil: der Präsident des EU-Parlaments, Prof. Hans-Gert Pöttering, der Innenminister des Landes Niedersachsen, Dr. Schünemann, der Landrat des Kreises Osnabrück, Manfred Hugo und Georg Schirmbeck (MdB). Natürlich gab es für die polnische Delegation Gelegenheit, Kultur und Wirtschaft des Kreises Osnabrück kennenzulernen. So stand auf dem Programm der Besuch einer Müllverbrennungsanlage, einer Biogasanlage, einer Gewerbeansiedlung, einer Kurverwaltung, Einer Brauerei, einer Ferien- und Freizeitanlage sowie eine Günter-Grass-Ausstellung. Daneben gab es immer wieder Gelegenheit zum Erfahrungs- und Meinungsaustausch, aber auch zum persönlichen Kennenlernen. Die Partnerschaft konnte so wieder einmal aufs neue vertieft werden. Dies spürte man deutlich beim herzlichen Abschiednehmen vor dem Allensteiner Bus.



ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (0 41 02) 82 33 00, Internet: www.angerapp.de

Jahreshaupttreffen in Ahrensburg – Dieses fand nicht wie vorgesehen in der Schützenhalle (ist abgebrannt) sondern in dem Veranstaltungsraum der Feuerwehr statt. Das Treffen begann mit der Kreisausschußsitzung und der nicht öffentlichen Kreistagssitzung. Nach dem Abendessen erfreute uns Ruth Geede, bekannt aus dem *Ostpreußenblatt*, mit einer Lesung in ostpreußischer Mundart aus den von ihr geschriebenen Büchern. Sie tat dieses auf ihre sehr beeindruckende Art und erntete dafür sehr viel Beifall. Das Treffen endete am Sonntag mit der Feierstunde und dem anschließenden gemütlichen Beisammensein.

Feierstunde am Sonntag – Die Kreisvertreterin begrüßte recht herzlich alle Landsleute und Gäste, die Kreistagsabgeordnete Maike Bandick, den Bürgervorsteher der Stadt Ahrensburg Werner Bandick, den Bürgermeister von Angerapp (Ozersk) Sergej Kusnezow, die Dolmetscherin Irina Palamartschuk, den Bürgermeister von Benkeim (Banie Mazurskie) Wladyslaw Miluski, Margarete Poral als Dolmetscherin und Pastor Cord Denker aus Bargteheide. Sie freute sich, daß so viele Landsleute an unserem Treffen teilnahmen. Danach begrüßte der Wehrführer Herr Ehrich alle Angerapper in den Räumen der Feuerwehr und wünschte allen angenehme Stunden. Auch der Bürgervorsteher von Ahrensburg begrüßte alle Anwesenden recht herzlich. Er würdigte die guten Kontakte zu den Menschen und den kommunalen Vertretern der Heimat sowie die vielen Hilfstransporte, die von Heinz Hohmeister, Edeltraut Mai und Marianne Neumann durchgeführt werden. Er wünschte uns für das Treffen einen guten und fröhlichen Verlauf. Anschließend sprach Fritz Pauluhn die Totenehrung. Stellvertretend für alle im letzten Jahr Verstorbenen gedachten wir Erika Backhaus geb. Kremp, Leni Schweiger und Helmut Poetukat. Edeltraut Mai ergriff noch einmal das Wort und berichtete aus der Arbeit der Kreisvertreterin. Sie hätte nie gedacht, daß diese Arbeit eine Vollzeitarbeit ist. Da gibt es die verschiedensten Sitzungen und Veranstaltungen, an denen sie teilnehmen oder zudem sie andere delegieren muß. Dann das Internet, die vielen Anfragen aus der ganzen Welt müssen beantwortet werden. auch die Verbindung zu der Bevölkerung und der Verwaltung in Angerapp sowie die humanitären Hilfen. Übrigens, der nächste Hilfstransport nach Angerapp geht im August. Dafür übergab Gerda Wagner das 250. Paar Socken, die sie für das Kinderheim und für die Kindergärten gestrickt hat. Danach wurden die Ehrungen vorgenommen. Alle anwesenden Landsleute, die über 80 Jahre alt waren, wurden von der Kreisvertreterin mit kleinen Geschenken bedacht. Auch der Bürgermeister von Angerapp überreichte ihnen von den Kindern des Kinderheims gebastelte kleine Geschenke. Weiter wurden Helga Rose für die stetige Unterstützung des Schatzmeisters und Lothar Kapteinat für die Organisation von Ostpreußenfahrten und Urlaub in Kühlungsborn mit je einem Buch geehrt. Für Verdienste um die Kreisgemeinschaft erhielten Edeltraut Ratter, Marianne Neumann und Hans-Werner Meier die Ehrenplakette in Silber der Kreisgemeinschaft mit der dazugehörenden Urkunde. Zum Schluß berichtete noch Heinz Hohmeister kurz über seine Aktivitäten in Angerapp. Er arbeitet ja mit einem Lions-Club zusammen. Seine Transporte für die humanitäre Hilfen werden jetzt aus Organisatorischen- und Kostengründen von polnischen Spediteuren durchgeführt. Einer Frau konnte er aus Spendengeldern eine Beinprothese für 3000 Euro und einem Jungen mit einem Wolfsrachen eine Operation für 1000 Euro ermöglichen. Da er Dachdeckermeister ist, hilft er viel bei Dacharbeiten vor Ort. So hat er das Dach in Mühlhausen eingedeckt; auch half er bei der Sanierung der Kirche in Tharau und Trempen. Die Dachziegel dafür spendeten Sponsoren aus der Bundesrepublik Deutschland. Nach dem gemeinsamen Mittagessen wurde noch lange plachandert. Es war wieder ein Wochenende wo man in Gedanken mit alten Freunden in der Heimat war. Nun bleibt nur noch Edeltraut Mai für die gelungene Organisation zu danken.



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Telefon (0 22 41) 31 13 95, Fax (0 22 41) 31 10 80, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Telefon (02 51) 4 92 60 51

Kreistreffen am 22. und 23. September 2007 in Münster – findet in der Johanniter Akademie Münster, Weißenburgstraße, statt. Sonnabend, 22. September: 15 Uhr, Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: Begrüßung durch den Kreisvertreter Manfred Ruhnau, Totengedenken, Rechenschaftsbericht des Kreisvertreters, Kassenbericht Gertrud Arendt, Kassenprüfungsbericht, Aussprache zu den Berichten, Wahl eines Wahlleiters, Neuwahl des Vorstandes (Kreisvertreter, Stellvertreter, Schriftführer, Schatzmeister, Beisitzer), Verschiedenes. Sonntag, 23. September: 8.30 Uhr, katholischer Gottesdienst in der Hl. Geistkirche, Metzerstraße. Zelebrand ist Pfarrer Thorsten Neudenberger. 10 Uhr, Festliche Stunde im Vortragssaal der Johanniter Akademie, Weißenburgstraße. Die Vorsitzende der Agnes Miegel Gesellschaft, Dr. Marianne Kopp, hält einen Vortrag: „Ich kam in dies Land wie in mein Erbe". 14 Uhr, der Vorstand gibt Auskunft über Vorhaben und die weitere Arbeit der Kreisgemeinschaft Braunsberg. Alle Braunsberger aus Stadt und Landkreis Braunsberg und deren Nachkommen sind zu unserem diesjährigen Treffen in unserer Patenstadt Münster herzlich eingeladen.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Tel.: (0 41 01) 2 20 37 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Seestadt Pillau – Das diesjährige Pillauer Heimattreffen findet vom 4. bis 6. August in Eckernförde (Stadthallenrestaurant) statt. Am 6. August gibt es wieder eine Fahrt in See.



INSTERBURG

Geschäftsstelle: Telefon (0 21 51) 4 89 91, Fax (0 21 51) 49 11 41. Besuche nur nach vorheriger Terminvereinbarung. Altes Rathaus, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld

Wahlen 2007 – Die Vertreter des Rates der Kreisgemeinschaft Insterburg-Stadt und des Kreisausschusses des Landkreises Insterburg müssen neu gewählt werden. Die Wahl findet als Briefwahl statt. Wahlschluß ist der 31. Juli 2007 (Posteingang). Wahlberechtigt sind alle ehemaligen Einwohner der Stadt Insterburg und des Landkreises Insterburg, deren Kinder und Enkelkinder sowie jeweils deren Ehepartner, soweit sie das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Wahlunterlagen erhalten Sie auf Anforderung in unserer Geschäftsstelle (Anschrift s. o.).

Wahlamt Geschäftsführer – Ab Oktober 2007 ist in der Geschäftsstelle 47892 Krefeld die Geschäftsführung neu zu besetzen. Diese Aufgabe erfordert unter anderem regelmäßige Arbeit in der Geschäftsstelle Krefeld. Interessenten aus den Postleitbereichen 40... bis 47... erhalten auf Anfrage eingehendere Unterlagen in unserer Geschäftsstelle.

Insterburger Jahreshaupttreffen 2007 – Zum Jahreshaupttreffen der Kreisgemeinschaften Stadt und Land am 13. und 14. Oktober 2007 laden wir alle Landsleute auf ein Wiedersehen in heimatlicher Gemeinschaft in unsere Patenstadt Krefeld ein. Das Treffen findet im Restaurant Et Bröckske statt. Näheres erfahren Sie auf Anfrage in unserer Geschäftsstelle.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (0 22 25) 51 80, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg

Bezirkstreffen Waldwerder – Das diesjährige Treffen der Orte Auersberg, Berndhöfen, Kechlersdorf, Kielen, Millau und Waldwerder fand traditionsgemäß im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Einige Landsleute kamen aus den Orten Dreimühlen, Giersfelde und Steinberg. 39 Gäste scheuten nicht den weiten Weg. Sie kamen trotz ihres Alters aus Bayern, Schleswig-Holstein und der näheren Umgebung. Obwohl die Zimmer erst ab 15 Uhr bezogen werden sollten, öffnete das Ehepaar Winkler schon bedeutend früher die Tür und empfing die Anreisenden sehr herzlich, hatte für jeden ein freundliches Wort und ließ keine Wünsche betreffs der Zimmerwahl offen. Noch vor dem gemeinsamen Abendessen begrüßte Bezirksvertreter Günther Skorzinski die Anwesenden und hieß alle herzlich willkommen. Am Abend ging es in den „Preußensaal" zum gemütlichen Beisammensein und zum näheren Kennenlernen. Zwei originelle Musikanten mit Ziehharmonika, Teufelsgeige und Gesang spielten auf, erfreuten alle Anwesenden und sorgten für eine Stimmung, die man sich nur wünschen kann. Tanzfreudige Paare hielt es nicht lange auf ihren Stühlen. Mit einer guten Mixtur von Beiträgen und lustigen Geschichten, Anekdoten, Gedichten und Musik wurde es ein kurzweiliger, unterhaltsamer, langer Abend. Auch die, die das erste Mal an dem Treffen teilnahmen, integrierten sich schnell und fühlten sich in der „ostpreußischen Familie" sehr wohl. Den nächsten Vormittag, Sonnabend, den 16. Juni, konnte jeder nach eigenem Ermessen gestalten. Bad Pyrmont, eine sehr gepflegte Kurstadt, bietet für jeden Geschmack etwas, Häuser aus der Gründerzeit, Trinkhalle, Schloß, Kurpark, Palmengarten, exklusive Geschäfte und vieles mehr. Um 15 Uhr eröffnete Bezirksvertreter Günther Skorzinski offiziell das Treffen mit gemeinsamen Singen des Ostpreußenliedes und dem Gedenken der Verstorbenen. Er stellte Kreisvertreter Gerd Bandilla vor, der zu dem Thema „Der Kreis Lyck heute unter Berücksichtigung der deutschen Minderheit" einen ausgesprochen informativen Vortrag hielt, der bei der aufmerksamen Zuhörerschaft großes Interesse fand, die Herrn Bandilla unge-

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 21

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung

Frau Kedzierski, Landeskulturreferentin der Ost- und Westpreußen, Lm. Weihe, Vorsitzender der Gruppe Limbach-Oberfrohna, Lm. Sawatzki, Stellvertretender Landesvorsitzender, Frau Treiber, Leiterin des Geschichtsvereins Chemnitz. Das Grußschreiben von Herrn Nonnen, Finanzbürgermeister der Stadt Chemnitz, wurde von Frau Altermann verlesen. Die Festrede wurde von Herrn Schimpf, MdL-CDU, gehalten. In seinen Ausführungen ging er unter anderem auf den Wert der preußischen Tugenden ein, denen man in der heutigen Zeit wesentlich mehr Beachtung schenken muß. Im Anschluß an die Festrede wurden Auszeichnungen an verdienstvolle Bürger vergeben, so zum Beispiel an den Landesvorsitzenden Kühnappel und an Frau Labuhn für ihre unermüdliche Arbeit mit dem Kulturkreis „Simon Dach". Außerdem erhielten die Mitglieder des Vereins, die auf eine 15jährige wie auf eine zehnjährige Mitgliedschaft zurückblicken konnten, eine Ehrenurkunde. Nach dem Festakt folgte die Mittagspause, in der zur Freude aller „Königsberger Klopse" gereicht wurden. Der Nachmittag wurde mit einem bunten Programm des Kulturkreises „Simon Dach" begangen. Das Programm stand unter der Überschrift „Ich trag meiner Heimat Gesicht". Zu Herzen gehende Worte von Ruth Geede wurden vorgetragen, unterbrochen von ostpreußischen Volks- und Tanzliedern. Die Darbietungen des Kulturkreises vermittelten die Vielfalt der ostpreußischen Kultur. Das Publikum wurde in die Gestaltung mit einbezogen, indem es oftmals zum Mitsingen aufgefordert wurde. Alle Anwesenden, aber besonders die Leiterin des Kulturkreises, Frau Labuhn, freuten sich, weil es uns diesmal gelungen war, mehrere Enkelkinder von Vereinsmitgliedern in das Programm zu integrieren. So traten die Enkelkinder Helene Auerbach, Konstantin Schulz sowie Raphael und Benjamin Mausolf mit Instrumenten und mit Sologesang auf. Frau Felber rundete das Programm mit ihren Geschichten in breiter ostpreußischer Mundart über die allen bekannte „Ottilie" ab. Nach der Kaffeepause wurde dieser wunderschöne Nachmittag mit einem Film über die Naturschönheiten Masurens beendet. Herr Silla hatte zur Freude aller diesen Film ausgewählt, der noch einmal die unvergängliche Schönheit der maurischen Seenlandschaft zeigt. Auf diesem Wege sei allen Beteiligten, die zum Gelingen dieser Veranstaltung beitrugen, ein herzliches Dankeschön gesagt



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Mittwoch, 18. Juli, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Bestehornhaus".

Dessau – Montag, 16. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe in der Begegnungsstätte Heinz Rühmann, Windmühlenstraße 72, 06846 Dessau, Telefon (03 40) 61 94 27, Fax (03 40) 6 61 05 21.

Gardelegen – Freitag, 20. Juli, 14 Uhr, Besuch der Kräuterfrau in Kalbe / Milde mit Besichtigung des Kräutergartens und der Burg. Anschließend Kremserfahrt.

Magdeburg – Dienstag, 17. Juli, 13.30 Uhr, Treffen der „Stickerchen" in der Immermannstraße 19. – Dienstag, 17. Juli, 15 Uhr, Bowling im Lemsdorfer Weg.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga / Elster, Telefon (03 66 23) 2 52 65.

Landesgruppe – Ostpreußische Landsleute pflegen lebendes Kulturgut ihrer Heimat. Vor 275 Jahren wurde die Königlich-Preußische Gestütsverwaltung Trakehnen gegründet. Der Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Thüringen, nahm das Jubiläum zum Anlaß, zu einem Ostpreußentreffen nach Bad Sulza einzuladen. Es geht schließlich um die Erhaltung und Pflege des ostpreußischen lebenden Kulturgutes. Rund 100 Landsleute hatten im festlich geschmückten Conference Center, an der Toskana Therme, Platz genommen. Als Gäste dieser Veranstaltung konnten der Bürgermeister der Stadt Bad Sulza, Herr Hertwig, sowie der stellvertretender Landesvorsitzenden des BdV-Landesverbandes Thüringen, Erwin Tesch, und der Vorsitzende des BdV-Regionalverbandes Apolda, Herbert Kaupa, ganz herzlich begrüßt werden. Nach der Begrüßung durch die Landesvorsitzende der Landesgruppe Thüringen, Edeltraut Dietel, den Grußworten und dem Totengedenken referierte Manfred Graf von der Königlich-Preußischen Gestütsverwaltung Herleshausen-Altefeld über die wechselvolle Geschichte der Pferde und ihrer Züchter. Für die Ostpreußen war Trakehnen der Mittelpunkt einer mustergültigen Pferdezucht. Viele Zuhörer hatten als Kinder auf dem Lande die Trakehner selbst erlebt, hatten sie mit dem Striegel geputzt, waren mit ihnen von der Koppel geritten oder hatten bei der Ernte beim Weiterfahren die Zügel gelenkt und mußten schließlich die Pferde am Fluchtwagen erleben. So rührten die Worte von Manfred Graf die Seele der Zuhörer, machten aber auch stolz, daß das ostpreußische Land ein wertvolles züchterisches Kulturgut hervorgebracht hat. Der Brand der Elchschaufel war das Gütezeichen für Adel, Schönheit, Härte, Ausdauer und Genügsamkeit. Manfred Graf konnte überzeugen, daß unter seiner Hand durch artgerechte Aufzucht und ideale Weidehaltung, durch Harmonie zwischen Natur und Kultur eine gute Basis geschaffen wurde mit glänzenden Aussichten für die Zukunft in Zucht und Sport. Für die Heimatvertriebenen bedeutet das die Erhaltung und Pflege dieses lebenden Kulturgutes. Trakehner haben wieder Weltgeltung im Dressur- und Springsport und besonders glänzen die Pferde mit dem Trakehner-Brand in ihrer Vielseitigkeit. Als dann Paul Blieffert (ehemaliger Rittmeister im Gestüt Altefeld) im Kostüm des „Alten Fritz" erschien, gab es viel Beifall. In einem Kurzvortrag nahm er seine Zuhörer mit in die damalige Zeit und stellte sich dann zum Foto mit drei Frauen im Ostpreußenkleid. Am Nachmittag präsentierte der beliebte Heimatsänger Bernd Krutzinna mit Künstlernamen „BernStein" alte und neue Lieder rund um Ostpreußen in einer Schau aus Musik und Bildern. Dabei durfte das Reiterlied von Gertrud Papendick nicht fehlen. Viele Erinnerungen wurden geweckt, Heimat bleibt Heimat, sie lebt in uns weiter. Allen Landsleuten sei gedankt für ihre Teilnahme an dieser Jubiläums-Veranstaltung. Ein besonderer Dank gilt den ostpreußischen Landsleuten aus den Nachbar-Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt. Die Veranstalter haben sich über ihren Besuch sehr gefreut, ebenfalls über die Teilnahme junger Menschen, die sich für die Geschichte der ostpreußischen Heimat interessieren. Das war ein Beitrag zu den „Ostdeutschen Kulturtagen" des BdV in Thüringen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung

wöhnlich viel Beifall zollte. Sehr viel Beifall erhielten auch die Damen, die zum Kaffeetrinken köstlichen selbstgebackene Kuchen und Torten mitbrachten. Gedanken- und Rezepte-Austausch ließ die Zeit bis zum Abendessen schnell verstreichen. Der fröhliche „Masurische Abend“ – diesmal noch ausgedehnter als am Vorabend – bewies erneut, daß Ostpreußen gesellig sind und wohl zu feiern verstehen. Das lag nicht nur allein an dem süßen Bärenfang Marke „Eigenbau“, der die Runde machte. Am Sonntag vormittag hielt Gustav Scherello, Ortsvertreter von Millau, eine Morgenandacht mit der Lesung aus Ernst Olschewskis „Predigtbuch“ (evangelischer Pfarrer, geboren in Kielen, Kreis Lyck). Zweieinhalb abwechslungsreiche Tage verlebten die Teilnehmer im Ostheim. Die bedanken sich auch ganz herzlich bei dem Ehepaar Winkler und ihren Mitarbeitern für die sehr perfekte und umsichtige Organisation dieser Veranstaltung.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (0 57 33) 55 85. Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

14. Treffen der Schülergemeinschaft der Volksschule Sensburg – Wieder einmal war ein Treffen unserer Schülergemeinschaft angesagt. Leider fehlten diesmal einige von den harten Kern wegen Krankheit oder aus anderen teilweise familiären Gründen. Von daher kam es bei diesem Treffen zu dem Beschluß, unsere Zusammenkünfte in der bisherigen Form im Waldschlößchen in Neheim-Voßwinkel mit dem nächsten Treffen am 16. April abzuschließen. Die Zukunft wird zeigen, ob wir uns bei genügendem Interesse und ausreichender Teilnehmerzahl auch weiterhin einmal im Jahr in ungezwungener Runde wieder sehen werden. Darum wäre es gut, wenn möglichst viele Teilnehmer zu dem Treffen 2008 kommen könnten, um unser weiteres Vorgehen zu besprechen. Nähere Informationen bei Renate Appelbaum geb. Pompetzki, Im Andorf 24, 56170 Bendorf, Telefon (0 26 22) 72 44.



TREUBURG

Kreisvertreter: Dr.-Ing. Heinrich Matthée, Wilkiensweg 5, 49525 Lengerich, Telefon (0 54 81) 8 14 74 (p). Geschäftsstelle: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (0 28 33) 39 84, Fax (0 28 33) 39 70. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (00 48) 8 75 20 – 31 80.

10. Ortstreffen der Meruner und Garbasser – Die Meruner und Garbasser trafen sich im Ostheim in Bad Pyrmont. Angereist mit Bahn oder Auto, jeder wurde mit einem Hallo Empfangen. Am Nachmittag waren es aus dem größten Ort im Kreis Treuburg schon 19 Personen. Nach dem Abendessen und Begrüßung im Preußensaal wurde gleich ein Videofilm über Masuren gezeigt. Leider war zuwenig von Treuburg zusehen, das tat der guten Stimmung aber keinen Abbruch. Bis tief in die Nacht wurde plachandert. Am Sonnabend war die Freude sehr groß, als die 90jährige Hanni König geb. Hausendorf mit Tochter und Schwiegersohn eintraf. Das Mittagessen bestand aus einer Kartoffelsuppe – wie zuhause zum Fingerablecken. Nach dem Essen traf noch Edith Roth geb. Pogodda (Tochter vom Bürgermeister Hans Pogodda) mit ihrem Ehemann Adolf ein, nun waren es insgesamt vier Garbasser und 20 Meruner. In der Hauptallee wurde bei Kaffee erzählt und gelacht. Die Kurgäste schauten schon böse herüber, aber noch schnell eine Malteserrunde, denn die ersten mußten schon den Heimweg antreten. Nach dem Abendessen traf man sich wieder im Preußensaal. Bei einem Gläschen Bärenfang wurden die nächsten Termine besprochen. Der Sonntag morgen lud zu einem Spaziergang ein, und im Kurhaus wurde ein Glas Heilwasser getrunken. Monika Oschkinat und Heinz Dombrowski haben beide das Amt des Ortsvertreter von Edelgard Stanko übernommen, die sehr viel für Merunen geleistet hat. Es sei ihr an dieser Stelle nochmals gedankt. Mit dem Wunsch auf ein gesundes Wiedersehen 2008 in Bad Pyrmont verabschiedete man sich.

WEHLAU

Kreisvertreter (kom.): Hans Schlender, Telefon (0 4 0) 20 97 67 35, Fax (040) 20 97 30 80, Schellingstraße 100, 22089 Hamburg, E-Mail: hans.schlender@freenet.de

Wahlaufruf für die Kreistagswahl 2007 – Gemäß § 9 Absatz 6, 7 und 8 der Satzung der Kreisgemeinschaft Wehlau werden die Mitglieder der Kreisgemeinschaft aufgerufen, den Kreistag, der sich aus 19 Mitgliedern zusammensetzt, neu zu wählen und hierzu das Wahlrecht auszuüben. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft Wehlau mit Vollendung des 18. Lebensjahres am Wahltag. Mitglieder sind alle Angehörigen der Kreisgemeinschaft Wehlau, die mit ihrer Stimmabgabe anläßlich der Kreistagswahl 1999 eine Willenserklärung abgegeben haben, Mitglied der Kreisgemeinschaft Wehlau e.V. zu werden. Darüber hinaus haben die Angehörigen der Kreisgemeinschaft den Status eines Mitgliedes erworben, die in den Jahren von 1999 bis 2007 einen Aufnahmeantrag gestellt haben. Sollten Sie an der Wahl teilnehmen wollen, sind aber noch kein Mitglied, fordern Sie bitte schriftlich oder telefonisch beim Vorsitzenden des Wahlausschusses Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (06 11) 50 50 98 40, einen Aufnahmeantrag an. Sie erhalten dann zusammen mit Ihrem Mitgliedsausweis auch die Wahlunterlagen für die Briefwahl. Die Teilnehmer an der persönlichen Wahl in Bad Nenndorf haben die Möglichkeit, vor Ort und vor der Stimmabgabe ihren Aufnahmeantrag einzureichen. Die Zusendung der angeforderten Wahlunterlagen erfolgt unmittelbar nach der Veröffentlichung dieses Wahlaufrufes in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt*. Beachten Sie bitte, daß Ihr ausgefüllter Stimmzettel, auf dem maximal 19 Kandidaten angekreuzt werden dürfen, spätestens am 17. September 2007 um 24 Uhr beim Vorsitzenden des Wahlausschusses eingetroffen sein muß. Stimmzettel, die uns nach diesem Zeitpunkt erreichen, sind ungültig. Ein Wahlbrief darf nur einen Stimmzettel enthalten. Bitte legen Sie dem Stimmzettel keine weiteren Nachrichten bei. In Bad Nenndorf findet die Wahl anläßlich des Hauptkreistreffens der Kreisgemeinschaft Wehlau in der Wandelhalle im Kurpark statt. Die Stimmabgabe ist an folgenden Tagen zu folgenden Zeiten möglich: Freitag, 21. September, 16 bis 18 Uhr, Sonnabend, 22. September, 10 bis 18 Uhr, Sonntag, 23. September, 9 bis 10 Uhr. Unmittelbar nach Ablauf der Ausschlußfrist wird die Auszählung der abgegebenen Stimmen vorgenommen. Die Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, gehören dem neuen Kreistag an. Das Wahlergebnis wird im nächsten Heimatbrief und in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* bekanntgemacht. 16 Kandidaten wurden für die Wahl in den neuen Kreistag der Kreisgemeinschaft Wehlau vorgeschlagen und haben sich bereit erklärt, im Falle ihrer Wahl das Mandat anzunehmen und im neuen Wehlauer Kreistag die Interessen der Wähler zu vertreten. Hier sind diese 16 Kandidaten, die sich zur Wahl gestellt haben. Die mit einem X gekennzeichneten Kandidaten gehören dem amtierenden Kreistag an.

Kandidatenliste für die Kreistagswahl 2007 – 1. Abel, Alfred aus Tapiau (X), 2. Comtesse, Hanna geb. Schroeder aus Groß Engelau (X), 3. Daniel, Otto aus Pregelswalde (X), 4. Dörfling, Magdalena geb. Neumann aus Köllmisch Damerau (X), 5. Eggert, Hauke-Hermann aus Aßlacken (X), 6. Fellbrich, Helmut aus Goldbach, 7. Garrn, Margit geb. Zechlin aus Tapiau (X), 8. Gohlke, Gerd aus Königsberg (X), 9. Hamann, Werner aus Wehlau (X), 10. Kenzler, Heinrich aus Pobethen, 11. Kenzler, Sieglinde geb. Liedke aus Wehlau, 12. Koch, Uwe aus Wehlau (X), 13. Schimkat, Werner aus Wehlau (X), 14. Schlender, Hans aus Gollnow (X), 15. Schlisio, Harry aus Goldbach (X), 16. Weber, Claudia geb. Kenzler aus Wehlau (X). Der Wahlausschuß

Kulturtage und Jubiläum

50 Jahre Patenschaft für die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen

Von Dieter Göllner

Wir feiern eine Patenschaft, die seit 50 Jahren unser Miteinander spürbar bereichert und die sich längst zu einer ‚Partnerschaft‘ entwickeln konnte“, betonte die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther, in ihrem Grußwort anläßlich der Feierstunde im Plenarsaal.

Die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen organisiert jährlich die traditionellen Bundeskulturtage. Die diesjährige Veranstaltung stand anläßlich des 50-jährigen Bestehens der Patenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen für die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers und fand vom 10. bis 23. Mai in Nordrhein-Westfalen – und zwar in der Landeshauptstadt Düsseldorf – statt. Mitveranstalter waren das Siebenbürgische Museum Gundelsheim, das Donauschwäbische Zentralmuseum Ulm und das Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf (GHH).

Im Rheinland, wo seit über 800 Jahren die kulturellen Wurzeln der Vorfahren der Siebenbürger Sachsen liegen, haben viele Vertriebene und Flüchtlinge aus Rumänien eine Heimat gefunden und zugleich wiederentdeckt. In den Nachkriegsjahren waren sie am Wiederaufbau des Landes beteiligt und sind nach wie vor als Brückenbauer zwischen Ost und West in Europa aktiv.

Die Siebenbürgisch-Sächsischen Kulturtage 2007 in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf wurden mit einer Danksagung von Dipl.-Ing. Arch. Volker Dürr, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen, eröffnet. Das zahlreich erschienen Publikum konnte in der Wandelhalle die Ausstellungen „50 Jahre Patenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen für die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen“ und „Rumänien – Eine europäische Kulturlandschaft; Hermannstadt – Europäische Kulturhauptstadt 2007“ besichtigen.

Das vielseitige Rahmenprogramm bestritten mehrere Kulturgruppen, darunter die Vereinigten siebenbürgischen Blaskapellen von Nordrhein-Westfalen unter der Leitung von Klaus Barthelmi und Uwe Brandt, der Honterus-Chor Drabenderhöhe unter der Leitung von Regine Melzer, die von Christa Brandsch-Böhm geleitete Kinder- und Jugendtanzgruppe Drabenderhöhe und die Tanzgruppe der Bruder- und Schwesternschaft Setterich.

Weitere Höhepunkte der Kulturtage beherbergte das Düsseldorfer GHH. Im Rahmen einer Feierstunde widmete Konrad Grundmann, Staatsminister a. D. Vorstands-Vorsitzender der Stiftung „Gerhart-Hauptmann-Haus. Deutsch-osteuropäisches Forum“, den 50 Jahren Patenschaft und der gelungenen Integrationsarbeit der Siebenbürger Sachsen eine emotionale Ansprache. Johannes Lierenfeld, Ministerialrat des Landes NRW, würdigte die Verdienste von Konrad Grundmann als Initiator und Wegbegleiter der langjährigen Patenschaft.

Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft, Volker Dürr, führte in die mit Landesmitteln geförderte Kunstausstellung des Siebenbürgischen Museums Gundelsheim „Ausbruch aus der Tradition – Malerei der siebenbürgischen Moderne“ ein. Zu sehen waren seltene Exponate aus Museen und Privatsammlungen, die nationalem und internationalem Vergleich standhalten.

Die Dokumentarausstellung zum Patenschaftsjubiläum wurde von der Bundesfrauenreferentin der Landsmannschaft Enni Janesch vorgestellt.

Die Kreisgruppe Köln, die an der Organisation und der Durchführung der diesjährigen Kulturtage vielfältig beteiligt war, bot unter anderem die Aufführung des Theaterstückes „Die Verwechslung“ und einen Auftritt der Tanzgruppe.

Im umfangreichen Programm der Kulturtage wurden auch die Literaturfreunde berücksichtigt. Lesungen boten der Schriftsteller Franz Hodjak sowie der Autor, Literaturkritiker und Übersetzer Georg Aescht. Gregor von Rezzoris „Maghrebinische Geschichten“ wurden von Marianne und Prof. Heinz Acker in Wort, Ton und einem Filmbeitrag lebendig vermittelt.



„Die Verwechslung“: Die Jugend der Kölner Gruppe spielte das Theaterstück. Foto: DG

Der Themen-Schwerpunkt „Hermannstadt – Europäische Kulturhauptstadt 2007“ wurde im GHH durch einen Vortrag der Chefredakteurin der „Hermannstädter Zeitung“, Beatrice Ungar, und den Film von Dumitru Budrala „Hermannstadt 2007 – Stadt der Kultur – Stadt der Kulturen“ illustriert. Ergänzend war die bereits im Landtag ausgestellte Präsentation zur „Europäischen Kulturlandschaft Rumänien“ zu sehen. Das Gemeinschaftsprojekt – vom Donauschwäbischen Zentralmuseum, Ulm, dem Museum Europäischer Kulturen, Berlin, dem Ethnographischen Museum, Brasov (Rumänien), der Kulturreferentin für Südosteuropa am DZM, dem Nationalmuseum für Geschichte Rumäniens, Bukarest, dem Auswärtigen Amt, Berlin, der Rumänischen Botschaft, Berlin, und dem Deutsch-Rumänischen Forum, Berlin – zeigte aus Anlaß des EU-Beitritts Rumäniens hochwertiges Fotomaterial von Hermannstadt und weiteren Kulturschätzen Rumäniens, die Eingang in die Welterbeliste gefunden haben.

»Da hilft kein Beten, da hilft bloß Mist«

Haßgefühle und Selbstmitleid schaden nur der eigenen Seele – Hildegard Rauschenbach über den Umgang mit dem Erlebtem

Von H. RAUSCHENBACH

Vor ein paar Tagen besuchte mich eine Diplom-Pädagogin, die an der Dortmunder Universität Rehabilitierungswissenschaft studiert hatte und zur Zeit an ihrer Dissertation arbeitet. Sie hatte mein Buch „Von Pillkallen nach Schadrinsk" gelesen und um ein persönliches Gespräch gebeten. Schon mehrfach hatten mich Studenten aufgesucht, die aber immer an ausländischen Universitäten studierten – wie der Oxford und Harvard Universität – und sich für das Schicksal der damals verschleppten Frauen interessierten.

Ariane – so hieß sie – hatte sich schon während ihres Studiums mit Fragen beschäftigt, wie die Frauen und Mädchen bei Ende des Zweiten Weltkriegs das Trauma sexueller Gewalt verkraftet hatten. Daß diese nie eine psychologische Betreuung erfahren hatten, wußte sie. Interessant war dabei für mich, von ihr zu erfahren, daß diese Frauen alles besser bewältigt hatten als die heute davon Betroffenen. Zu diesem Ergebnis führten jedenfalls Forschungen der Organisation „Media Mondiale" in Köln, die heute durch Gewalt traumatisierte Frauen betreut und unterstützt.

Ariane wollte wissen, was ich zu diesem Thema sagen könne. Da brauchte ich nicht lange zu überlegen, denn schon des öfteren wurde ich nach meinen Lesungen und Vorträgen gefragt: „Wie hat sich die Gefangenschaft auf Ihr weiteres Leben ausgewirkt?" oder „Was hat Ihnen die Kraft gegeben?" Ja, junge Mädchen standen vor mir, mich fast ehrfurchtsvoll anschauend, und sagten: „Sind Sie eine starke Frau!" Ich muß wohl stark gewesen sein. Ich erinnere mich auch, daß ich nie Selbstmitleid gehabt habe oder gar Haßgefühle; beides richtet nur Schaden an der eigenen Seele an. Was aber hat mir Kraft und Stärke gegeben? – Erbeten habe ich sie wissentlich nicht. Ein ostpreußisches Sprichwort sagt: „Da hilft kein Beten, da hilft bloß Mist."

Vielleicht war es der Mist, den ich einst aufs Feld gestreut habe, der dem Acker die Kraft gab und dessen Frucht ich aß? Oder war es der Stallgeruch und der alltägliche Kontakt mit den Tieren unseres Hofes, die ich schon als Kind so gern umsorgte, sie streichelte und mit Hund und Katz schmuste? Und schließlich waren da um mich Oma und Opa, Mama und Papa, Tante Auguste und meine älteren Brüder Werner und Alfred, die mit mir spielten und geduldig meine Wißbegierde befriedigten. Um mich war Liebe. Ich war ein fröhliches Kind, voller Übermut und Phantasie, Langeweile war mir fremd, zumal ich schon sehr früh, wie alle Landkinder, in kleine Pflichten eingebunden wurde. Und wie könnte ich die nahe fließende Szeszuppe vergessen, das geheimnisvolle Hochmoor „Kacksche Balis", die Poggenteiche und Roßgärten, oder das Barfußlaufen im morgendlichen taufrischen Gras. Es war mein Kindheitsparadies, das mir wohl das Rüstzeug fürs Leben gab und ein Fundament schuf, in dem eine reichliche Portion Optimismus einzementiert gewesen sein muß. Was mir wohl letztendlich die Kraft verlieh, all die Qualen bei Kriegsende und der dreieinhalb Jahre schwerste Zwangsarbeit in Sibirien zu überstehen.

Ist es vielleicht dieses Fundament, das einem Großteil unserer Nachkommen heute fehlt, und ist sie deshalb großen Belastungen nicht gewachsen? Wen wundert es da, daß in unserer modernen und vom Computer gesteuerten Welt die Heranwachsenden nach einem Halt suchen, ihn nicht finden und im Drogen- oder Alkoholrausch enden. Sollte es uns nicht nachdenklich machen, daß ein kleiner Eisbär weltweit die Herzen von Millionen Menschen zu bewegen vermag und Zoobesucher mit ihren Kindern stundenlang anstehen, um sich an seinem Spiel- und Kuschelbedürfnis mit dem menschlichen „Ziehvater" zu erfreuen? Und da ist wohl kein Kind dabei, das nicht selbst gern mit dem kleinen Raubtier kuscheln würde. Wie tröstlich zu wissen, daß die heutzutage in fast all unsere Lebensbereiche dringende Technik noch Raum für Gefühle läßt; wie hier offensichtlich den Wunsch nach Wärme und Zärtlichkeit.



Flucht und Vertreibung schlugen tiefe Wunden in den Seelen der Betroffenen. Foto: Archiv

Zurückkommend auf das am Anfang genannte Ergebnis von „Medica Mondiale", das durch Befragung von Zeitzeugen gewonnen wurde, muß ich an die chaotischen Zustände bei Kriegsende erinnern. Millionen von Flüchtlingen überfluteten unser geschundenes Land, suchten nach einer Bleibe, nach Nahrung. Mütter bangten um das Leben ihrer Kinder, in den östlich der Elbe liegenden Gegenden mußten Frauen und Mädchen noch immer die sowjetische Soldateska fürchten, und die Zukunft sahen alle als eine graue undurchdringliche Wand vor sich. Hier mußte man stark sein! Für Jammern und Grübeln über erlittene Qualen oder gar Selbstmitleid war kein Platz im täglichen Lebenskampf. So wurde alles verdrängt und verschwiegen. Verschwiegen aus Scham?

Ja, selbst in unserem sibirischen Lager war das Thema „Vergewaltigung" tabu. Heute frage ich mich warum? Den Frauen wurde doch Gewalt angetan! Sich verzweifelt wehrende Frauen oder Väter, die sich schützend vor die Tochter stellten, wurden kurzerhand erschossen! Lange Jahre blieb dieses Thema auch in den deutschen Medien unerwähnt. Erst als das Gemetzel in Jugoslawien stattfand und wieder Frauen und Mädchen zur Kriegsbeute wurden, kamen einige Stimmen auf, wie „das hatte es damals bei Kriegsende ja auch bei uns gegeben ..." Flüchtlingsströme aus den Kriegsgebieten kamen nach Deutschland, traumatisierte Frauen wurden sofort betreut.

Kritisieren muß ich das Fehlverhalten unserer Politiker und Medien (außer der *PAZ*), die sich scheuen, die etwa 200000 verschleppten Frauen, Mädchen und halbwüchsigen Jungen auch nur zu erwähnen. Sie haben für unseren verlorenen Krieg Reparationsleistungen erbracht. Unter menschenunwürdigen Bedingungen, mit Verlust von Gesundheit und oft auch des Lebens. Die Bundesrepublik Deutschland hat bekanntlich die Nachfolge des Hitler-Reiches übernommen und somit auch die Reparationskosten. Ein Teil dieser Kosten wurde an die Siegermächte mit Maschinen und Geräten aus den Fabriken abgegolten. Wie hoch die Entschädigungssumme war, die später von der Bundesrepublik Deutschland an die betroffenen Betriebe gezahlt wurde, ist leider nicht bekannt.

In jüngster Zeit wird der Opfer des Nazi-Regimes mit einer Ausstellung in Berlin gedacht, in der Gegner, Fahnenflüchtige und zum Tode Verurteilte ihre Würdigung finden. Auch an den Abschluß der Entschädigungszahlungen an die ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen wurde in einer Sitzung des Bundestages gedacht. Die Bundeskanzlerin zeigte sich zufrieden mit der ganzen Aktion und sagte zum Abschluß ihrer Rede: „... wir haben diesen Menschen ihre Würde wiedergegeben." Schließlich wurde am 11. Juni ein Gesetz verabschiedet, durch das DDR-Bewohner, die länger als ein halbes Jahr im Gefängnis gesessen haben, Entschädigung erhalten – und das ist auch gut so! Doch wer bitte gibt uns, den Verschleppten und gedemütigten Frauen die Würde wieder? Wir wurden nicht einmal erwähnt, und das tut weh – sehr weh!

Zahlen-Kreuzwort

Das Ausgangswort ist ELEGIE. Wandeln Sie nun auch die restlichen Zahlen in Buchstaben um. Gleiche Zahlen bedeuten gleiche Buchstaben im Rätsel und im Zahlenschlüssel.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
E	L	G	I									

14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26

ELEGIE

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

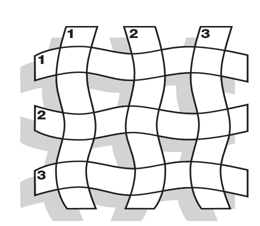
ABRTU, EHOR, EMOZZ, EGILS, EGOR, DEIN, BEGR, BEIL, BEOPR, DEEIRZ, EEGHIRRUZ, IORT, GNOS

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung der Hafen von Athen.

1	PERSONAL		SPRACHE
2	SEGEL		HORST
3	HIT		BEISPIEL
4	FILM		PRUEFUNG
5	DIENST		LACK
6	KNIE		BAND
7	SCHAU		PUTZER

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Fehlbetrag,
2 langhalsiges Tier,
3 unkompliziert

So ist's richtig:

Zahlen-Kreuzwort:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Computer, 2. Flieger, 3. Parade, 4. Aufnahme, 5. Siegel, 6. Strumpf, 7. Fenster – Piraeus

Magisch: 1. Defizit, 2. Giraffe, 3. einfach

Eine mildtätige Frau

Von Klaus Gröbig

Am 7. Juli 1207 kam die heilige Elisabeth auf der Burg Sarospatak in Nordungarn zur Welt. Schon im Alter von vier Jahren ließ sie ihr Vater, der ungarische König Andreas II., auf die Wartburg bringen, denn sie war dafür ausersehen, den ältesten Sohn des dortigen Landgrafen zu heiraten. Doch dieser starb 1216 und im Jahr darauf auch sein Vater. Der minderjährige Ludwig folgte ihm in der Thronfolge nach. Der hatte sich inzwischen in das junge Mädchen sehr verliebt. Sie war bei Hofe durch Sittsamkeit und Frömmigkeit aufgefallen. Nun konnte die aus politischen Gründen angebahnte Ehe 1221 doch noch geschlossen werden – wenn auch der Bäutigam gewechselt hatte. Die Ehe war – nach den überlieferten Berichten – sehr glücklich und aus ihr gingen drei Kinder hervor.

Als 1225 die ersten Franziskaner Mönche nach Eisenach kamen, übten sie großen geistigen Einfluß auf Elisabeth aus. Die Ideale der Frömmigkeit, Armut und Nächstenliebe fanden bei ihr Anklang und sie lebte sie auch. Mit den Franziskanern kam auch Konrad von Marburg, ein berühmt-berüchtigter Ketzerprediger, an den Hof. Er gewann rasch großen Einfluß. Diesem gelobte Elisabeth 1226 im Beisein ihres Mannes immerwährende Keuschheit für den Fall des Ablebens ihres Gemahls sowie Gehorsam gegenüber Konrad soweit es nicht in die Rechte des Landgrafen eingriff.



Heilige Elisabeth Foto: Archiv

Dieser Fall trat früher ein, als alle gedacht hatten. 1227 beteiligte sich Ludwig an einem Kreuzzug, aber noch bevor er das Heilige Land erreicht hatte, raffte ihn eine Seuche dahin. Elisabeths Schwager Heinrich Raspe IV. wurde Regent für den erst fünf Jahre alten Sohn des Landgrafen. Bald verließ Elisabeth die Wartburg, weil der Regent ihr laufend Schwierigkeiten bereitete. Die Herausgabe ihres Witwenerbes mußte Konrad von Marburg für sie durchsetzen. Sie wohnte zunächst bei ihrer Tante, die Äbtissin des Klosters Kitzingen war, und dann bei ihrem Onkel, dem Bischof von Bamberg. Dieser bemühte sich um ihre erneute Verheiratung – sogar der verwitwete Kaiser zeigte sich interessiert –, aber Elisabeth fühlte sich an ihr Versprechen gebunden. Als die Gebeine ihres Gemahls im Mai 1228 nach Eisenach gebracht wurden, um dort bestattet zu werden, kehrte sie ein letztes Mal nach Thüringen zurück. 1229 folgte sie ihrem Beichtvater Konrad nach Marburg. Dort errichtete sie aus ihrem geerbten Vermögen ein Hospital, in dem sie auch selbst arbeitete. Konrad verlangte von ihr viele Bußübungen und Geißelungen. Im November 1231 erkrankte Elisabeth schwer und starb am 19. November 1231. Vier Jahre später wurde sie durch Papst Gregor IX. heiliggesprochen.



Noch bis zum 1. August dieses Jahres in Berlins St. Johannes-Evangelist-Kirche: Die Wanderausstellung zur Wehrmachtsjustiz soll anschließend auch in Köln, München und Freiburg gezeigt werden. Foto: Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

»Was damals Recht war ...«

Nach der Antiwehrmachtsausstellung nun eine Ausstellung zur Wehrmachtsjustiz

Von Markus Schleusener

Luise Otten diente als Küchenleiterin bei einer Luftwaffeneinheit. Als sie sich im Juli 1944 während der Arbeit enttäuscht über das Scheitern des Attentats auf Hitler äußerte, wurde sie denunziert und verhaftet. Wenige Tage darauf mußte sie sich vor einem Luftwaffengericht in Bremen verantworten. Die Richter sahen den Tatbestand der „Wehrkraftzersetzung“ erfüllt und verhängten die Todesstrafe. Ende September 1944 wandelte Hermann Göring als Oberbefehlshaber der Luftwaffe das Urteil in eine zehnjährige Zuchthausstrafe um. Nach Kriegsende wurde Luise Otten Mitte Mai 1945 aus der Haftanstalt Lübeck-Lauerhof entlassen. Zwischen 1947 und 1991 unternahm sie mehrere Versuche, eine angemessene Entschädigung zu erhalten.

Otten soll ein beispielhaftes „Opfer der Wehrmachtsjustiz“ sein. Fälle wie der ihre werden in der Ausstellung „Was damals Recht war ...“ gezeigt. Diese Wanderausstellung wurde am 21. Juni von Justizministerin Brigitte Zypries in Berlin-Mitte eröffnet und ist in der Johannes-Evangelist-Kirche, Auguststraße 90, zu sehen.

Der Titel der Ausstellung ist ein (halbes) Zitat von Hans Filbinger, der diesen Satz so beendete: "... kann heute nicht Unrecht sein." Filbinger war selbst Marinerichter und mußte deswegen sein Amt als Ministerpräsident von Baden-Württemberg aufgeben. Nach seinem Tod am 1. April flammte die Debatte über Recht und Unrecht der Wehrmachtsjustiz noch einmal auf.

Die Fakten: Die Wehrmachtsjustiz behandelte etwa 1,5 Millionen Fälle. In 30 000 Fällen wurde die Todesstrafe verhängt, die in etwa 20 000 bis 23 000 Fällen vollstreckt wurde. Strafen unterhalb der Todesstrafe reichten von Straflager bis hin zum (gefährlichen) Dienst in Bewährungseinheiten.

Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem auf deutscher Seite in der Armee nur 48 Todesurteile vollstreckt wurden, war die vorherrschende Meinung, daß die laxe Haltung der Militärgerichtsbarkeit zur Niederlage Deutschlands beigetragen habe. Auch deswegen ging die Militärjustiz im Zweiten Weltkrieg viel härter vor, so wie der NS-Staat insgesamt härter mit vermeintlichen oder wirklichen Oppositionsgruppen und Regimegegnern umsprang.

Die Zahl der Wehrmachtsdeserteure war gering. Nur 0,1 Prozent aller Wehrmachtsangehörigen desertierten. Auch kam es nicht zu Aufständen wie zum Ende des Ersten Weltkrieges. Ob und wie weit die hohen Strafen eine Rolle gespielt haben mögen, ist unklar. Fest steht jedoch, daß die Wehrmacht eine sehr disziplinierte Streitmacht gewesen ist.

Der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld ist der Auffassung: "Das deutsche Heer war eine vorzügliche Kampforganisation. Im Hinblick auf Moral, Elan, Truppenzusammenhalt und Elastizität war ihm wahrscheinlich unter den Armeen des 20. Jahrhunderts keine ebenbürtig."

Die Ausstellung suggeriert, daß diese Disziplin teuer erkauft werden mußte. Zum Vergleich: Die Amerikaner vollstreckten während des Zweiten Weltkrieges gerade einmal 146 Todesurteile, die Franzosen 102 und die Engländer sogar nur 40. Die Deutschen dagegen – wie bereits geschildert – rund 20 000.

Solche Zahlen präsentiert die Ausstellung in einer übersichtlichen Tabelle. Der gewünschte Effekt ist klar: Es soll der Eindruck vermittelt werden, daß die deutsche Militärjustiz besonders hart gewesen sei und gnadenlos gegen Regimegegner in ihren Reihen vorgegangen sei. Wenigstens wird nicht verschwiegen, daß die sowjetische Militärjustiz sogar geschätzte 150 000 Todesurteile produziert hat. Plus dazugehörige Dunkelziffer, versteht sich.

Wer waren die Soldaten, gegen die von der Wehrmachtsjustiz die Todesurteile vollstreckt wurden? Primär Fahnenflüchtige. Die Ausstellung zeigt aber vor allem tragische Fälle wie den des U-Boot-Kommandanten Oskar Kusch, der 1944 hingerichtet wurde, weil er sich kritisch über Adolf Hitler geäußert und mangelnde Siegeszuversicht vermittelt habe. Kusch hielt den Krieg für verloren und wurde von seinen Kameraden denunziert. Die Militär-Richter wurden nach dem Krieg von der Nachkriegsjustiz freigesprochen, nachdem Kuschs Vater sie wegen Mordes angezeigt hatte.

Daneben wird an Hans Filbingers 1913 geborenen Altersgenossen Franz Schneider erinnert. Der damals Zwanzigjährige organisierte nach der Machtergreifung den Druck einer KP-Untergrundzeitung und kam dafür wenig später ins KZ. Er galt als zunächst „wehrunwürdig“, wurde aber 1942 in eine Bewährungseinheit eingegliedert. Hier baute Schneider sofort einen Widerstandszirkel auf. 1943 kam seine Einheit nach Griechenland, wo er Kontakt zu Partisanen pflegte. Im Frühjahr 1944 rechneten Schneider und seine Kumpane mit einer Landung der Briten und planten die Überwältigung der Vorgesetzten, um die Stützpunkte kampflos an den Gegner übergeben zu können. Das ganze flog jedoch auf und Schneider wurde mit zwei Kameraden im Juni 1944 erschossen.

Zwei Fälle, zwei Urteile. Aber sind sie beide gleichermaßen Beweis dafür, daß die Wehrmachtsjustiz insgesamt verbrecherisch war, wie es die Initiatoren der Ausstellung vom „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ beweisen wollen? Der Fall des kommunistischen Vaterlandsverräters ist ein Beleg dafür, wie ambivalent der gesamte Komplex Wehrmachtsjustiz ist. Immerhin hat Schneider für ein System gekämpft, das ein Vielfaches an Opfern produziert hat, was die Ausstellung mit ihrer „Tabelle“ ja selbst beweist. Aus diesem Grund hat er Landesverrat begangen. Daher hat der Bundestag vor eine Rehabilitierung in besonders schweren Fällen die Einzellfallprüfung gestellt. Pauschal aufgehoben wurden 2002 vom Bundestag jedoch alle Urteile gegen Deserteure. Und das, obwohl Fahnenflucht von jeder Armee der Welt bestraft wird.

Die Ausstellung „Was damals Recht war ...“ ist jedoch darauf ausgerichtet, nun auch Landesverräter grundsätzlich zu rehabilitieren. Dabei haben Initiatoren in der Justizministerin eine wichtige Verbündete, die sich bereits für die Fahnenflüchtigen eingesetzt hat. Bei der Eröffnung der Ausstellung forderte sie eine Diskussion über die Frage, „ob man nicht auch die Verurteilungen wegen Kriegsverrats pauschal aufheben sollte. Diese Form der Rehabilitierung ist schließlich eine wichtige Geste.“ Gleichzeitig regte sie an, eine Bundeswehrkaserne nach einem der Opfer der Wehrmachtsjustiz zu benennen.

Akribisch wurden für die Ausstellung Details wie Fotos, Briefe und Urteile zusammengetragen. Trotzdem sind den Machern kleinere Fehler unterlaufen wie dieser, gleich an der ersten Tafel: Sie zeigt ein Gesicht und den dazugehörigen Namen "Kurt Hoppe 1922–2000". Im Begleittext heißt es aber: „Kurt Hoppe wurde 1919 in Haynau / Schlesien geboren.“

Einen anderen Punkt müssen sich die Ausstellungsinitiatoren natürlich auch vorwerfen lassen: ihre selektive Wahrnehmung. Käme jemand anders auf die Idee, eine Ausstellung über alliierte Kriegsverbrechen zu zeigen, bei der die Untaten der Deutschen konsequent verschwiegen werden, dann käme er dafür mit Sicherheit wegen NS-Verharmlosung ins Gefängnis.

„Was damals Recht war ...“ zeigt die Wehrmachtsjustiz herausgelöst aus jeglichem Kontext und ohne auf die barbarische Kriegsführung der Alliierten hinzuweisen. So wird im hinteren Teil der Ausstellung der juristische Aspekt der Wehrmachtsjustiz gewürdigt. Drei Schauwände sind gesäumt von insgesamt zehn Tafeln, auf denen die Trümmer der zerstörten Städte Dresden und Köln zu sehen sind. Hat die Wehrmachtsjustiz jetzt auch die Städte Dresden und Köln auf dem Gewissen? Natürlich nicht. Diese Städte wurden von alliierten Bombern in Schutt und Asche gelegt. Hunderttausende unschuldige Zivilisten kamen dabei ums Leben, und die Verantwortlichen wurden ebenfalls nie zur Rechenschaft gezogen. Kein Wort davon in der Ausstellung.

Statt dessen wird in bester DDR-Manier an jene früheren Mitglieder der Wehrmachtsjustiz erinnert, die später in der Bundesrepublik Karriere machten. Mit den Worten von Brigitte Zypries: „Kein einziger Wehrmachtsrichter wurde für seine Taten zur Rechenschaft gezogen. Statt dessen saßen sie in Justiz, Universitäten und Ministerien und arbeiteten erst an der Vertuschung und dann an der Rechtfertigung ihrer Taten.“

Die Ausstellung ist dienstags bis freitags und sonntags von 12 bis 19 Uhr sowie freitags und sonnabends von 12 bis 21 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.

Eine streitbare Frau

Von Klaus Gröbig

Im sächsischen Wiederau wurde am 5. Juli 1857 Clara Eißner geboren. Ab dem 14. Lebensjahr besuchte sie das sächsischen Lehrerinnenseminar. Früh geriet sie unter den geistigen Einfluß linker und feministischer Ideologie. Sie lernte den russischen Berufsrevolutionär Ossip Zetkin kennen, der die heranwachsende Frau sehr beeinflußte. Mit 21 Jahren bestand sie die Lehrerprüfung und versuchte sich als Hauslehrerin, aber die Eltern ihrer Schüler zeigten wenig Verständnis für ihre Agitation. 1878 trat sie der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands bei, der späteren SPD. Im Rahmen ihrer rasch wechselnden Beschäftigungsverhältnisse lernte sie Sachsen und dann Österreich kennen. Schließlich folgte sie Ossip Zetkin 1883 nach Paris. Obwohl sie Ossip Zetkin nicht heiratete, nahm sie seinen Namen an und gebar ihm zwei Söhne. 1889 hatte sie Gelegenheit, maßgeblich an der Vorbereitung der Zweiten Internationale in Paris mitzuwirken. In der linken Szene stieg daher ihr Ansehen. Im selben Jahr starb Ossip Zetkin.

Nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes ins Deutsche Reich zurückgekehrt, gründete sie 1892 die sozialdemokratische Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ und übernahmt deren Leitung. 1907 wurde sie auf der ersten „Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen“ zur Vorsitzenden des Frauensekretariats gewählt. 1910 forderte sie auf der zweiten Konferenz die Abhaltung eines „Internationalen Frauentages“. Diesem Bemühen war sicherlich ihr nachhaltigster Erfolg beschieden. Bis 1989 wurde dieser Tag in der DDR mit großem Aufwand gefeiert, 1990 erbte die um das Beitrittsgebiet erweiterte Bundesrepublik diese Errungenschaft.



Clara Zetkin Foto: Archiv

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges bekämpfte sie die staatstragende Haltung der Sozialdemokratie im Reichstag. Ihr politisches Engagement brachte ihr 1915 vier Monate Freiheitsentzug ein. Sie radikalisierte sich. 1916 wurden der "Spartakusbund" und 1917 die USPD ihre politische Heimat. Schließlich wurde sie 1919 KPD-Mitglied. Ab 1920 saß sie für die extreme Linke im Reichstag und predigte dort die Solidarität mit Lenins und später Stalins Sowjetunion. 1924 siedelte sie in die UdSSR über und reiste nur noch sporadisch zu den Sitzungen des Reichstages nach Deutschland.

Obwohl sie mit der KPD bald im Streit lag, wurde sie dennoch immer wieder als Kandidatin für den Reichstag aufgestellt. Die Partei wollte sich die propagandistische Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Alterspräsidentin des Parlamentes zu stellen. In dieser Eigenschaft erklärte sie 1932 vor dem Parlament, sie hoffe es noch zu erleben, den ersten Kongreß der Volksräte Sowjetdeutschlands eröffnen zu können. Am 20. Juni 1933 starb Clara Zetkin in Archangelskoje in der Nähe von Moskau. Vor der Kremlmauer wurde sie beigesetzt.

MELDUNGEN

Route der Backsteingotik

Berlin / Landow – Die Europäische Route der Backsteingotik soll erweitert werden. „Wir hoffen, 2008 neue Partner zu gewinnen“, sagt Nadja Ritter, die das EU-Projekt beim Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung in Berlin betreut. Bereits in diesen Tagen wird die Beschilderung für die von 2004 bis 2007 neu hinzugekommenen Objekte entlang der Urlauberstrecke abgeschlossen. Allein auf der Insel Rügen sind zwölf alte Dorfkirchen zum Bestandteil der Backsteingotik-Route geworden. Bisher führt die Europäische Route der Backsteingotik in Norddeutschland durch die Kreise Rügen und Nordwestmecklenburg und in zehn Städte, darunter Rostock, Wismar, Stralsund und Neubrandenburg. Außerdem sind Bauwerke in Schweden, Dänemark, Polen und im Baltikum vertreten.

Zu Besuch bei Bach

Eisenach – Die weltweit größte Ausstellung über den Kirchenmusiker Johann Sebastian Bach (1685–1750) ist in Eisenach wiedereröffnet worden. Für Sanierung und Erweiterung des Bachhauses stellten die Europäische Union, der Bund und der Freistaat Thüringen insgesamt 6,3 Millionen Euro bereit. Das Museum wurde vor 100 Jahren von der Neuen Bachgesellschaft am Geburtsort des Komponisten gegründet. Es gilt als das erste Museum über Bach und gehört zu den meistbesuchten Musiker-Museen Deutschlands. Der Thüringer Kultusminister Jens Goebel (CDU) sagte bei einem Festakt, das hohe Ansehen des Bachhauses werde durch den Anbau weiter steigen. *idea*

Anknüpfen an Glanzzeiten

Rügen besinnt sich auf seine Vergangenheit – Badehaus Goor bietet stilvollen Erholungsurlaub

Von Helga Schnehagen

Schon Elizabeth von Arnim schwärmte um 1900, „daß Lauterbach einer der bezauberndsten Orte bleibt, die man sich vorstellen kann“. Und über ihren Aufenthalt im Badehaus Goor schrieb sie: „... waren meine Erfahrungen in diesem Hotel angenehm. Das Hotel war wunderbar still.“

Bis heute hat Lauterbach seinen verwunschenen Charme am Rügischen Boddenufer bewahrt. Daran hat weder der moderne Yachthafen mit seinen 300 Liegeplätzen etwas geändert, noch wird es der 18-Loch-Golfplatz tun, dessen Eröffnung für 2008 geplant ist. So „wundervoll“ wie einst ist auch der Goor genannte Buchenwald, der mit seinen schattigen Wegen das Ufer säumt. Schatzkästchen der Natur geblieben ist ebenso das vorgelagerte Inselchen Vilm, auf dem im 16. Jahrhundert zum letzten Mal ein Baum gefällt wurde.

„Mit weiten Blicken auf See und Himmel, auf mächtige Buchen, dichte Farne, blumenerfüllte Wiesen, enzianbewachsene Höhen“ verzauberte das Eiland schon Elizabeth – genauso wie zahllose Maler, die dort mit ihren Familien den Sommer verbrachten. „Dabei gibt es auf Vilm rein gar nichts, was den Eiligen anlocken könnte; um so mehr für den verträumten Touristen.“ Einziger Wermutstropfen: Auf eigene Faust, wie zu Zeiten Elizabeth von Arnims, kann man Vilm nicht mehr erobern, sondern nur noch im Rahmen geführter Wanderungen.

Mit dem gelungenen Neubau des Badehauses Goor unter Bewahrung der historischen Substanz, insbesondere der Fassade, hat Lauterbach jetzt auch sein nobles Flair wiedererhalten. Ist der kleine Badeort vor den Toren der Residenzstadt Putbus doch nicht nur Rügens ältestes Seebad. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war es auch der Treffpunkt der eleganten Welt des preußischen Adels. Selbst Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. hatte es 1820 nach Lauterbach gezogen. Vorsorglich hatte Fürst Malte den Grundstein des Badehauses im Jahr 1817 an dessen Geburtstag legen lassen. Auf Antrag durfte es dann sogar den Namen des Königs tragen.

Diese Glanzzeiten waren schon bei Elizabeth von Arnims Besuch längst Geschichte. Einer Geschichte, die mit einem Schreiben des Rostocker Arztes Samuel Gottlieb Vogel an Herzog Friedrich Franz I. von Mecklenburg-Schwerin 1793 begonnen hatte. Darin hatte der Mediziner empfohlen, ein Badehaus zu bauen, denn das Baden im Meerwasser helfe bei „sehr vielen Schwachheiten und Kränklichkeiten des Körpers“.

Noch im selben Jahr ließ der Herzog mit Heiligendamm das erste Seebad an der deutschen Ostseeküste eröffnen. 16 Jahre später ist Fürst Wilhelm Malte I. von Putbus erstmalig auf dessen Bäderliste zu finden. Doch der Fürst ließ sich nochmals sieben Jahre Zeit, bis er 1816 in Putbus ebenfalls ein kleines Badehaus errichten ließ, das dann aber sehr schnell durch das prachtvollere in Lauterbach ersetzt wurde. Mit dessen Einweihung 1818 hatte 25 Jahre später auch Rügens erstes Seebad Premiere.



Rügen: So wie Badegäste die Insel lieben Foto: ddp

Lauterbachs Karriere war jedoch nur kurz. Ab 1840 verlagerte sich das Bad immer mehr ins offene Meer, spielte sich das gesellschaftliche Leben zunehmend am Strand, auf der Promenade und der Seebrücke ab. Die Bäder in den Wannen aus italienischem Carrara-Marmor, von denen ein Exemplar noch im Garten vom Rügen-Hotel in Sassnitz steht, kamen aus der Mode. „Heroisch“ verzichtete man auf wohlige Temperaturen. Denn für die Hausbäder war das Wasser vom Rügischen Bodden ins Badehaus gepumpt und erwärmt in die Wannen geleitet worden.

Seit Ostern dieses Jahres ist der Wellness-Bereich mit Schwimmbad, Saunen, Wannenbädern und Physiotherapie – seiner Geschichte entsprechend – wieder das Herzstück des Badehauses. Seitdem findet man hinter der 50 Meter langen Kolonnade mit ihren 18 Säulen auch genau das Nobelhotel wieder, das die mächtige Fassade verspricht.

Fürstlicher als zuvor sind auch die Ausblicke. Denn abgesehen von der herrlichen Sicht auf Meer und Buchenwald bietet der Innenhof nun ein zusätzliches reizvolles Motiv. Als Wilhelm Malte, frisch geadelter Fürst zu Putbus, ab 1808 auf Rügen Europas letzte planmäßige Residenzstadt erbaute, machte er den Circus zum Prunkstück seiner klassizistischen „weißen Stadt am Meer“. Der runde Platz, aus dessen Mitte ein Obelisk emporragt, findet sich heute drei Kilometer von Putbus entfernt in der Lauterbacher Gartenanlage wieder. „Wir haben sogar den Obelisken im Kleinformat nachbilden lassen“, so das Ehepaar Raulff, die heutigen Hotelbesitzer.

Die Begeisterung für Kunst und Geschichte spiegelt nicht nur das Badehaus Goor wieder, das die Cuxhavener Hoteliers 2002 von der Treuhand Liegenschaftsgesellschaft (TLG) erwarben und für 14 Millionen Euro instand setzen ließen.

Das Restaurant vom Badehaus Goor verschlägt den Atem: Hinter weißen Säulen und glitzernden Kronleuchtern fesseln leuchtendes Pink und zartes Türkis das Auge. Bei aller Liebe zur Vergangenheit, die Raulff-Hotels gehen nicht minder mit der Zeit.

Hotel Badehaus Goor, Fürst-Malte-Allee 1, 18581 Lauterbach, Telefon (03 83 01) 88 26 0, www.raulff-hotels.de

Orte der Stille und Besinnung

Pilgerwandern als neuer Urlaubstrend – Die spirituelle Seite des Salzburger Landes

Von Cornelia Höhling

Zum Sonnenuntergang treffen sich alle auf dem Dach. Das Panorama ist überwältigend: die Mozartstadt Salzburg zu Füßen, von der Alexander von Humboldt, der weitgereiste preußische Gelehrte, sagte, sie sei eine der drei schönsten Städte der Welt, und in der Ferne der mächtige Untersberg. Während die Sonne sinkt, hat Pater Schwarzfischer ein passendes Gedicht zur Hand – ein Gotteslob. Auf der Pilgerwanderung sind wir Gäste im Johannesschlössl der Pallottiner auf dem Mönchsberg.

Bis dahin wußten wir kaum etwas von der Ordensgemeinschaft des Vincenz Pallotti (1795–1850), in der Patres und Laien zusammenleben.

„Wir sind ein Ort der Stille und Besinnung“, erklärt der Pater. Hier finde jeder schützende Mauern und ein Dach und müsse nicht beten, räumt er letzte Zweifel aus, bevor er ganz weltlich zum Dämmerschoppen ins Kellerstübl einlädt. Er halte es mit K&K, womit er Kirche und Küche meint. Für alle Situationen hat der 67jährige eine Lebensweisheit parat.

Pilgerwandern liegt im Trend und muß nicht religiös motiviert sein, weiß auch Toni Wintersteller von der Erzdiözese Salzburg. Das Motto vieler Wanderer heißt einfach: Kraft schöpfen, innere Ruhe und sich selbst finden. Beim Pilgern sei der Weg entscheidend, erklärt Wintersteller den Unterschied zur Wallfahrt, bei der es um das Ziel gehe. Durch das Salzburger Land führen drei Pilgerwege: die Via Nova, der Donau-Alpen-Adria-Radpilgerweg und über 800 Kilometer des Jakobsweges. Sie laden ein, Geschichte und Kultur des Landes Schritt für Schritt zu entdecken. Dabei ist Wissenswertes zu erfahren über Legenden, Rituale und Traditionen. Oftmals führt der Weg an alten Kultstätten und Wallfahrtszielen vorbei.



Oft auch schweißtreibend: Wandern in Begleitung christlichen Beistandes Foto: ddp

Wir treffen auf eine Pilgergruppe, ausgerüstet mit dem Pilgerstab, den eine Jakobsmuschel ziert, und begleiten sie ein Stück. Zunächst geht es zum Marienheiligtum Großgmain am Fuße des Untersberges. Hinter der Kirche liegt, wie der Ortspfarrer erläutert, „auf einem starken Energiefeld der Marienheilgarten“. Natur und Philosophie, Religion und Mythologie, Astrologie und Numerologie werden hier zu einer Weltsicht verbunden. Den Platz vor der Kirche schmückt indes ein barocker Brunnen, dessen doppelgestaltige, zum Himmel und zur Erde gewandte Marienfigur einst für Aufregung sorgte. Sie trägt das Kleid der römischen Göttin Diana, und aus ihren Brüsten fließt Leben spendendes Wasser.

Nach einer kräftigenden Pilgersuppe bei der Wirtin vom Gasthaus Wartberg folgen wir der Saalach flußaufwärts. Es geht auf dem Jakobsweg von Unken nach St. Martin beim bekannten Urlaubsort Lofer. Dank der aufmunternden Worte des Pilgerführers bewältigen wir auch den kleinen Umweg über die Wallfahrtskirche Maria Kirchental, wenngleich die letzte Etappe über den Tirolersteig auf 880 Meter Höhe schweißtreibend wird. Aber die 300 Jahre alte Kirche im abgelegenen Hochtal zu Füßen der Loferer Steinberge ist die Anstrengung wert.

Wegen ihrer Ausmaße „Pinzgauer Dom“ genannt, beherbergt sie eine einzigartige Sammlung von rund 1200 Votivtafeln. 100 davon können wie ein „Bilderbuch der Dankbarkeit“ betrachtet werden. Spirituelle Wanderer wollen in erster Linie ihre Heimat kennenlernen, den Menschen, die dort leben, begegnen und Kontakt zur Natur haben, wie es etwa alte Saalachtaler Heilwiesen ermöglichen. Für Pater Schwarzfischer findet sich diese Form der Dreieinigkeit aus Natur, Kultur und Religion in Salzburg auf engstem Raum. Auch ohne Mozart und Festspiele fasziniert das „Rom des Nordens“ als ein Konzentrat europäischer Kulturgeschichte. Kein Wunder, daß viele hier länger verweilen.

Einerseits ist es geprägt durch großzügige Profanbauten, darunter vier Schlösser: Klessheim, Leopoldskron, Hellbrunn und Mirabell, wo im prunkvollen Marmorsaal seit 1954 Konzerte gegeben werden. Mit über 350 Konzerten im Jahr soll es sich um die bedeutendste Kammermusikreihe der Welt handeln. Alles andere sind Schlössl, sagt der Pater, wie das Johannesschlössl auf dem Mönchsberg, von dem ein Fußweg zur Festung Hohensalzburg führt. Sie ist die größte erhaltene Wehranlage Mitteleuropas, die nie erobert wurde.

Andererseits hat Salzburg auch eine spirituelle Seite. Die Hauskapellen eingerechnet, beherbergt es 50 bis 60 Kirchen, schätzt der Pater. Alle haben eine interessante Geschichte, ob Franziskaner-, Universitäts- oder Stiftskirche von St. Peter. Allein der barocke, 1655 vollendete Dom bietet 3000 Menschen Platz. In seinem romanischen Taufbecken wurde der spätere Domorganist Wolfgang Amadeus Mozart getauft. Nicht weit davon entfernt markiert der „Nonnberger Hund“ als Grenzstein das Immunitätsgebiet der Abtei Nonnberg. Es ist das älteste Frauenkloster im deutschsprachigen Raum, das seit seiner Gründung 713/15 ununterbrochen bewohnt ist.

Für eine Urkunde am Ende des Pilgerweges im spanischen Santiago de Compostela, die jeder erhält, der mindestens 100 Kilometer auf dem Jakobsweg zu Fuß unterwegs war, reicht bereits der Salzburger Teil.

Was gab uns Pater Schwarzfischer mit auf den Weg? Man muß im Leben nicht nur fragen „warum“, sondern auch „wozu“.



für ein Jahresabo der





3 x Preußen für Sie als Geschenk

Unser wertvolles Preußen-Paket, bestehend aus zwei Büchern und einer DVD.

B. Schrader, Franz Kugler
Friedrich der Große und seine Zeit in Bild und Wort

In diesem Bildband sind die meisterhaften und inzwischen als klassisch zu bezeichnenden Darstellungen von Menzel, Chodowiecki, Rössler, Camphausen, Schadow und anderen Künstlern vereinigt, die mit den Texten des bekannten Historikers Kugler ein facettenreiches Bild der geschichtlichen Größe dieses bedeutendsten Preußenkönigs und seiner Zeit geben.
Geb., 194 Seiten, 90 Tafeln, 124 Abbildungen im Text, Querformat 26,5 x 22,5 cm, traditionelle Fadenbindung

Die Schlacht bei Auerstedt am 14. Oktober 1806

gehört zu den Schicksalsereignissen der deutschen und europäischen Geschichte. Gemeinsam mit der zeitgleich stattfindenden Schlacht bei Jena hat sie sich tief in die Erinnerung der Menschen dieser Region eingegraben.

Etwa 200 Jahre nach der Schlacht ist die vorliegende Produktion der Versuch, dieses historische Ereignis auch aus der Sicht der Auerstedter Landbevölkerung darzustellen. Dazu wurden überlieferte Szenen von 1806 zum Teil an Originalschauplätzen nachgestellt. Mit Hilfe von Spielszenen, animierten Karten, historischen Abbildungen und Texten erzählt dieser Film die Geschichte der Schlacht von Auerstedt.

DVD



3 x Preußen für Sie



Topographisch-militairischer Atlas von dem Königreiche Preußen

Ein beeindruckendes und einzigartiges Kartenwerk von 1810.

Dieser Atlas zeigt einfach alles!
Ein prachtvolles und ergiebiges Werk für jeden Heimat- und Geschichtsfreund! Eine Fundgrube für alle Kartensammler!

Grandios und außergewöhnlich ist seine Genauigkeit!
Auf den bestechend gezeichneten Kartenblättern finden Sie jeden Ort, jede Poststation, jede Straße, Festungen, Vorwerke, Kirchen und Kapellen, Wirtschaftsbetriebe, Brücken und Schleusen, Wiesen und Moore – ja sogar einzelne Häuser und Baumgruppen.
30 faszinierende Detailkarten!
Herausgegeben wurden die außergewöhnlichen Karten von dem berühmten „Geographischen Institut in Weimar“.

Lesen Sie die
Preußische Allgemeine Zeitung

- **Informationen**, die Hintergründe aufzeigen.
- **Themen**, die Sie woanders nicht lesen.
- **Kommentare**, die aussprechen, was andere verschweigen.

A N T W O R T   C O U P O N

Einfach absenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Parkallee 84/86
20144 Hamburg
oder am schnellsten per
SERVICE-TELEFON bestellen
Telefon: 040/41 40 08 42
Fax: 040/41 40 08 51
www.preussische-allgemeine.de

Schicken Sie mir bitte die Preußische Allgemeine Zeitung von der nächsten erreichbaren Ausgabe an für mindestens 1 Jahr und zusätzlich das Preußen-Paket für z.Zt. nur EUR 99,60 im Jahr (inkl. Versandkosten). Mit dem Bezug der Preußischen Allgemeinen Zeitung werde ich gleichzeitig Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen. Gültig ist der jeweils aktuelle Bezugspreis. Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Für bestehende oder eigene Abonnements oder Kurzzeitabos (unter 12 Monaten) wird keine Prämie gewährt. Im letzten halben Jahr waren weder ich noch eine andere Person aus meinem Haushalt Abonnent der Preußischen Allgemeinen Zeitung. Prämienauslieferung solange Vorrat reicht. Lieferung nur innerhalb Deutschlands.

☒ Ja, ich abonniere für mind. 1 Jahr die Preußische Allgemeine Zeitung und möchte das Geschenk-Paket Preußen

☐ bequem + bargeldlos durch Bankabbuchung ☐ gegen Rechnung

Name/Vorname:

Straße/ Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Kontonummer:

Bankleitzahl:

Geldinstitut:

Datum, Unterschrift

Auf Nehmen fixiert

Betr.: „Der ‚Zwillingsflüsterer‘ sucht die Konfrontation“ (Nr. 25)

Ein bißchen Schadenfreude sei mir gegönnt, wenn ich nun lese, wie sich die polnischen Zwillingshäuptlinge zum Erstaunen aller in der EU benehmen. Nun lernt auch der gutgläubigste Westdeutsche, was und wie Polen, diese ach so freundlichen Gastgeber mit der großzügigen Wodkaflasche, sind, und der stets offen zum Nehmen ausgestreckten Hand. **Barbara Berger, Dortmund**

Eigene Leute fragen

Betr.: „Der Halbkreis steht für den Tod“ (Nr. 25)

So lobenswert es ist, für Bundeswehr-Angehörige ein Ehrenmal zu schaffen, so fragwürdig ist die Verfahrensweise seiner Entstehung. Wieso entscheidet darüber der Verteidigungsminister mit der obersten Bundeswehrführung ohne die Angehörigen der Bundeswehr? Was spricht dagegen, den „Staatsbürger in Uniform“ in den Entstehungsprozeß mit einzubeziehen? Gibt es an der Führungsakademie der Bundeswehr oder dem Zentrum für Innere Führung keine kompetenten Bundeswehr-Angehörigen, die hier Vorschläge machen könnten? Hat die Bundeswehrführung so wenig Vertrauen in die Kompetenz ihrer Untergebenen? Diese Verfahrensweise wäre kostengünstiger und könnte die Identifikation derer, für die das Ehrenmal geschaffen werden soll, deutlich erhöhen.

Herbert Hedderich, Oldenburg



Undankbarer Gast: Merkel mußte sich einiges von ihrem Besuch aus Polen sagen lassen. Foto: ddp

Wie beim Grand Prix Eurovision

Betr.: „Jene, die wollen, müssen gestalten“ (Nr. 22)

Polen hatte sich schon zum Ende des Krieges und erst recht danach als „Ziehkind“ der Siegermächte, vor allem Englands, selber als Siegermacht aufgespielt. Den Polen kam der absolute Willen Englands, Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig als Großmacht in Europa auszuschalten, sehr gelegen. Sie nutzten die Gunst der Stunde, nicht nur ihre Westgrenze bis zur Oder-Neiße auszudehnen und mit der Vertreibung der Deutschen aus den 800jährigen Siedlungsgebieten brutal Fakten zu schaffen, sondern gleich auch noch in Abänderung der Oder als Grenzfluß das Gebiet Stettin zu annektieren. Polen war sich dessen bewußt, daß sich niemand zum Ende des Kriegs um solche „Kleinigkeiten“ kümmern würde. Die Polen hatten richtig kalkuliert. Im weiteren wurde aus der Verwaltung bis zum Friedensvertrag Eigentum. Noch im Lande verbliebene Deutsche wurden brutal unterdrückt. Hat sich das auch nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes etwas geändert, sind doch die Vormachtbestrebungen Polens in Europa nicht geringer geworden.

Polen mischt sich permanent in innere Angelegenheiten Deutschlands ein. Zeitnahe Beispiele sind das geplante Denkmal für Vertreibungen in Berlin wie auch der Bau der Pipeline an Polen vorbei durch die Ostsee.

War Feilschen und Fordern seitens Polen, im Vorfeld und während der Aufnahmeverhandlungen in die EU gängige Praxis, kümmert sich Polen, außer beim „Gelder einspülen“, wenig um die Interessen seiner Partner.

Schon im Irak-Krieg stellte sich Polen an die Seite der USA als „Starker und verläßlicher Partner“, Europa seine nationale Stärke und internationale Unabhängigkeit vor Augen führend. Auch gegenwärtig holt Polen, den „Kalten Krieg“ wieder anheizend, gegen die Bedenken der EU amerikanische Raketensysteme ins Land. Oder wurde das im Vorfeld mit der EU abgestimmt?

Bei den Änderungen der EU-Verfassung sollen die westlichen Partner acht geben, daß ihnen nicht gleiches widerfährt wie beim Grand Prix Eurovision: die westeuropäischen Länder zahlen, die Osteuropäer ziehen für sich die Fäden – und England bleibt abwartend.

Heinz Dobschinski, Pirna

Mythos vom Befreier ablegen

Betr.: „Geschichtspolitischer Flächenbrand“ (Nr. 20)

Es ist nur noch eine Frage der Zeit bis Deutschland dem Beispiel Estlands und Polens in Sachen sowjetischer Ehrenmale folgen wird, schließlich kam die Rote Armee als eine Horde Vergewaltiger und Plünderer nach Deutschland. Die Legende der „Befreier“ muß endlich mit den anderen linken Mythen ad acta gelegt werden. **Mike Reisch, Carlisle, Ma., USA**

Die Amerikaner stehen bei den Polen höher im Kurs, doch das Geld der EU nehmen sie trotzdem

Betr.: „Flickwerk Europa“ (Nr. 26)

Der polnische Nationalismus läßt kaum eine Gelegenheit aus, wenn es darum geht, den Deutschen auf die Füße zu treten. Anstatt die „Chance Europa“ beherzt zu ergreifen, wird auf größtmögliche Eigenständigkeit gepocht. Die US-Amerikaner stehen als Bündnispartner viel höher im Kurs als die direkten Nachbarn, die sich inzwischen mit ihnen in der Nato und der EU zusammengefunden haben. Lieber besetzt man eine eigene polnische Zone im Irak und installiert mit den Amerikanern eine umstrittene Raketenabwehr. Selbstverständlich werden die EU-Gelder trotzdem gerne genommen, immerhin handelt es sich um 65 Milliarden Euro bis zum Jahr 2013. Diese bereits vereinbarten EU-Transferleistungen befördern das eigene Land und lassen zu Deutschland aufschließen. Dies ist ohnehin ein wichtiges Ziel Polens und somit ein Hauptgrund für den Streit um die Verteilung der Stimmgewichtung in der EU.

Polen setzt sich daher gern mit seinem westlichen Nachbarn, dem EU-Gründungsmitglied und einer der noch immer weltweit führenden Wirtschaftsnationen Deutschland, gleich. Aus polnischer Sicht ist ein großes politisches Gewicht Deutschlands in der EU nicht wünschenswert. Zu ärgerlich für den EU-Neuling ist nur, daß alle heranziehbaren polnischen Daten im Vergleich bei weitem nicht die Werte Deutschlands erreichen, vielleicht am ehesten noch die Größe der Staatsfläche. Aber nur numerisch gesehen. Beim genaueren Hinsehen gibt es auch hier einige für Polen unangenehme Auffälligkeiten. Die Urbanisierung Polens liegt bei nur etwa 60 Prozent, die Deutschlands bei 90 Prozent. Weite Teile der westlichen ehemaligen deutschen Landschaften wurden nie wirklich von den Polen in Besitz genommen. Vielmehr hat dort nach der Entvölkerung die Natur Raum gegriffen. In den Wäldern heulen seit 1947 die Wölfe. Heute wandern gelegentlich welche von ihnen über die Oder bis nach Brandenburg und Sachsen.

Während im wirtschaftsstarken Deutschland aktuell mehr als 82,5 Millionen Menschen leben, sieht es in Polen mit derzeit angeblich 39 Millionen Einwohnern schlechter aus. Vergleichbar mit unseren östlichen Bundesländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern verliert Polen beständig Menschen. Die Geburtenrate liegt heute sogar unter der natürlichen Sterblichkeitsrate. Es findet nicht nur eine Landflucht, die zur Verödung weiterer Landstriche geführt hat, sondern auch eine Landesflucht statt.

Seit dem Fall der Mauer versuchen Polen ihr Glück im Ausland. Nicht nur nach Deutschland sind seitdem Hunderttausende Polen gekommen, um hier zu leben und zu arbeiten. Ein besonders beliebtes Ziel war und ist Irland, seit ein paar Jahren auch Großbritannien.

Der Lebensmittelpunkt vieler Polen ist daher schon lange nicht mehr Polen. Für diese Menschen ist Polen nur noch ein Urlaubsland. Und mit der polnischen Politik sind sie ohnehin nicht einverstanden. Eine EU-weite Bevölkerungszählung steht erst für das Jahr 2012 an. Auch durch eine „kreative“ Zählung wird Polen die bisher genannten Einwohnerzahlen dann kaum mehr behaupten können.

So droht auch eine negative Wirtschaftsentwicklung. Polen verliert vor allem gut ausgebildete und arbeitsfähige Menschen. Ein Fachkräftemangel ist bereits Realität. Auffällig ist die schlimme Lage im Gesundheitswesen. Hinzu kommt, daß in den letzten Jahren auch in Polen die Löhne gestiegen sind. Auslagerungswillige westliche Unternehmen suchen daher bereits andere Länder für ihre Produktionsstätten. Nicht nur aus diesen Gründen verliert das Land an Attraktivität für Investoren, auch wenn die von den Nettozahlern aufzubringenden derzeit fließenden EU-Zahlungen hier noch einiges überdecken.

Ob das EU-Entwicklungsland Polen auf Dauer ein Gewinn für die Union sein wird, muß intensiv beobachtet werden. Jahrzehntelang war Polen nahezu aus dem Blickfeld der westlichen Geographen, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler verschwunden, was auch der Unzugänglichkeit zur Zeit des Kommunismus geschuldet ist. Über Polen ist daher im wesentlichen nur das bekannt, was die Polen selber über sich preisgeben. In diesem Zusammenhang ist somit eine verstärkte Hochschulforschung zu verlangen. Wir wollen unseren unruhigen Nachbarn ja verstehen lernen.

Gerriet Kohls, Langenhagen

Eigentlich haben es alle gewußt

Betr.: „Staatsaffäre Doping“ (Nr. 22)

Der Aufruhr um die Doping-Aktivitäten im Fahrradsport, der auffällig plötzlich inszeniert ist, auf jeden Fall und mit gewissen dunklen Verdachtsmomenten gegenüber hohen Funktionären bis hin zur politischen Klasse auch zu spät, zeigt doch noch andere Aspekte als die, die sich in den Medien dauernd wiederholen: Fröhliche Urständ feiern vor allem Pharisäertum und Vor-Verurteilungen ohne Sachkenntnis-Basis. Wer jahrelang geglaubt hat, daß das US-Team bei der Tour de France ohne Doping ausgekommen sei, möge auch weiterhin an den Weihnachtsmann glauben. Wer jahrelang trotz Hinweisen und harten Verdachtsmomenten nichts entdeckt hat, ist ein schlechter Ermittler.

Keiner hat damals etwas Geheimes getan, das er dann fleißig vertuschen mußte. Andere Sportmediziner-Äußerungen habe ich noch im Ohr: „Wir stehen erst im Vorhof der großen Leistungssteigerungen.“

Da gab es kaum Zweifel, daß diese Leistungssteigerungen ohne pharmakologische Nachhilfe nicht zustande kommen würden. So war halt damals die Mentalität.

Daß allerlei schiefgelaufen ist, auch bis hin zu kriminellen Machenschaften, bestreitet niemand. Körperverletzung via Doping ist bei DDR-Betreuern auffällig lasch geahndet worden. Da gab es wenig medienträchtige Aufregungen.

Jetzt aber alle hiesigen Sportler und an den Sportlern aktive Betreuer in die Pfanne zu hauen und Rückgabe von gelbem Trikot und anderen Prämien zu fordern, die Amerikaner zu umgehen und ihnen alles zu glauben dürfte bestenfalls als übereilt bezeichnet werden, schlimmstenfalls als Mißgunst. Für letzteres sprechen sogennante Bekenntnisse von Betreuern, die man verdächtigen könnte, „alte Rechnungen“ begleichen zu wollen.

Herr Scharping, dem zu seinen Zeiten als Verteidigungsminister auch so allerlei nur marginal bekannt zu sein schien, sollte sich auch als Ober-Radfahrer nicht zu sehr aus dem Fenster lehnen. Wesentlicher sind Versicherungen, daß man wissenschaftlich noch intensiver arbeiten will, um Mißbrauch und Schaden zu verhindern, natürlich auch organisatorisch.

Warum aber bringt man zunächst nicht die charakterliche Größe auf, zuzugeben, daß mehr oder minder alle versagt haben, auch die, die immer größere Leistungen sehen wollten, denen die Tour de France viel zu leicht erschien, daß aber die Leistungen dennoch auch durch hartes Training und physische Quälerei zustande gekommen und beachtlich sind und daß man ab jetzt neue, bessere Maßstäbe anlegt, und zwar für alle, für alle Sportler, alle niederen, aber auch hohen Funktionäre, alle Journalisten und Kommentatoren, sogar Zuschauer. Würde denn unser Globus darunter leiden, wenn man ohne Rachegedanken nach einem gnädigen Schlußstrich klüger geworden neu anfängt? Sicherlich nicht.

Dr. Hans-Wolfgang Pollack, Schramberg

Wer kannte Schwester Bona?

Betr.: Schwester Anna Pestka

Die Kongregation der Heiligen Katharina aus Braunsberg / Braniewo wandte sich an den Bund der deutschen Minderheit in Danzig mit der Bitte, sie in der Informationssuche über Anna Pestka, eine der Schwestern des Ordens, zu unterstützen.

Im Jahr 1905 wurde Anna Pestka in Pommerellen, in der Region Danzig oder Konitz geboren. 1929 trat sie der Kongregation der Schwestern der hl. Katharina Jungfrau und Märtyrerin in Braunsberg bei, wo sie den Ordensnamen Bona annahm. Nach Beendigung des Postulats wurde sie am 21. Oktober 1929 ins Noviziat aufgenommen und hat am 30. April 1932 die zeitliche Profeß abgelegt. Gemäß ihrer Ausbildung wurde sie nach der Profeß für die Büroarbeit im St. Marien-Krankenhaus in Allenstein bestimmt. Im Jahre 1940 wurde sie lungenkrank und kam etwa 1941 nach Wormditt in die Lungenheilanstalt auf den Andreasberg.

Im Februar 1945 wurde sie beim Einmarsch der russischen Armee in Wormditt von den Russen mißhandelt und ist infolge dieser Verletzungen am 1. Mai 1945 im Kloster in Wormditt gestorben.

Am 8. Dezember 2004 wurde in Braniewo ihr Seligsprechungsprozeß eröffnet und am 9. Dezember 2006 auf der Diözesanebene abgeschlossen. Schwester Bona / Anna Pestka wurde in die Gruppe der Märtyrerinnen der Keuschheit aufgenommen. Im Dezember 2006 wurden ihre Prozeßakten dem Vatikan übergeben, leider ohne Geburtsort und Geburtsdatum.

Im Archiv der Schwesternschaft sind diese Angaben nicht vorhanden. Gibt es Personen, die Anna Pestka oder ihre Familie kannten? Für jede Auskunft über Anna Pestka, über ihre Jugendzeit vor dem Eintritt in die Kongregation, wo sie wohnte und welche Schulen sie besuchte, sind wir sehr dankbar.

Bitte übersenden Sie die Angaben an: Bund der Deutschen Minderheit in Danzig, Zwinzek Mniejszonci Niemieckiej w Gdansku, ul. Warynskiego, 80-433 Gdansk, Fax 0 58 3 44 93 52, E-Mail: dfkdanzig@wp.pl **Gerhard Olter, Danzig**

Kohl gegen Geißler

Betr.: „Alles in Butter mit Attac, Herr Geißler?“ (Nr. 23)

Man mag an Helmut Kohl aus konservativer Sicht ja mancherlei kritisieren – aber daß er sich Ende der 80er Jahre von Heiner Geißler distanziert hat, zählt zu seinen positiven Seiten. Leider ist diese klare Abgrenzung von Links-Utopisten im christlich-demokratischen Tarngewand nicht lange durchgehalten worden. CDU heute – eine Partei, die einen Martin Hohmann ausschließt und einen Heiner Geißler nicht ausschließt: Das sagt eigentlich alles.

Hans-Jürgen Mahlitz-Stecher, Stephanskirchen / Obb.

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Feministinnen sehen Kopftuchzwang nicht

Betr.: „Speerspitzen des Islam“ (Nr. 24)

Die Minarette wachsen in unserem Lande in den Himmel und bekunden, daß der Islam auf dem Vormarsch ist, in der Regel mit dem Segen von Regierungen und Verwaltungen, die sich über den Willen der Anwohner hinwegsetzen und nicht begreifen oder es auch nicht wollen, daß der Islam nicht in unser Land gehört.

Besonders wundert es mich, daß die vielen linken Politikerinnen die Augen schließen und wohl darauf warten, daß sie irgendwann das Kopftuch anlegen dürfen und in der Politik wie in der Gesellschaft nichts mehr zu melden haben.

Martha Komstad, Berlin Wilmersdorf

Das falsche Regiment

Betr.: „Preußens Militär war gut integriert“ (Nr. 23)

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* sollte sich selbstverständlich auch mit dem Gardekorps gut auskennen. Das Gemälde auf Seite 14 zeigt nicht, wie in der Bildunterschrift fälschlich angegeben, das Kürassierregiment der Gardes du Corps (also schwere Kavallerie) im Lustgarten, sondern der Kaiser reitet hier ganz offensichtlich die Paradeaufstellung des nicht minder berühmten 1. Garde-Regiments zu Fuß in Potsdam ab. Dieses Regiment verstand sich zu Recht als das „Erste Regiment der Christenheit“ und hatte den Wahlspruch „Semper talis“ (stets gleich), welcher auch auf den Grenadiermützen zu finden war.

Prof. Dr. Th. Hering, Kamen-Heeren

Pflichtlektüre

Betr.: „Nicht mehr Herr im eigenen Land“ (Nr. 25)

Zu selten haben sich Persönlichkeiten zu den rückständigen, mittelalterlichen und für den westlichen Kulturkreis gefährlichen Zielen und Gepflogenheiten des Islam so klar geäußert!

Dank und Anerkennung für Herrn Röhl!

Der Artikel sollte Pflichtlektüre für die leider schon zu vielen Gutmenschen in allen unseren Parteien sein! Hoffentlich bleiben Bundespräsident Köhler und Kanzlerin Merkel bei der Ablehnung der EU-Mitgliedschaft der Türkei! Willkommen sind die Türken, die sich den Gepflogenheiten unseres Landes anpassen und das Grundgesetz achten, ansonsten sind sie besser in Anatolien aufgehoben. Wir lieben – sollten es zumindest – unser Land und wollen Herr in unserem Land bleiben. Ich habe viele Artikel von Herrn Röhl mit großem Interesse und Zustimmung verfolgt – dies war der Beste!

Werner Golke, Meerbusch



Wurden als Nazis beschimpft: Gegner der in Köln geplanten Großmoschee Foto: ddp

Hervorragend

Betr.: „Nicht mehr Herr im eigenen Land“ (Nr. 25)

Ich danke Ihnen für diesen die Tatsachen in hervorragender Weise wiedergebenden Artikel. Nach meinen Erfahrungen ist dem inhaltlich nichts hinzuzufügen. Eine kleine Anmerkung möchte ich machen: Zu den zwölf Millionen Vertriebenen sollte der sehr wichtige Zusatz „Überlebenden“ nicht fehlen. **Karl Greve, Sankt Augustin**

Welteroberung

Betr.: „Nicht mehr Herr im eigenen Land“ (Nr. 25)

Klaus Röhl hat in bewundernswürdiger Klarheit die Problematik der muslimischen Zuwanderung beschrieben, welche in der bewußten Verweigerung von Integration dieser Zuwanderer besteht. Daß ein Aspekt dieser Verweigerungshaltung auch im Welteroberungsauftrag der Ideologie Islam zu suchen ist, wird leider viel zu selten thematisiert. **A. Verroes, München**

Preußenfuchs fügt zusammen, was preußisch zusammengehört

Betr.: *Preußische Allgemeine Zeitung*

Die *PAZ*- Familie wächst weiter. Die geneigten Leser dieser wunderbaren Zeitung erinnern sich noch an den Leserbrief vom 17. Februar 2007 zur Gründung einer *PAZ*-Familie mit dem Titel „Hallo Nachbarn!“ Aber Hallo, welch eine muntere Resonanz aus dem gesamten Verbreitungsgebiet der *PAZ*! Der Stamm stand sehr schnell, die Äste strotzen nun den Stürmen des allzu bequemen, lottergestützten Zeitgeistes. Die Zweige tragen preußische Blätter, der Frühling nach E. Mörike ist gekommen.

Einstimmig war die Gratulation zu der Idee, auf diesem Wege der Preußengemeinde einen weiteren Flaggenstand hinzuzufügen.

Was der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* aus Datenschutzgründen nicht erlaubt ist, darf auf diesem Wege duftende Blütenstände entwickeln, auf der jede neugierige Hummel ihren Nektar findet: Austausch von Adressen, Informationen, Erfahrungen und Meinungen. Der „Preußenfuchs“,- so wurde ich alsbald genannt, verbindet, koordiniert, fügt zusammen, was preußisch zusammengehört!

Welch großartige Menschen habe ich auf diesem Wege kennengelernt und mit anderen auch wieder passend verbinden können: Der Johannisburger findet einen Johannisburger; der Liebhaber von Königin Luise (Friedrich Wilhelm III. mag es gestatten) findet eine Liebhaberin von erschienenen Bildbänden zu dieser preußischen Mutter zweier Könige. Der Königsberger Junge oder das Pilkallener Mädchen sind in der Tiefe ihres Charakters, mit den Erfahrungen aus der Heimat, der Odyssee zu ihrer neuen Heimatfindung und dem „was nun“ Menschen ganz besonderer Qualität.

Sich mit ihnen zu unterhalten ist nicht das oberflächliche Geschwatze der meisten „Talkshows“, sondern erfüllte Sehnsucht nach sprachlicher Durchdringung des Daseins.

Besonders nenne und bedanke ich mich hier bei Irmgard K., Hermann W., Hans-Georg B., Udo M., Klaus N., Rudolf G. und Helga A.

Sie gehörten zu den ersten Blättern an diesen Frühlingszweigen, auf denen noch viel Platz mit diesem erneuten Aufruf ist:

Liebe Leser und Leserinnen, scheuen und verstecken Sie sich nicht, verharren Sie nicht an Ihrem Tellerrand, in Ihren vier Wänden, in Ihrer Ortsgruppe, sondern freuen Sie sich auf eine Welt der unbegrenzten Kontaktmöglichkeiten über diese Zeitung preußischer Existenz und Kraft.

Für neue hinzu gekommene LeserInnen:

Der letzte Satz des Aufrufs vom Februar lautete:

„Ich freue mich auf Ihren Anruf zwecks Zusammenführung der *PAZ*-Familie“. Und wie sagte noch eine wackere Mitstreiterin aus Norden zu mir: „Wir suchen uns unsere Freunde aus“!

Also auf zur nächsten Runde. Besuchen Sie die *PAZ*-Familie. Suchen Sie sich ihre Freunde aus!

Es freut sich auf Ihren ersten Anruf, Telefon (0 49 31) 1 20 78.

Heinz Welchert, Norden

Milliarden-Schaden

Betr.: „Lehrreiche Lektüre für Träumer“ (Nr. 23)

In Volkers Koops Buch „Besetzt“ nennt der Autor Hans-Joachim von Leesen die Zahl 346 000 erbeutete Patente.

Er vergaß aber den Wert dieser gestohlenen Patente anzugeben.

Ich habe in Amerika in einem wissenschaftlichen Journal gelesen, daß der Wert der Patente mit geschätzten 175 Milliarden Gold-Dollar angegeben war.

Der Schaden, der Deutschland dadurch entstanden ist, ist unermeßlich.

Gerhard Heydemann, Gr. Umstadt

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4831**

Enkel werden für Versäumnisse büßen

Betr.: „Speerspitzen des Islam“ (Nr. 24)

Daran hätte Ralph Giordano früher denken sollen. Als Linker hat er doch Einfluß in Deutschland. Spätestens vor 20 Jahren hätte man diese Entwicklung noch verhindern können. Heute, wo nicht einmal massive Proteste der Mehrheitsbevölkerung den Bau einer Moschee in ihrem Wohngebiet verhindern können (Berlin-Heinersdorf), ist es zu spät. Unsere Enkel und Urenkel werden für diese Versäumnisse büßen müssen, indem sie ein Leben mit einer dominanten, fremden Kultur, die unsere Kultur mißachtet und als Leitkultur nicht anerkennt, als Minderheit leben müssen. Ein friedliches Miteinander ist nicht zu erwarten. Das Versagen der Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten wird böse Folgen haben. Europa sollte deshalb endlich alles unternehmen was die europäische Kultur, Rechtsauffassung und Lebensart durchsetzt und erhält. Konsequentes Handeln ist erforderlich. Dazu gehört auch ein Kopftuchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen.

Doris Richter, Berlin

Von Wehrmachtsoldaten den Eltern entrissen

Betr.: Leserbrief „Getötete Kinder“ (Nr. 15)

So sehr ich nachvollziehen kann, was die Leserbriefschreiberin beim Anblick des Fotos vom sowjetischen Ehrenmal in Berlin empfunden hat und mit welchen Gefühlen sie ihren Leserbrief schrieb, muß ich ihr leider in einem Punkt widersprechen. Nämlich wenn sie schreibt: „Mit Sicherheit wurden keine russischen Kinder ihren Müttern entrissen und im Krieg nach Deutschland mitgenommen.“ Zumindest in einem Fall hörte ich es anders. Vor ein paar Jahren kam ich in Königsberg mit einem einfachen Russen meines Jahrgangs 1937 auf deutsch ins Gespräch. Auf meine Frage, wo er ein so gutes Deutsch gelernt habe, antwortete er: „In Wuppertal bei meinen Adoptiveltern und in der dortigen Schule.“ Ausführlich berichtete er, daß nach der Eroberung seines Heimatdorfes bei Smolensk 1941 durch die Wehrmacht ein hoher deutscher Offizier ihn und andere blonde und blauäugige Jungen etwa seines Alters aus den Dorfkindern ausgesucht habe. Sie seien nach Deutschland gebracht, an kinderlose Ehepaare verteilt und von diesen adoptiert worden. Seine neuen Eltern hätten ihn liebevoll behandelt. Außer seinen richtigen Eltern, Geschwistern und Freunden und der Muttersprache habe es ihm an nichts gefehlt. Bei seiner Einschulung habe er schon so gut deutsch gesprochen, daß er keine Probleme gehabt habe. Nach dem Krieg sei er repatriiert worden, habe leider seine Familie nicht mehr gefunden und sei deshalb hierher gezogen. – Er erzählte das alles langsam und nachdenklich, ohne Vorwürfe, suchte oft nach deutschen Worten und wirkte auf mich sehr glaubwürdig. Übrigens wurden deutsche Kinder in den russischen Waisenhäusern von Königsberg nicht russifiziert, sondern ebenso wie die anderen übriggebliebenen Deutschen 1947 / 48 nach Deutschland abtransportiert. Vor unserer Ausreise aus Königsberg schon im Juni 1947 schrieb die russische Beamtin drei deutsche Kinder, deren Mutter gerade gestorben war, so daß die Kinder eigentlich in ein Waisenhaus hätten gehen müssen, nach Rücksprache mit meiner Mutter in unsere Dokumente als meine angeblichen Geschwister hinzu, damit die Kinder möglichst bald zu ihrer Großmutter nach Berlin gelangen konnten, was dann auch glückte – unvergessen!

Klaus Plorin, Rückersdorf

Immunisiert

Betr.: „Lehrreiche Lektüre für Träumer“ (Nr. 23)

Wenn mich mein Eindruck nicht täuscht, gibt es in Deutschland ausreichend Lektüre, um sich über das Geschehen um den Zweiten Weltkrieg herum zu informieren. Natürlich gibt es auch viel Müll, aber im Angebot ist alles. Nur gibt es kaum Bürger, schon gar keine jungen, die sich korrekt informieren wollen. Wer mit dem Holocaust großgeworden ist, und in der Regel nur mit ihm, ist gegenüber der ganzen Wahrheit immunisiert.

Mir liegt es völlig fern, die Schrecken des Holocaust zu leugnen und sie nicht als ewige Schande für unser Land zu empfinden, aber es gab doch Millionen Deutsche, die gegen niemand Gewalt angewendet haben, es gab unzählige Soldaten, die nichts als ihr Land verteidigen wollten, und es gab auch Feindstaaten, die Deutschland vernichten wollten, weil sie seine Konkurrenz fürchteten.

Heinrich Markwart, Berlin

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

MELDUNGEN

Italien regelt Einwanderung neu

Rom – Italien hat ein neues Einwanderungsgesetz: Danach muß jeder Einwanderungsbewerber einen Bürgen in Italien nachweisen, der seinen Unterhalt trägt oder eine Firma oder einen Privatmann, der ihm einen Arbeitsplatz garantiert. Ausländer mit genügend eigenen Mitteln können auch für sich selbst bürgen.

Viett freute sich über G8-Krawalle

Luzern – Auf einer Veranstaltung im schweizerischen Luzern hat die Ex-RAF-Terroristin Inge Viett laut „Focus“ Freude über den „starken Widerstand“ beim G8-Gipfel geäußert, endlich habe sie mal wieder „Polizisten rennen sehen“. Die 63jährige hatte 1981 auf einen Polizisten geschossen. Der Vater von zwei Kindern ist seitdem querschnittsgelähmt. Das System in der DDR, wo Viett lange untertauchte, sei „auf der Seite der Bevölkerung“ gewesen und vom „Imperialismus zerschlagen“ worden, so die Ex-Terroristin.

ZUR PERSON

Manager und Diplomat



Das Goetheinstitut bekommt einen neuen Präsidenten. Er soll frischen Wind in die erstarrte deutsche Kultur- und Bildungspolitik im Ausland bringen.

Mit **Klaus-Dieter Lehmann** übernimmt ein erfahrener Direktor von Kultureinrichtungen das Steuer auf Deutschlands kulturellem Flagschiff in der Welt. Zuletzt stand Lehmann an der Spitze der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Die Stiftung ist eine der größten Kultureinrichtungen der Welt. Zu ihr gehören 17 Museen, eine Staatsbibliothek, das Geheime Staatsarchiv und eine Reihe von Forschungseinrichtungen.

Bei der Neustrukturierung des Goetheinstituts sind in erster Linie Managerqualitäten gefragt, und die bringt Lehmann mit. Für die staatlichen Museen setzte der 67jährige die Gründung einer externen Betriebs-GmbH durch, die sich um Geldbeschaffung und Marketing kümmert. Die Zusammenführung der Ost- und West-Berliner Museumskomplexe geht auf seine Rechnung und den Zusammenschluß der Leipziger und Frankfurter Bibliotheken zur Nationalbibliothek hat er mit Bravour über die Bühne gebracht.

Vehement setzte sich Lehmann in Gesprächen mit Rußland für die Rückgabe von nach wie vor in russischer „Spezialverwahrung“ befindlicher Beutekunst aus dem Zweiten Weltkrieg ein. Im Jahr 2000 vereinbarte er mit dem damaligen Minister für Kultur der Russischen Föderation, Wladimir Konstantinowitsch Jegorow, einen baldigen Beginn der Rückführung von geraubten Werken.

Nach Zustimmung von Außenminister Frank-Walter Steinmeier kann Klaus-Dieter Lehman im März 2008 seine neue Arbeit antreten. Er übernimmt die ehrenamtliche Funktion von der 73jährigen Ex-Verfassungsrichterin Jutta Limbach. *M.A.*



Schlagkräftiges Argument Zeichnung: Mohr

Fürst Merkelich

Wie Polen die Völker aufwiegelt, warum Engländer Angst vor ihren Ärzten haben, und was der Weltmarkt alles weiß / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Andere Länder, andere Sitten, spannende Sitten! Das Fremdartige zieht uns magisch an, der passionierte Globetrotter kann nicht genug davon bekommen – es sei denn, er wird da draußen krank und muß ins Hospital. Von da an sehnt er sich nur noch nach der Botschaft, daß er nächste Woche in die Heimat verlegt wird. Wenn wir angegriffen sind, kommen uns die fremden Sitten nämlich keineswegs mehr spannend vor, sondern nur noch lästig, undurchsichtig und irgendwie falsch.

So geht es nicht bloß uns Deutschen, alle Europäer packt das selbe Heimweh, das an keiner Krankenhausbettkante haltmacht. Alle Europäer? Nicht ganz: Deutsche Klinikärzte berichten, daß britische Patienten die Nachricht von ihrer Heimholung nicht etwa als Erlösung empfangen, sondern reagieren wie ein mittelalterliche Delinquent, dem man soeben die Folterwerkzeuge gezeigt hat. Käseweiß im Gesicht flehen sie darum, doch in Deutschland bleiben zu dürfen, bis alles wieder gut ist mit ihnen.

Das britische Gesundheitswesen hat eben nicht den besten Ruf, dachten wir da schulterzuckend – und hatten keine Ahnung, was für Leute in den Inselkliniken tatsächlich ihr düsteres Wesen treiben. Alle acht Terrorverdächtigen arbeiteten in britischen Krankenhäusern. Vom wahren Ausmaß der Bedrohung durch das britische Gesundheitswesen wußten bis vor kurzem wohl nicht einmal die Engländer selbst. Aber vielleicht haben sie ja so einen sechsten Sinn und ahnten was! Notorische Britenfresser würden ergänzen, das sei so wie mit den Blinden, die ja einen besonders gut ausgebildeten Tastsinn entwickeln, weil sie nichts sehen können. Und die Briten besäßen halt diesen sechsten Sinn, weil sie die anderen fünf nicht alle beieinander hätten. Klingt gemein, aber schlüssig.

Natürlich beschwichtigen uns die üblichen Geradebieger mit dem Hinweis, daß nicht alle britischen Ärzte Terroristen seien. Das stimmt natürlich. Doch erstens lassen sich die britischen Patienten davon kaum beruhigen und zweitens: Was nützt mir die statistische Sicherheit, wenn Dr. Mohammed H. seine Zündkabel ausgerechnet unter meiner Matratze verlegt?

Am besten, man fährt gar nicht mehr über die Grenzen. Wir sind längst hinlänglich globalisiert und haben alles Exotische zu uns hergeholt, damit wir es vor der Haustür genießen können. In Loriots Anfang der 90er gedrehtem Kino-Erfolg „Ödipussy“ hat der Regisseur eine besonders ulkige Szene eingebaut: Da stolpern Loriot und seine Partnerin Evelyn Hamann über den fast menschenleeren Mailänder Bahnhof und kommen nicht weg: Streik. Was haben wir uns damals gekringelt! Bahnstreik – so was Spektakuläres gibt's bei uns nicht. Waren ja Beamte. Deutschland war das langweiligste Land der Welt, weil alles funktionierte. Aus dieser Tristesse hat man uns diese Woche befreit und siehe da: Endlich haben wir auch mal Zeit für einander, so wie die Italiener! Ein Schwätzchen mit dem streikenden Lokführer, oder mit dem Geschäftsmann, der seit Mitternacht auf dem Bahnhof herumlungert, oder dem Arbeitssuchenden, der gerade sein Vorstellungsgespräch verpaßt hat. Alle haben was zu erzählen, vor allem dem Lokführer.

> Für Liebhaber des gleichmäßigen Pieptons hat die Bahn eine »Service-Hotline« eingerichtet

Wer zu der Massenunterhaltung keine Lust hat, wird zu Hause allein unterhalten. Für Liebhaber des gleichmäßigen Pieptons hat die Deutsche Bahn eine kostenlose „Service-Hotline“ eingerichtet, wo Sie sich stundenlang vollpiepen lassen können.

Wer aber meint, dennoch reisen zu müssen und den Streikposten durch die Wahl eines anderen Verkehrsmittels ein Schnippchen schlagen will, wird auf die Nase fallen. In einem Akt beispielloser Solidarität von Großkonzernen und Gewerkschaften haben die Ölgesellschaften just am Tage des Streikausbruchs kräftig die Benzinpreise angehoben. Daß es solche Nischen trauter Kumpanei im eisigen Wind der Weltwirtschaft noch gibt, füllt unsere Herzen mit großer Freude und die Kassen der Ölkonzerne mit viel Geld. Den Konzernen ist ihre noble Geste fast peinlich, sie begründen die Inflation an den Zapfsäulen verschmitzt mit „gestiegenen Weltmarktpreisen“. Das ist natürlich ein Scherz: Der „Weltmarkt“, das sind sie selbst, die Konzerne. Deshalb weiß der Weltmarkt auch immer so gut Bescheid, wann in Deutschland die Ferien beginnen oder die Bahn bestreikt wird.

Dabei haben wir ausgerechnet von unseren britischen Nachbarn in Sachen Streik offenbar einiges dazugelernt. Wie auf der Insel bis in die 80er Jahre streikt nicht nur eine Eisenbahner-Gewerkschaft, sondern gleich drei, welche sich in zwei Lager gespalten haben, die nichts von einander wissen wollen. Britanniens Wirtschaft hat diese Art von Arbeitskämpfen am Ende so weit gebracht, daß britische Filmteams ihr Land gar nicht mehr verlassen mußten, um typisches Dritte-Welt-Ambiente vor die Linse zu bekommen.

Warum auch immerzu arbeiten, jetzt ist ohnehin erstmal „Sommerloch“ angesagt. Nein, das ist nicht das Loch, in das der Sommer verschwunden ist, weshalb wir diesen endlosen Früh-November ertragen müssen. Das Sommerloch ist die Parlamentspause, in der die großen Politiker in die Ferien gehen und sich erholen von der Mühsal.

Das haben sie dieses Jahr besonders nötig nach der nervtötenden EU-Ratspräsidentschaft. Mann, war das knapp! Erst nach und nach wird uns klar, was alles hätte passieren können. Mit ihrer Veto-Drohung hätten die Polen beinahe für ein Scheitern des EU-Gipfels gesorgt. Ihre Quadratwurzelei hätte eine verhängnisvolle Debatte lostreten können, auch wenn die Zwillinge das gar nicht vorhatten, sondern bloß mehr für sich wollten.

Aber es hätte nicht mehr viel gefehlt, und einige Querulanten wären auf die verbotene Frage gekommen: „Wie demokratisch ist EU-Europa eigentlich?“ Dann hätten wir den Salat!

Schließlich hat sich die EWG/EG/EU bislang nur ein einziges Mal zaghaft dem berüchtigten Volkswillen ausgesetzt. Das Ergebnis war ein Desaster ersten Ranges: Beim Referendum über die EU-Verfassung in Holland und Frankreich knallten die EU-Oberen der Länge nach hin.

Die in Brüssel versammelten Repräsentanten der europäischen Regierungen schweißte danach die selbe schreckliche Erfahrung zusammen wie weiland die Herrscher auf dem Wiener Kongreß 1814/15: Sie hatten erlitten, welches Durcheinander Volksbeteiligung an der Politik anrichtet, und waren sich seitdem felsenfest einig: Der Plebs bleibt draußen, wir entscheiden Europas Neuordnung allein und teilen sie dem frechen Pöbel dann in freundlichen Worten mit.

Die in Wien hatten es allerdings in einem entscheidenden Punkt besser als ihre Erben in Brüssel knapp 200 Jahre später: Polen war 1815 nicht souverän und wurde vom Kongreß als „Kongreß-Polen“ unter die Obhut Rußlands gestellt. Somit konnte auch kein wildgewordenes Herrscherpaar aus Warschau alles in Gefahr bringen. Ansonsten blieb über die Jahrhunderte alles beim alten, nur daß Fürst Metternich diesmal als Frau auftrat.

So heißt die EU-Verfassung also „Vertrag“, damit die Völker nie wieder ihre schmutzigen demokratischen Finger in die hohen Belange Europas stecken können. Denn über Verträge muß man das Volk ja nicht abstimmen lassen, nicht mal in Frankreich.

Wenn die Polen ihre Drohung aber wahrmachen und dem neuen Ratspräsidenten aus Portugal auch so viel Ärger bereiten, wird man ihnen mit irgendwas drohen müssen. Aber womit bloß? So mancher EU-Grande dürfte des Nachts heimlich davon träumen, Polen wie einst in Wien unter Kuratel zu stellen und als „Kommissions-Polen“ direkt von Brüssel aus zu verwalten, bevor weiteres Gezappel die demokratischen Dämonen der europäischen Untertanen aufweckt. Oder man läßt sie doch noch einfach am Wegrand stehen bei den Verhandlungen, so wie Fürst Merkelich ja bereits angedacht hatte.

ZITATE

Der Kolumnist Hans-Ulrich Jörges bedauert im „Stern“ vom 28. Juni zutiefst, daß Polen am Ende auf dem Brüsseler EU-Gipfel doch noch nachgegeben hat:

„Die skurril bornierten Kaczynskis, Figuren von märchenhaftem Irrwitz, erschienen wie von der Geschichte geschickt, um das skurril verbogene Europa-Projekt in jene Krise zu stürzen, die es längst verdient hat. Eine Krise, die jeder Heilung vorausgeht. Heilung von manischer Getriebenheit, Bürokratismus, Ökonomismus und volksferner Herrschaft.“

Die „Frankfurter Allgemeine“ vom 2. Juli entdeckt ***Auffälligkeiten*** *bei der* ***Distanzierung der SPD von der Linkspartei****:*

„Daß den SPD-Langzeitstrategen wie Nahles und Wowereit nicht mehr einfällt, als auf Lafontaine zu verweisen, um ihre Abneigung gegen eine Koalition mit der Linken zu beweisen, ist aufschlußreich ... Die Bürger können getrost darauf wetten, daß die SPD schneller mit der Linken koalieren und – wenn die Union nicht aufpaßt – regieren wird, als sie heute vermuten.“

Bundesfinanzminister ***Peer Steinbrück*** *(SPD) antwortet auf die Frage nach dem Stand der Verhandlungen über den* ***Bundeshaushalt****:*

„Die ganzen Frettchen hängen an meinen Beinkleidern.“

Neues vom Pudel

Albion ist jetzt entpudelt,
und – das sah man im Vergleich –
ohne daß wer Säcke dudelt,
ohne großen Zapfenstreich.

Pudel geht ja nicht in Rente,
wär' für ihn zu schmale Kost,
also wird der Eloquente
Sonder-Dingsda für Nahost!

Auf dem Posten, diesem stolzen,
saß da nicht ein andrer schon?
Klar, der Weltbank-Wunderbolzen
Wolfowitz - nein, Wolfensohn.

Aber kann in solchen Kreisen
Tony ebenbürtig sein?
Nun, um klar es zu beweisen,
fiel ihm fünf vor zwölf was ein:

Mit satanischem Behagen,
denn die Muselmänner freut's,
ließ er Salman Rushdie schlagen –
doch zum Ritter, nicht ans Kreuz.

Ideal ist so das Klima
fürs Vermitteln oder was,
nur Solana sieht's nicht prima,
und das reduziert den Spaß:

Der hat nämlich ganz entschlossen
sein Revier markiert, umzäunt,
und es macht ihn höchst verdrossen,
wenn darin ein andrer streunt.

Dementsprechend bang und bänger
merkt der Pudel das Problem:
Seine Leine wird nicht länger –
vier der Leinen sind's zudem!

Er begreift, wie diabolisch
das Nahost-Quartett ihn plagt –
wird am Ende er katholisch,
wie es ein Gerücht gesagt?

Da wär' jeder wohl betreten,
und ich könnte gut verstehn,
wenn im Vatikan sie beten:
Laß den Kelch vorübergehn ...

Pannonicus